Bundesbank: Kreditgeber wider Willen S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 47 – 26. November 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gefährlicher Geldregen: Kauft die EZB unbegrenzt Staatsanleihen, lässt sie sich zur Gelddruckmaschine degradieren

Bild: A1Pix

Dramatische Entscheidung

Finanzminister kündigt Entstehung »europäischer Fiskalunion« an

Der Druck auf Deutschland, die Schleusen für Inflation zu öffnen, wächst gewaltig. Berlin muss sich jetzt entscheiden.

Nun geht es ums Ganze: Die USA, Großbritannien und die Mehrheit der Euro-Staaten unter der Führung von Frankreich setzen Berlin massiv unter Druck, den Weg frei zu machen für die Inflation. Konkret soll die Europäische Zentralbank (EZB) das Versprechen abgeben, unbegrenzt Schuldpapiere (Staatsanleihen) von Euro-Ländern zu übernehmen. Damit sollen abermals die Märkte „beruhigt" werden. Sie verlangten zuletzt immer höhere Zinsen von Schuldnerstaaten, an deren langfristiger Zahlungsfähigkeit sie zu zweifeln beginnen.

Mit diesem Schritt wäre der Euro endgültig zur Weichwährung degradiert, mit tiefgreifenden Folgen für Sparer und Versicherte (siehe Seite 2). Die Euro-Zone würde so zur Inflationszone.

Für die Bundesregierung heißt es, nun Farbe zu bekennen. Bislang gaben Kanzlerin Merkel und ihr Finanzminister vor, zwei Ziele gleichzeitig zu verfolgen: den Euro „stabil wie die Mark" zu halten und dennoch kein Euro-Land fallen zu lassen. Dies funktioniert nicht mehr. Alle „Rettungsschirme", die zu dem Zweck aufgespannt wurden, um diese beiden Ziele gleichzeitig zu erreichen, sind von den (zu Recht misstrauischen) Finanzmärkten zerfetzt worden.

> Sparer und Versicherte zahlen die Zeche

Bleibt Berlin bei seiner Ablehnung der grenzenlosen Inflationsgemeinschaft, in der sämtliche Schulden letztlich bei den stärksten Euro-Ländern abgeladen werden, dann ist der Austritt einzelner Staaten aus der Gemeinschaftswährung kaum noch zu vermeiden. Denn es hat sich herausgestellt, was die Euro-Kritiker von Anfang sagten: dass die traditionellen Weichwährungsländer einer Hartwährung nicht gewachsen sind, von ihr gleichsam zermalmt werden.

Gibt Berlin indes nach, droht noch weit größerer Schaden. Neben der forcierten Entwertung deutscher Ersparnisse würde per Notenpresse jedweder ernsthafte Druck von den Euro-Ländern genommen, ihre Haushalte durch unpopuläre, weil äußerst schmerzliche Sparmaßnahmen in Ordnung zu bringen. Die Behauptung, ein solcher Druck könne auch über politische Vereinbarungen, Verträge und „bindende Verpflichtungen" ausgeübt werden, hat sich bislang jedes Mal als Täuschung erwiesen. Allein der erbarmungslose Druck der Märkte brachte Einsicht.

Hinter dem Währungsstreit dämmert indessen eine weitere, historisch weit gravierendere Umwälzung: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble prophezeit für die kommenden 24 Monate die Entstehung einer „europäischen Fiskalunion", was nichts anderes bedeutet als die Aufgabe der Haushaltshoheit der nationalen Parlamente, ihrer wichtigsten Macht. Damit wäre nicht bloß Deutschlands Souveränität dahin. Da Europa alles andere als demokratisch verfasst ist, müssten wir uns auch von unserer Demokratie verabschieden.

Hans Heckel

(siehe Kommentar Seite 8)

Jan Heitmann:

Erdowahn

Nachdem immer mehr Hintergründe der widerwärtigen Morde an ausländischen Geschäftsleuten ans Licht gekommen sind, stehen die Politik und die Verfassungsschutzbehörden vor einem Scherbenhaufen. Diesmal glaubt man den Politikern aller Couleur ihre Betroffenheitsbekundungen, denn sie sind tatsächlich betroffen – im doppelten Wortsinn.

Jetzt ist der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in seinem Element. Der Mann, der in dem Wahn lebt, die Welt solle am türkischen Wesen genesen, obwohl seine vermeintliche Stärke nur auf der momentanen Schwäche Europas beruht, spielt sich wieder einmal auf. In bester Kriegsrhetorik lässt er seinen Außenminister verkünden, die Ermordeten seien als türkische Märtyrer gefallen und Deutschland werde „für jeden Tropfen Blut Rechenschaft ablegen" müssen. Seine Regierung würde jetzt in Übereinstimmung mit der Wiener Konvention in Deutschland eingreifen. Der Präsident der Parlamentarischen Kommission für Menschenrechte in Ankara erklärte, jeder Neonazi, der Merkel zuhöre, könne stolz auf sie sein, während türkische Medien von staatlich sanktioniertem Völkermord faseln. Der türkische Botschafter in Deutschland verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Neonazi-Täter könnten sich auf „Sympathisanten innerhalb des Staates verlassen" und forderte die Untersuchung aller ungeklärten Todesfälle von Türken seit 1990. Doch statt die Einmischung zu verbitten, zeigt die Bundesregierung wohlwollendes Entgegenkommen. Ein falsches Signal, das den selbstgefälligen Herrn Erdowahn nur zu weiteren Ausfällen gegen unser Land veranlassen wird.

Banken als Blitzableiter

Politik übt Druck auf Kreditinstitute aus – Forderung unrealistisch

Seit einigen Monaten steigt der Druck der Politik auf die Banken, dass diese ihr Kernkapital erhöhen, um so für mögliche Ausfälle von Staaten gerüstet zu sein. Doch was so einfach klingt, birgt zahlreiche Probleme in sich. Denn um die Kernkapitalquote zu verbessern, gibt es nicht so viele Möglichkeiten. So können Banken neue Aktien herausgeben. Doch wer kauft Aktien, wenn er weiß, dass das nur geschieht, damit das so gewonnene Kapital an zu erwartenden Verlusten teilnehmen kann. Der Kurs der Commerzbank-Aktie, die bei Redaktionsschluss bei 1,24 Euro lag, ist jetzt schon innerhalb einer Woche um 13 Prozent und innerhalb des letzten Jahres um 71 Prozent gesunken. Zwar geht es anderen Banken etwas besser, aber selbst der Klassen-Primus Deutsche Bank hat mit den Kursen zu kämpfen.

Auch könnten Gewinne einbehalten werden, doch erstens muss man dafür welche haben und zweitens sinkt dann der Aktienkurs weiter, denn wer hält Aktien, wenn es keine Dividende zu erwarten hat?

> Wer gibt Banken jetzt noch Geld?

Eine weitere Option wäre es, Unternehmensteile oder ausfallgefährdete Vermögen zu verkaufen, doch wenn alle ihre „Werte" auf den Markt werfen, wer kauft dann noch? Oft bedeutet der Abbau von Risikopositionen auch, dass weniger neue Kredite vergeben werden, was die Wirtschaft in Kapitalnot brächte.

Und dann gibt es noch die „Optimierung der Risikomodelle", was nichts anderes als Bilanzkosmetik ist, da Risiken kleingerechnet werden. Da deutsche Banken Änderungen ihrer Risikomodelle von der Bundesbank genehmigt bekommen müssen und diese als recht streng gilt, fällt diese Option für deutsche Kreditinstitute auch so gut wie weg. Andere Zentralbanken sollen da aber toleranter sein, zumal sie kein Interesse haben, ihre strauchelnden Banken schlechter dastehen zu lassen als nötig (siehe Seite 8).

Bel

Wilde Widersprüche

Neonazis: Rolle des Verfassungsschutzes verunsichert Bürger

Die Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit auf die Aufdeckung der Morde des Neonazi-Trios bleiben erstaunlich verhalten. Auf den Mahnversammlungen bleiben Medien und Politprominenz weitgehend unter sich – kein Vergleich zu den Tausenden, die sich in den 90er Jahren zu Lichterketten versammelten, um ihren Zorn über rassistische Attacken auszudrücken.

Grund der Zurückhaltung ist die schier unendliche Latte an Ungereimtheiten, die sich um die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" ranken. Die Verflechtung des Verfassungsschutzes in die Umtriebe am äußersten rechten Rand hatten Ausmaße, die kaum noch abgrenzen lassen, wo „echte" Neonazis am Werk waren und wo der lange Arm der Geheimdienste Regie führte. Die Behauptung, dass es sich hier lediglich um „Pannen" handele, vermag kaum zu überzeugen. Die hilflosen Versuche der Verfassungsschützer, der Öffentlichkeit ein zusammenhängendes Bild ihres eigenen Handelns und Versagens zu präsentieren, legen einen anderen Schluss nahe.

> Anti-Rechts-Gruppen fordern mehr Geld

Offenbar haben sich die Inlandsgeheimdienste selbst ein Neonazi-Netz geflochten, über das sie am Ende die Kontrolle verloren. Mit der ganzen Wahrheit herauszurücken hieße, dieses gesamte Netz hochgehen zu lassen. Davor schrecken die Verfassungsschützer, Geheimdienstler eben, zurück. Also versuchen sie, die Öffentlichkeit mit Halbwahrheiten abzuspeisen, die aber derart viele Widersprüche bergen, dass kein auch nur halbwegs glaubwürdiges Bild entsteht.

Am linken Rand wittert man unterdessen Morgenluft. Linksradikale Anti-Rechts-Gruppierungen, die es als Zumutung empfinden, der Verfassung die Treue zu erklären, fordern bereits mehr Steuergeld für ihre „Arbeit".

H.H.

Zwischenruf

Beschämend devot

Bundespräsident Christian Wulff hielt in Breslau aus Anlass des 200. Geburtstages der dortigen Universität ein Grußwort. Inhaltlich enthielt dieses kurze Grußwort Banalitäten, aber auch eine geschichtsklitternde Passage. Wir kennen das nicht anders vom amtierenden deutschen Staatsoberhaupt. Zitat: „Breslau ist von der Geschichte unserer beiden Länder geprägt, deren dunkelste Seite Deutsche zu verantworten hatten. Eine schmerzvolle Folge davon ist, dass nahezu alle deutschen Einwohner, die Breslau noch 1939 hatte, zehn Jahre später nicht mehr hier wohnen durften." Wulff erweckt mit dieser Passage den Eindruck, dass Breslau 1939 eine größere Anzahl polnischer Einwohner hatte und die dort lebenden Deutschen 1945 Aufenthaltsverbot bekamen. Dies ist eine gravierende Verharmlosung der Ereignisse um Flucht, Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit der Deutschen, die Polen zu verantworten hat. In einer weiteren Passage seines Grußwortes nennt der Präsident die Stadt Lemberg, und dann wörtlich: „Der Ort grausamer unter deutschem Kommando verübter Massenmorde im Sommer 1941." Keinesfalls sollen die Verbrechen der SD-Einsatzgruppen in Lemberg im Sommer 1941 geleugnet werden. Sie sind hinreichend bekannt. Aber in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts, rund 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ist kein Platz mehr für deutsche Selbstbezichtigung und Reuebekundung. Die Verwaltung der deutschen Schuld aus dem 20. Jahrhundert sowie die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins dienen heute dazu, Herrschaft über die Deutschen auszuüben. Dies muss sich auch das deutsche Staatsoberhaupt ins Stammbuch schreiben lassen. Dem partnerschaftlichen und gleichberechtigten Miteinander der Völker innerhalb der EU wird durch Wulffs Einlassungen in Breslau ein Bärendienst erweisen. (Bericht Seite 14)

Wilhelm von Gottberg

Dieser Ausgabe liegt der Tafelkalender 2012 bei.

Die Schulden-Uhr:

»Störende Debatte«

Mit dem heutigen Schuldenstand würde Deutschland nicht mehr den Euro bekommen. Jedenfalls wenn es nach den Berechnungen von Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker geht: Die Staatsverschuldung Deutschlands sei mit 80 Prozent der Wirtschaftsleistung nämlich deutlich höher als jene Spaniens, die bei 60 Prozent liege. Das wolle nur keiner wissen. „Ich halte die Höhe der deutschen Schulden für besorgniserregend", unkte Juncker. In der Diskussion über die Schuldenkrise rief er die Deutschen zur „Zurückhaltung" auf. Die deutsche Debatte sei zum Teil „störend". Vielen Dank für die Belehrung aus Luxemburg. Ob wir Pleitegeiern mit unserem Geld aus der Patsche helfen, dürfen wir ja wohl noch selber debattieren. *CR*

2.024.166.440.029 €

Vorwoche: 2.023.218.853.731 €
Verschuldung pro Kopf: 24.776 €
Vorwoche: 24.764 €

(Dienstag, 22. November 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

An den Ufern des Rubikon

Deutsche Sparer bereits unwiderruflich Verlierer der Euro-Rettung

Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble gehen die besänftigenden Worte aus, denn alle bisherigen Versuche der Euro-Rettung sind spektakulär gescheitert.

Pünktlich zum deutsch-französisch-italienischen Gipfeltreffen zur Euro-Krise erhöhte die US-Ratingagentur Moody's noch einmal den Druck: Frankreichs Bonitätsnote AAA sei in Gefahr, schallte es vom anderen Ende des Atlantiks. Zuvor schon hatte die Agentur Standard & Poor's mit einem rätselhaften „Irrtum" an der Kreditwürdigkeit der zweitstärksten Wirtschaftsnation des Euro-Raums gekratzt. Die Wirkung blieb nicht aus: Die Zinsen, die Paris für die Refinanzierung seiner Altschulden zahlen muss, schnellten in die Höhe.

Ziel der Attacken ist jedoch nicht wirklich Frankreich, sondern Deutschland. Die stärkste und dominierende Euro-Macht soll sich von ihrer Stabilitätsdoktrin verabschieden, damit die augenscheinliche Schwäche des US-Dollars durch eine parallele Aufwieglung der europäischen Währung „ausgeglichen" wird.

Der Druck auf Berlin wurde vor dem Gipfel täglich stärker. Die EU-Kommission legte die alte Idee der „Euro-Bonds" wieder auf, nennt sie nun „Stabilitätsbonds". Und von allen Seiten richten sich Forderungen an die Deutschen, ihren Widerstand dagegen aufzugeben, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Schulden der Staaten mit frischem, ungedecktem Geld finanziere.

Eine solche Finanzierung mit der Notenpresse hat in der Vergangenheit stets zur schleichenden Geldentwertung geführt. Gleichzeitig hält die Notenbank die Zinsen künstlich niedrig, damit sich die Staaten leichter verschulden können. Die Folge: Sparer und Versicherte werden mit Zinsen abgespeist, die unter der amtlichen Inflationsrate liegen. Damit werden sie schleichend enteignet, Einlagen und der Kapitalstock von Altersversorgungen schmelzen dahin. Profiteur sind vor allem die hoch verschuldeten Staaten, die so den Realwert ihrer Schulden abbauen.

Allerdings sind die Staaten und ihre Völker nicht gleich: Die Deutschen sind weitaus sparsamer als der Durchschnitt der westlichen Industrieländer. Insbesondere US-Amerikaner und Briten sind wenig sparfreudig, in den USA war die Sparquote sogar jahrelang negativ, die Menschen gaben mehr aus, als sie einnahmen und verschuldeten sich so immer tiefer. Bei einer global abgestimmten Bekämpfung der Reduzierung staatlicher wie privater Schulden per Notenpresse, wie sie außerhalb Deutschlands mittlerweile alle großen westlichen Regierungen anstreben, wären die Deutschen also die großen Verlierer.

Euro-Bonds heißen jetzt »Stabilitätsbonds«

Hinsichtlich der Euro-Bonds versucht die EU-Kommission deutsche Bedenken zu zerstreuen: Mit der Vergemeinschaftung der Schulden wären auch einheitliche Regeln für die Haushaltssanierung verbunden. In den Worten des CDU-Politikers Volker Kauder: Europa werde dann „Deutsch sprechen" und sich strikt an Auflagen halten, damit aus den Gemeinschaftsschulden kein Fass ohne Boden werde.

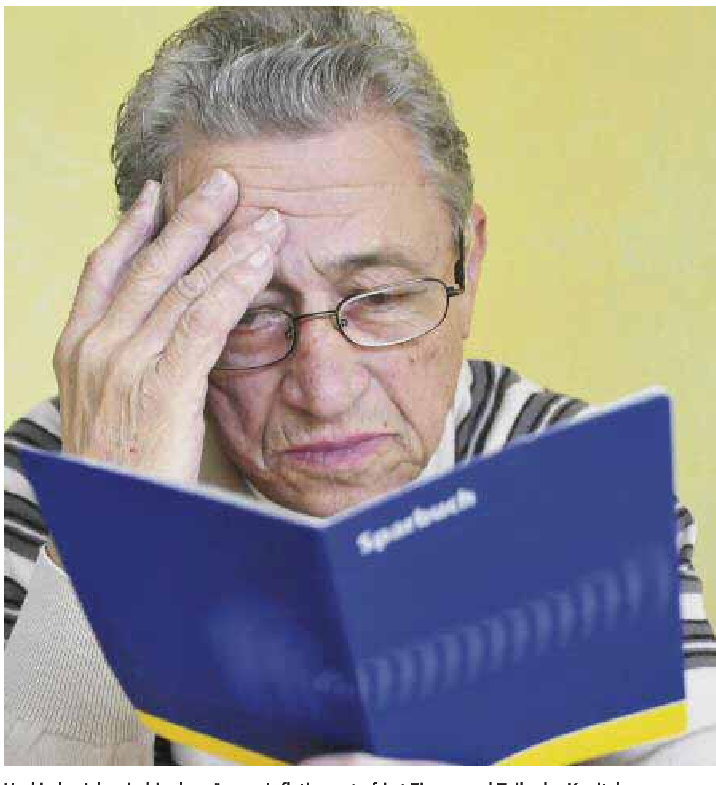
Der Blick auf die Realität verheißt jedoch wenig Gutes: Im Sommer beklagte sich der damalige italienische Finanzminister Giulio Tremonti angesichts der von der EU auferlegten Sparbeschlüsse seines Landes: „Wenn wir die Euro-Bonds schon hätten, könnten wir uns die Sparbeschlüsse sparen." Experten geben sich hinter vorgehaltener Hand sicher, dass die Regierung Berlusconi mithilfe von Euro-Bonds heute noch an der Macht wäre. Erst die vielgescholtenen „Märkte" hätten seinen Sturz erzwungen.

Wie „strikte Sparauflagen" in der Praxis enden, zeichnet sich auch in Griechenland ab. Dort hat sich, wie in Italien, eine „Experten-Regierung" mit Unterstützung einer breiten Parlamentsmehrheit gebildet mit dem Versprechen, nun endlich das Ruder herumzureißen.

Schon aber beschweren sich die Führer der beiden neu in die Regierung eingetretenen Parteien, Nea Dimokratia (ND) und Laos, darüber, dass sie schriftlich ihre Bereitschaft erklären sollen, die Vereinbarungen mit ihren Gläubigern auch einzuhalten. Das sei „überflüssig und erniedrigend", schimpf ND-Chef Antonis Samaras.

Kanzlerin Angela Merkel sieht sich zunehmend in der Klemme ihrer eigenen Versprechen und falschen Prognosen. Mehrfach schon hat sie ihren deutschen Wählern erklären müssen, warum sich vermeintlich felsenfeste Versprechen der deutschen Regierung den eigenen Bürgern gegenüber vor aller Augen in Luft auflösten. Warum Verträge nach Gusto gebrochen wurden und selbst gigantische Rettungsprogramme wie zuletzt der eine Billion Euro schwere EFSF verpufft sind.

Angesichts der neuerlichen Attacken auf die Basis europäischer Währungsstabilität und damit auf die Werthaltigkeit der Ersparnisse der Deutschen spürt die Bundesregierung offenbar, dass sie an den Ufern des Rubikon angekommen ist. Die jüngsten Äußerungen von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geben einen Schimmer von Resignation preis: „Ich hoffe und gehe davon aus, dass es uns gelingen wird, die Euro-Zone zu stabilisieren." Hoffen, davon ausgehen: So reden Politiker ansonsten nur, wenn sie eine Sache schon fast für verloren halten. Insbesondere Schäubles Sprache war bis vor kurzem noch weitaus forscher. *Hans Heckel*



Und jedes Jahr ein bisschen ärmer: Inflationsrate frisst Zinsen und Teile des Kapitals Bild: action press

Zwischen Pest und Cholera

Die ägyptische Alternative: Militärdiktatur oder Gottesstaat

Wenige Tage vor der für den 28. November angesetzten ersten Runde der Parlamentswahlen versinkt Ägypten erneut im Chaos und die Sympathien, die das Militär noch beim Sturz von Präsident Hosni Mubarak genoss, sind endgültig verspielt. Die jüngsten Unruhen in Kairo und anderen Städten mit dutzenden Toten und über 1000 Verletzten nähren aber – wie schon das Kopten-Massaker im Oktober – die Gerüchte, dass die Militär-Junta unter Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi selber dahinterstecke, um die immer wieder verschobenen Wahlen weiter verschieben oder ganz absagen zu können.

Das Wahlgesetz ist ohnehin recht vage und die Infrastruktur reicht kaum für eine geordnete Stimmabgabe der 44 Millionen Berechtigten. Auch dahinter wird Kalkül vermutet, denn das fördert Missbräuche – und damit Anfechtungen, mit denen man unerwünschten Personen Mandate aberkennen kann. Das oberste Verwaltungsgericht hat übrigens entschieden, dass Parteigänger Mubaraks nun doch kandidieren dürfen. Aber am Sieg der Muslimbruderschaft gibt es keinen Zweifel. Wenn die Wahl stattfindet.

Die Sicherheitslage hat sich ganz allgemein dramatisch verschlechtert. Es gibt einfach keine funktionierende Exekutive mehr, was sich in allen Daseinsbereichen zeigt. Wer es sich leisten kann, wohnt hinter gesicherten Mauern und ist nur mit Leibwächtern unterwegs, denn Überfälle sind an der Tagesordnung. Selbst „muslimisch gekleidete" Frauen werden belästigt, wenn sie ohne Begleitung sind. Aus dem Sinai kommen Berichte über Organ- und Menschenhandel. In Oberägypten gibt es blutige Familienfehden. Und Übergriffe auf Christen häufen sich – in dieser Atmosphäre können Berichte über eine angebliche Marienerscheinung in Alexandrien nicht verwundern.

Hoffnungsträger ElBaradei spielt wieder eine Rolle

Der wirtschaftliche Niedergang hat die sozialen Probleme weiter verschärft. Die Meinungsfreiheit ist zwar heute größer als früher, aber wie lange noch? Manche Blogger wurden verhaftet und seit Beginn der Revolution sind 12 000 Personen vor Militärgerichten gelandet. Der vor 30 Jahren verhängte Ausnahmezustand ist weiter in Kraft.

Und überhaupt deutet immer mehr darauf hin, dass die Junta eigentlich nur den Volkszorn dafür genützt hatte, um Präsident Hosni Mubarak auszuschalten. Denn dessen „neoliberale" Politik war zu einer Bedrohung für den auch wirtschaftlich äußerst mächtigen Militärapparat geworden.

Der Friedens-Nobelpreisträger Mohammed ElBaradei, der einst als Hoffnungsträger galt und vor überhasteten Schritten gewarnt hatte – er riet sogar dafür, Mubarak so zu behandeln wie 1952 den von der Offiziers-Junta abgesetzten König, nämlich ihn einfach ausreisen zu lassen – war zuletzt nur noch ein Rufer in der Wüste. Doch nun, nach dem Rücktritt des zivilen Kabinetts, scheint sich die Militär-Junta plötzlich an ihn zu erinnern und wollte ihn zum neuen Premierminister machen. Er ließ sich aber nicht breitschlagen. *R. G. Kerschhofer*

Geburtstagsverbot

Indische Koranschule erlässt Fatwa

Indien ist nach Indonesien mit 170 Millionen Muslimen der Staat mit der zweitgrößten muslimischen Bevölkerung der Welt. Das wichtigste muslimische Zentrum Indiens ist die Koranschule von Deoband, rund 140 Kilometer nordöstlich von Neu Delhi, die Dar ul-Ulum Deoband gilt nach der al-Azhar als das zweitgrößte theologische islamische Zentrum der Welt. An der Einrichtung studieren 1500 angehende Imame. Die Koranschule gilt als wichtigster Bezugspunkt der indischen Moslems. Die Deobandis haben als Rechtsschule und damit Richtung im Islam vor allem auf dem indischen Subkontinent und in Afghanistan großen Einfluss. Hier erhalten die afghanischen Taliban und die pakistanischen Islamisten, die weltweit als Hauptstützen islamischen Terrors gelten, ihre Ausbildung.

Jetzt hat die Koranschule von Deoband durch eine „säkulare" Fatwa aufhorchen lassen, indem sie ihren Anhängern das Feiern des Geburtstages verbietet, nicht einmal das Geburtsfest des Propheten Mohammed darf gefeiert werden.

Radikalisierung überrascht Moslems

Unterstützung findet Deoband nur noch in Saudi-Arabien. Saudi-Arabiens formell höchstrangiger Religionsgelehrter, Großmufti Abdalaziz bin Abdullah Al al-Sheikh, hatte bereits 2008 erklärt, für Muslime dürfe es nur zwei Feiertage geben, das Fest des Fastenbrechens am Ende des Ramadan und das Opferfest. Geburtstagsfeiern seien hingegen unislamische Bräuche, die aus der jüdischen und christlichen Religion übernommen worden seien.

Für die meisten Muslime weltweit mutet diese Debatte um die Erlaubnis von Geburtstagsfeiern wirklichkeitsfremd an. Von Marokko bis Indonesien sind Geburtstagsfeiern im Leben eines Muslims eine Selbstverständlichkeit, für die häufig eine Menge Geld ausgegeben wird. Kaum jemand wäre bislang auf die Idee gekommen, dass diese Feste dem Wesen ihrer Religion widersprechen. Der schiitische Iran beteiligt sich an dieser islamischen Grundsatzdiskussion nicht, dort gehören Geburtstagsfeiern und Jahrestage der islamischen Revolution zum Wesenskern und Grundgerüst des Gottesstaates. *Bodo Bost*

Euro oder Freiheit?

Von VERA LENGSFELD

Das „Forum Freiheit“ der Hayek-Gesellschaft findet einmal im Jahr statt. „Welches Europa wollen wir?“ war das Motto der diesjährigen Tagung in Berlin. Noch nie war die Rednerliste so prominent besetzt.

Prof. Erich Weede von der Universität Bonn hielt den Einführungsvortrag. Der Erfolg Europas beruhe auf Eigentum als Arbeitsanreiz, Privateigentum an Produktionsmitteln und seiner Fragmentierung. Letztere habe die europäischen Regierungen dazu gezwungen, Rechte von Bürgern anzuerkennen. Sie habe zu dezentralen Entscheidungen geführt, die geeignet seien, das vielfältige Wissen zu nutzen.

Der Aufstieg Europas war demnach mit Dezentralismus und Freiheit eng verbunden. Die gegenwärtige Politik arbeite dem gegenüber auf Zentralisierung hin. Nach Errichtung der „Rettungsschirme“ befindet sich die EU nach Weede in einem „Trilemma“. Sie hat drei Ziele: 1. die Rettung des Euros, 2. eine Grenze für die Hilfsaktionen und 3. die Vermeidung einer Inflation. Das Erreichen aller drei Ziele sei unmöglich, das werde aber verschwiegen.

Hans-Olaf Henkel knüpfte an seinen Vorredner an mit dem Hinweis, dass die Politik von Euromantikern, nicht von Realisten gemacht werde. Die bisherigen „Rettungsaktionen“ hätten zu einem nie dagewesenen Bruch von Vereinbarungen und Verträgen geführt. Augenblicklich gebe es keine verbindlichen Grundlagen mehr, nur noch Absichtserklärungen. Der Euro sei ein politisches Projekt, unabhängig von wirtschaftlicher Machbarkeit ins Werk gesetzt. Der Geburtsfehler, eine Einheitswährung für viel zu unterschiedliche Volkswirtschaften, werde aber nicht beseitigt, sondern verstetigt. So werde die Eurorettungspolitik zum Spaltpilz in Europa. Sie führe zu Unfrieden, dessen Vorboten wir in Griechenland und Italien schon erlebt haben.

Prof. Charles B. Blankard von der Berliner Humboldt-Uni führte aus, dass die Eurorettung die Ursache für die Eurokrise sei. Wenn man Griechenland aus der Eurozone entlassen hätte, gäbe es die Probleme nicht in diesem Umfang. Hellas könne seine Zinsen nur noch mit Neuverschuldung bezahlen, das sei der Punkt, wo alle „Hilfsmaßnahmen“ nicht mehr griffen.

Ohnehin reicht der kürzlich „ertüchtigte Rettungsschirm“ nicht mehr aus. Die von der Politik erfundenen „Hebel“, um die zur Verfügung gestellte Summe zu vervielfachen, werden nicht funktionieren. Der Rettungsschirm ist bereits selbst ein Sanierungsfall. Warum hat man Griechenland nicht gehen lassen? Weil das einen Machtverlust für die EU-Kommission bedeutet hätte, den die europäische Politkaste nicht hinnehmen wollte. Fazit: Die Politik will einen europäischen Einheitsstaat. Das wird scheitern, wie andere politische Projekte, die sich von der Realität abkoppeln.

»Reicher – und trotzdem sexy«

Erstmals seit zehn Jahren darf die CDU in Berlin wieder mitregieren



Die Berliner CDU hatte schon selbst nicht mehr daran geglaubt, dass sie es wieder auf die Regierungsbank schafft. Doch dank der Bockigkeit der Grünen ist sie nun sogar mit vier Senatoren – genauso viele hat auch die SPD – in der Regierungsverantwortung: CDU-Chef Frank Henkel (li) und Klaus Wowereit nach den erfolgreichen Koalitionsverhandlungen

Bild: M. Gottschalk/dapd

Die SPD nutzt die neue Koalition mit der CDU an der Spree offenbar, um sich selbst von linkem Ballast zu befreien. Senatorennamen bleiben noch geheim.

Die neue Landesregierung von Berlin steht. Im Abgeordnetenhaus verfügen SPD mit 47 Sitzen und CDU mit 39 über eine satte Mehrheit von 86 der 149 Mandate. Die Koalitionsvereinbarung trägt den Titel: „Starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialer Zusammenhalt“. Wowereit kommentierte das in der bekannten schnoddrigen Art: „Wir wollen, dass Berlin reicher wird und sexy bleibt.“ Von den acht Senatoren erhält jede Partei vier. Die SPD wird die Ressorts Finanzen, Stadtentwicklung und Umwelt, Bildung, Jugend und Wissenschaft sowie Arbeit, Integration und Frauen besetzen, die CDU Inneres und Sport, Wirtschaft, Technologie und Forschung, Gesundheit und Soziales sowie Justiz und Verbraucherschutz.

Die Namen der Senatoren sind noch geheim. Eines schält sich jedoch heraus: Eine zunächst hoch gehandelte enge Merkel-Vertraute, die Bundestagsabgeordnete Monika Grütters, scheint leer auszugehen, denn als Kulturpolitikerin ist ihr mögliches Ressort an die SPD gefallen. Damit verfügt die Kanzlerin nach dem Abgang ihres Freundes Friedbert Pflüger weiterhin über keinen direkten Draht in die Hauptstadtpartei.

Zunächst haben sich beide Parteien auf Sachbeschlüsse geeinigt. Ganz oben stand dabei der rot-grüne Zankapfel Nummer eins, der Weiterbau der Autobahn A 100, an dem die Verhandlungen von SPD und Grünen gescheitert waren. Der Beschluss von CDU und SPD sieht nun sogar vor, dass die Autobahn nicht nur bis in den Ost-Berliner Bezirk Treptow, sondern sogar noch weiter nach Friedrichshain gebaut wird. Das bedeutet für die Stadt eine wichtige Strukturverbesserung.

Rasch waren sich die Bündnispartner auch einig über die Beendigung des von der Linkspartei seinerzeit durchgesetzten „öffentlichen Beschäftigungssektors“. Stattdessen will man eine Verbesserung der Beschäftigungschancen von Langzeiterwerbslosen erreichen. Auf die feste Kennzeichnung von Polizisten soll verzichtet werden. Das war ein wichtiges Ziel von Linken und Grünen, Beamte fürchteten jedoch, so den Racheaktionen linksextremer Schläger ausgeliefert zu werden. Die Beamten tragen nun rotierende, gewissermaßen anonyme Nummernschilder an der Uniform. Eine Zuordnung zur Person ist danach nur unter Zuhilfenahme der Nummernliste möglich.

> Mit dem Erfolg sticht Spree-Union bundesweit hervor

Erfreulich für die „gelernten West-Berliner“ ist, dass Fernzüge – sogar ICE – künftig wieder am Bahnhof Zoo halten sollen. Den ebenfalls beschlossenen Ausbau der Straßenbahn im Westteil der Stadt, wo dieses Verkehrsmittel seit Mitte der 60er Jahre verschwunden war, sehen viele West-Berliner als Negativpunkt: „Verkehrshindernis“ schimpfen Autofahrer. Ein großes Ärgernis war in jüngster Vergangenheit die S-Bahn. SPD und CDU wollen den Betrieb von einem Viertel der S-Bahn-Strecken nun ausschreiben, was bedeutet, dass die Deutsche Bahn unter Druck gesetzt wird, endlich einen regelmäßigen und zuverlässigen Betrieb zu gewährleisten.

Gegen den Willen der CDU setzten die Sozialdemokraten einen Mindestlohn von 8,50 Euro bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch. Einen wichtigen Erfolg konnte CDU-Verhandlungsführer Frank Henkel indes mit der Abschaffung des „Straßenausbaubeteiligungsgesetzes“ verbuchen, mit dem Hausbesitzer zur Kasse gebeten werden sollten. Dafür reüssierte die SPD mit der Einführung einer „City-Tax“ auf Übernachtungen in Berliner Beherbergungsbetrieben in Höhe von fünf Prozent des Zimmerpreises. Auch ein Punkt für die SPD: Die aus der Fusion von Haupt-, Real- und Gesamtschulen entstandenen Sekundarschulen sollen bleiben.

Ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten konnte die Union zwar abwenden. Berlin wird im Bundesrat dafür aber eine Initiative zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Sinne der SPD unterstützen.

Der von der SPD durchgesetzte Polizeipräsident Udo Hansen wurde bestätigt. Hansen hat es als „Hardliner“ schon vor seinem Amtsantritt zum roten Tuch für Linke und Grüne gebracht. Der designierte Innensenator Frank Henkel dürfte indes keine Probleme mit dem neuen Chefpolizisten haben.

„Anti-Nazi-Initiativen“ sollen finanziell weiterhin unterstützt werden, selbst dann, wenn Zweifel an deren Verfassungstreue bestehen. Im Koalitionspapier heißt es dazu lediglich, natürlich sei man „gegen Extremismus jedweder Art“, ohne dass daraus konkrete Schlüsse gezogen werden, etwa die Streichung der Fördermittel an erkennbar linksradikale Gruppen für den Kampf „gegen Rechts“.

Bei den bisher gehandelten Köpfen für den neuen Senat werden bei der SPD immer wieder die Ehefrau des Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, Delik Kolat, und bei der CDU der der junge Berufspolitiker Mario Czaja genannt. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Michael Müller, er gilt als Vertrauter des Regierenden Bürgermeisters, dürfte Senator für Stadtentwicklung und Umwelt werden. Am 28. November sollen die Senatoren bekannt gegeben werden.

Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen hat dem Berliner CDU-Chef Henkel republikweit Beachtung verschafft; Henkels Spree-CDU sticht mit ihrem Einzug in die Regierung hervor aus den CDU-Debakeln im Superwahljahr 2011. *Theo Maass*

Mitte doch nicht schön?

Potsdam: Politik torpediert historische Rekonstruktion

Trotz zügigem Baufortschritt und Richtfest gibt es Streit beim Wiederaufbau von Potsdams Stadtschloss als Sitz des Landtages. Die Politik will sparen. Statt eines Wiederaufbaus nach historischem Vorbild droht Modernes. Auch bei der Rekonstruktion der Umgebung kämpfen Bürger gegen Widerstände.

Der Wiederaufbau von Potsdams Mitte, dem historischen Kern der bedeutenden preußischen Residenzstadt, kann sich offenbar noch um Jahre hinziehen, denn derzeit streitet das Wissenschaftsressort der rot-roten Landesregierung mit der Fachhochschule (FH) im Zentrum der Stadt. Es geht um Räume und Zwischenlösungen für den eigentlich schon 2013 geplanten Abriss der FH-Bauten. Der droht sich dadurch zu Lasten der geplanten Wiederherstellung der alten Mitte der Stadt hinzuziehen.

Der Wiederaufbau von Potsdams traditionsreichem Zentrum ist aber auch in seinem Kern in Gefahr: beim Schloss. Dessen Rohbau ist zu 90 Prozent fertig. Jetzt geht es um das entscheidende Kleid des Baus. Die Politik wollte beim Dach sparen. Statt originalgetreu aus Kupfer wurde es in Zink bestellt und vorgefertigt. Nur weil Software-Millionär Hasso Plattner erneut spendete, wird nun doch das Kupferdach bestellt. „Angeblich soll es sich um 1,6 Millionen Euro handeln“, so der Verein Potsdamer Stadtschloss zur Spende. Plattner hatte bereits 20 Millionen gespendet.

> Zinkdach und Alu-Türen für das Schloss

Dann gab es Streit um die barocken Fenster. Auch hier steuert die Politik mit Kostenargumenten einen Kurs gegen Wiederaufbaubeschlüsse. Zwar sind die Fenster vorerst nicht mehr in Gefahr, doch nur, weil Bürgerproteste die Verantwortlichen einlenken ließen. Das von Helmut Markov (Linkspartei) geleitete Finanzministerium des Landes erklärte, die Entscheidung für die Originale bestehe schon länger, es habe aber an der internen Kommunikation im Ministerium gemangelt.

Damit nicht genug: Nun will Schloss-Architekt Peter Kulka Türen aus Aluminium statt aus Holz verbauen, trotz anders lautendem Beschluss. Der Verein „Mitteschön“ klagt: „Die letzten Ereignisse und Meldungen in Bezug auf den Landtagsbau geben Grund zu großer Besorgnis.“ Demnach kämpfen die vielen Unterstützer eines möglichst historischen Wiederaufbaus immer noch gegen politische Widerstände: Die Verantwortlichen gingen sehr lax mit der gesetzlich festgelegten größtmöglichen historischer Annäherung um.“ *SV*

Linke Randale

»Silvio-Meier-Demo«: Fünf Beamte verletzt

Vergangenen Sonnabend marschierten in Berlin-Lichtenberg gewaltbereite Linksextremisten der sogenannten „Antifa“ auf. Es flogen Steine und Böller, fünf Polizisten wurde verletzt, ein weiterer Verkehrspolizist wurde von einem Stein getroffen, blieb aber unverletzt. 600 Beamte waren im Einsatz, um die Gewalt einzudämmen. Die Demo soll offiziell an den Hausbesetzer Silvio Meier erinnern, der vor 19 Jahren bei gewalttätigen Auseinandersetzungen ums Leben kam.

> Meier starb vor 19 Jahren bei Prügelei

Meier hatte mit Gesinnungsgenossen auf dem U-Bahnhof Samariterstaße herumsitzende Jugendliche angegriffen, weil einer den Aufnäher „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ trug. Dabei wurde dem Jugendlichen, den Meier und seine Begleiter als „Nazi“ identifizierten, der Aufnäher abgerissen. Bei einer späteren Begegnung mit der Gruppe kam es zu der fatalen Prügelei, bei der Meier getötet wurde. Seitdem gilt er am linken Rand als Märtyrer.

Nachdem zunächst nur einige hundert Teilnehmer gezählt worden waren, schwoll die Zahl der linken Marschierer auf rund 2000 an. Anwohner ließen die Rollläden im Angesicht der Demonstration herunter. Ein Kameramann scheint auch von den Gewalttätern angegriffen worden zu sein, zuerst sind Rufe wie „Nazis“, „Presse“ und „aufhören“ auf seinem Film zu hören, dann wackelt die Kamera, der Film endet plötzlich.

Berlins Justiz setzt angesichts linker Gewalt auf Deeskalation. Dieser Tage sprach das Amtsgericht Tiergarten die letzten Bewohner des besetzten Hauses in der Liebigstraße 14 frei. *T.M.*

Piraten: Erste Skandale

Susanne Graf, 19-jährige Abgeordnete der Piratenpartei im Berliner Abgeordnetenhaus, hat einen ersten Skandal für ihre Partei hervorgerufen. Sie stellte ihren Lebensgefährten Christopher Lang (25) als Mitarbeiter ein. Bezüge solcher Mitarbeiter werden vom Steuerzahler übernommen. Nachdem Kritik laut wurde, verteidigte sich Graf damit, dass nur die Anstellung von Ehepartnern und nahen Verwandten unzulässig wäre, sie jedoch mit Lang nicht verheiratet sei. Erst nachdem sich die Aufregung nicht legen wollte, löste sie das Beschäftigungsverhältnis. Derweil machten die Piratenabgeordneten Simon Weiß und Christopher Lauer durch die Präsentation eines Fotos im Internet auf sich aufmerksam, auf dem sie anscheinend Kokain durch die Nase schnüffeln. Beide befanden nun, die Fotos seien eine Satire gewesen. Die Piratenpartei fordert „eine pragmatische Drogenpolitik“ sowie ein Unterrichtsfach „Rauschkunde“ an der Schule. *H.L.*

Zeitzeugen



Philipp Rösler – Der Bundeswirtschaftsminister und FDP-Vorsitzende scheint in Sachen Energiewende behutsam zurückzurudern. Angesichts der zu befürchtenden Engpässe und Kostensteigerungen durch den schwarz-gelben Atomausstieg will er den allzu üppigen, teuren und energiepolitisch wenig sinnvollen Ausbau der Photovoltaik begrenzen – und zog sich damit sofort den Zorn der Solarwirtschaft zu. Deren Verbandslobbyisten bestreiten, dass es beim Solarstrom noch weitere nennenswerte Kostensteigerungen geben werde. Die Preisentwicklung am Strommarkt deutet freilich darauf hin, dass Rösler Recht hat und nicht die Solarbranche.



Rudolf Schulten – Der deutsche Kernphysiker (1923–1996) hat als Student und Assistent an der Universität Göttingen mit Nobelpreisträger Werner Heisenberg (1901–1976) zusammengearbeitet. Er wurde als „geistiger Vater" des Kugelhaufenreaktors bekannt, den er an der Kernforschungsanlage Jülich entwickelte und baute. Zugleich lehrte er an der TH Aachen. Noch heute wird Schulten als einer der bedeutendsten Kerntechniker geschätzt – in aller Welt außer in seinem Vaterland.

Ernest Rutherford – Der gebürtige Neuseeländer (1871–1937) wirkte als Kernphysiker in England, wo er auch geadelt wurde. Neben vielen anderen wichtigen Entdekkungen war er der erste, der 1919 nachweisen konnte, dass Atomkerne miteinander verschmelzen und sich in ein anderes Element verwandeln können. Damit war geklärt, wie die Sonne und alle Sterne ihre Energie erzeugen. Mit den Möglichkeiten einer praktischen Nutzung dieser Erkenntnis hat sich Rutherford nicht intensiver beschäftigt.



Edward Teller – Der aus Ungarn stammende amerikanische Physiker (1908–2003) gilt als „Vater der Wasserstoffbombe". Während des Zweiten Weltkriegs war er am Los Alamos National Laboratory am Bau der Bomben von Hiroshima und Nagasaki beteiligt. Deren gigantische Sprengkraft aber war ihm noch nicht gigantisch genug. Er träumte von der „Superbombe" und sah sich am Ziel, als 1949 die Sowjets ihre erste Atombombe zündeten. Auch über das Ende des Kalten Krieges hinaus blieb Teller Verfechter einer auf Nuklearer Abschreckung basierenden amerikanischen Hegemonialpolitik.

Teurer Etikettenschwindel

Energie wird knapp und kostspielig – Atomstrom kommt künftig aus dem Ausland

Nun wird den Deutschen die Rechnung für den Atomausstieg präsentiert: Die Strompreise steigen für private Verbraucher um durchschnittlich vier Prozent. Und es sind nicht nur die vielgescholtenen „Großen", also die vier Atom-Konzerne – bislang haben 51 Energieversorger saftige Preiserhöhungen zum Jahreswechsel angekündigt.

Bei der nächsten Preisrunde der Großkonzerne gibt Vattenfall diesmal den Takt vor. Der europaweit aktive schwedische Energieversorger, der auch große Teile der deutschen Hauptstadt beliefert, legt seinen Berliner Kunden eine Preiserhöhung um durchschnittlich sieben Prozent auf den vorweihnachtlichen Gabentisch. Für eine vierköpfige Familie dürften das mindestens 70 Euro im Jahr ausmachen.

Schlimmer noch als die Privathaushalte erwischt es die Industrie. Sie stellt sich, so der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) auf Strompreissteigerung um neun Prozent ein. Zudem verzeichnet der Verband nach der regierungsamtlich verordneten Abschaltung von acht Kernkraftwerken häufigere Netzschwankungen und kurze Stromausfälle. In Privathaushalten werden diese oft gar nicht bemerkt, in der Industrie führen sie zu erheblichen Störungen der Produktionsabläufe.

Ein Preistreiber ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die Zwangsabgabe für Wind-, Solar- und Biomassenstrom hat sich, wie Vattenfall vorrechnet, in den letzten zwölf Jahren um mehr als 200 Prozent auf nunmehr zwölf Cent pro Kilowattstunde erhöht, die Strompreise seien in diesem Zeitraum aber „nur" um 56 Prozent gestiegen.

Wind und Sonne werden schöngerechnet

Immer deutlicher zeigt sich auch, dass Deutschland auf den überstürzten Ausstieg aus der Kernkraft überhaupt nicht vorbereitet war und ist. So sieht das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft „viele technische Schwierigkeiten und Herausforderungen". Wie die Bundesrepublik mit diesen Herausforderungen fertig werde, so noch offen, sicher sei nur, dass „die Stromversorgung teurer wird als je zuvor".

Um seinen Energiebedarf zu decken, muss schon jetzt in steigendem Maß Strom importiert werden. Lieferanten sind – neben Frankreich mit fast 80 Prozent Atomstromanteil – osteuropäische Länder, allen voran Tschechien und Polen. In diesem Raum sind derzeit fünf neue Kernkraftwerke geplant. Im Klartext: Deutschland steigt gar nicht aus der Kernenergie aus, sondern steigt um – aus der eigenen in ausländische Atomkraft.

Der Etikettenschwindel, mit dem Angela Merkels schwarz-gelbe Regierung den Deutschen die Energiewende schmackhaft machte, kommt uns auch deshalb teuer zu stehen, weil die jetzt schon überlasteten Stromnetze weder die Besonderheiten alternativer Energieträger – Wind und Sonne liefern den meisten Strom da, wo er am wenigsten gebraucht wird – noch die zwangsläufig steigenden Stromimporte verkraften können.

Dennoch werden die Lobbyisten der sogenannten erneuerbaren Energie nicht müde, Wind und Sonne schönzurechnen. So behauptet der Bundesverband der Solarwirtschaft, in den letzten fünf Jahren hätten sich die Kosten durch „technischen Fortschritt und Massenfertigung" der Solaranlagen halbiert. Dass beides vorzugsweise in China stattfindet, scheint für den Solar-Verband keine Rolle zu spielen. Dort sind wohl auch die meisten der von den Solar-Lobbyisten bejubelten „weit über 100000 Arbeitsplätze" zu finden – auch dies ein Aus- beziehungsweise Umstieg, wie ihn das kernkraftkritische Volk so nicht erwartet hatte. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Notwendiger Netzausbau kommt nicht voran: Gegen eine von Vattenfall geplante Hochspannungs-Stromtrasse durch den Thüringer Wald protestieren mehrere hundert Teilnehmer

Bild: pa

Ein weiteres Fukushima ist unmöglich

Deutschland anno 1967: ein Land im nuklearen Fortschrittsrausch. Sozialdemokraten überschlagen sich auf ihren Parteitagen in Hymnen auf die strahlende Zukunft, Christ- und Freidemokraten hecheln hinterher, um nicht als fortschrittsfeindlich zu gelten. In der Kernforschungsanlage Jülich geht der AVR ans Netz, er wird als Meilenstein auf dem Weg zur atomaren Weltspitze gefeiert. Es handelt sich um einen Kugelhaufenreaktor, ein Testgerät mit bescheidenen 13 Megawatt. In 21 Jahren speist er 1,7 Milliarden Kilowattstunden ins Düsseldorfer Stromnetz ein.

1983 folgt mit dem THTR-300 in Hamm der erste kommerziell betriebene Kugelhaufenreaktor. Dank seiner kugelförmigen Brennelemente ist bei ihm eine Kernschmelze physikalisch unmöglich, ein Plus an Sicherheit, wie Fukushima (ein Reaktor herkömmlicher Bauart) lehrte. Aber in Deutschland hatten inzwischen die ideologisch geprägten AKW-Gegner mobil gemacht. Atom-Angst wurde zum politischen Vehikel der Grünen. 1989 wurde der Reaktor stillgelegt, damit endete die Fortentwicklung dieser Bauart. Aber während Deutschland nun dabei ist, sich ganz aus der Nukleartechnologie zu verabschieden, haben andere Länder die Jülicher Erfindung wiederentdeckt. China baut zwei Kugelhaufenreaktoren, USA, Kanada und Indien haben die Entwicklung aufgegriffen, Frankreich interessiert sich ebenfalls.

Kernschmelze ist ausgeschlossen

Noch gibt es an der TU Dresden ein Kompetenzzentrum für Hochtemperatur-Reaktortechnik, das vom akademischen Nachwuchs gut frequentiert wird. Aber wie lange hier noch in Deutschland gewachsenes Knowhow erhalten bleibt, dazu wagt nicht einmal Lehrstuhlinhaber Antonio Hurtado eine Prognose. *H.J.M.*

Sonnenfeuer auf Erden

Strom aus Kernfusion – eine Option für die ferne Zukunft

Extremer geht's kaum noch: Außen kühlt flüssiges Helium die Magnetspulen auf minus 270 Grad Celsius, um sie supraleitend zu machen. Denn nur so können sie im Inneren das 100 Millionen Grad Celsius heiße Wasserstoff-Plasma so lange stabil halten, bis sich die Atomkerne verschmelzen – zu Helium. Die Energie, die bei dieser Fusion freigesetzt wird, übersteigt alles, was wir uns bislang unter Energie-Effizienz vorstellen, und zwar um mehrere Größenordnungen: Ein Kilogramm Wasserstoff liefert mehr Energie als 10000 Tonnen Kohle.

Das klingt nach ferner Zukunftsvision – und reicht doch weit zurück in fernste Vergangenheit. Vor fünf Milliarden Jahren zündete in jenem stellaren Materieklumpen, den wir heute Sonne nennen, das Fusionsfeuer. Seither verschmelzen im Innern unseres Zentralgestirns bei 300 Milliarden Atmosphären Druck und 15 Millionen Grad Celsius Wasserstoff- zu Heliumkernen. Die Fusionsenergie wärmt unsere Erde. Ohne sie gäbe es kein Leben – und auch keine Atomwissenschaftler, die versuchen könnten, das Sonnenfeuer auf Erden zu zähmen.

Wie man Wasserstoffkerne dazu bringt, zu Helium zu fusionieren, wissen die Wissenschaftler seit 59 Jahren. Am 1. November 1952 zündeten US-Militärs die erste Wasserstoffbombe, deren Sprengkraft um ein Vielfaches höher war als die der seit Hiroshima bekannten Atombomben nach dem Kernspaltungsprinzip.

Kein Gefäß hält solche Hitze und solchen Druck aus

Was die Wissenschaftler bis heute nicht wissen: Wie kann man die ungeheure Kraft, die aus den fusionierenden Atomen kommt, bändigen und kontrolliert nutzen? Wie die erforderlichen Temperaturen und Drücke erzeugen? Wie das superheiße Plasma im Vakuum so zusammenhalten, dass es mit keiner Materie in Berührung kommt? Denn ein „Gefäß", das solche Bedingungen aushalten könnte, gibt es nicht.

Längst hat sich der Forschungszweig der Plasmaphysik etabliert und nimmt mit dem Max-Planck-Institut Garching/München eine Spitzenposition ein. 1985 regten US-Präsident Ronald Reagan und KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow weltweite Kooperation an, da nur gemeinsam das große Ziel erreichbar sei. Man rechnete damals mit 30 Jahren bis zum Zünden eines ersten kommerziellen Fusionsreaktors, eine allzu optimistische Prognose.

So sieht die Realität aus: Im südfranzösischen Cadarache entsteht für 15 Milliarden Euro der Testreaktor Iter, ein sogenannter Tokamak, der 2019 anlaufen und 2027 erstmals Energie liefern soll. Parallel zu diesem globalen Projekt (Partner sind EU, USA, Russland und China) verfolgen die Deutschen ein anderes technisches Prinzip, den Stellarator. Das Garchinger Max-Planck-Institut baut in seiner Außenstelle Greifswald den 430 Millionen Euro teuren „Wendelstein". Schon 2015 sollen die ersten Experimente starten; 2019 hofft man, erstmals mehr Energie herauszuholen, als für das Aufheizen und Zünden eingespeist wird. Auf das erste Fusionskraftwerk aber wird man wohl noch bis 2050 warten müssen. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8634**

Das Kreuz mit der Moschee

Bizarre Vorwürfe über eingeschmuggelte christliche Symbole machen Moscheebau in Köln zu einer Posse

Vorerst kommunizieren der Vorstand der Moschee und ihr Architekt zwar über einen Vermittler wieder, doch ein Rechtsstreit scheint unvermeidbar.

Die im Bau befindliche Groß-Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld soll Platz für 1200 Gläubige bieten. Die fast fertige Kuppel hat eine Höhe von 34,5 Metern, die Minarette von 55 Meter. Jahrelang wurde um das größte Moscheebauprojekt Deutschlands in Köln gestritten. Der prominente jüdische Intellektuelle Ralf Giordano, der die Moschee als „Falsches Signal“ bezeichnet, und eine eigens gegründete Partei „Pro Köln“ hatten jahrelang erfolglos versucht, das Projekt zu stoppen. Jetzt droht ein Streit zwischen dem Bauträger und dem Stararchitekten Paul Böhm, um die für 2012 geplante Fertigstellung des größten Moscheebauprojektes in Deutschland.

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib), ein deutscher Verein, der allerdings der Kontrolle des staatlichen Präsidiums für Religionsangelegenheiten der Türkei unterliegt, erhebt als Bauträger bizarre Vorwürfe gegen den Architekten. Böhm, der auch Architekt verschiedener moderner Kirchen war, soll, so der nicht offen geäußerte Vorwurf, gezielt christliche Symbole in das Bauwerk eingeschmuggelt haben.

Im Ursprungsentwurf bestand die Kuppel noch aus drei Schalen. Darin befürchtete Ditib die „Heilige Dreifaltigkeit“. Deshalb verlangte Ankara vier Schalen in der Kuppel. Als diese angefertigt wurden und den Anschein eines Kreuzes erweckten, wurde von Ankara wiederum ein Änderungswunsch vorgetragen, es blieben im dritten Anlauf jetzt zwei Schalen, aber auch in diesen Entwurf soll noch ein verstecktes Christogramm verborgen sein.

Die Ditib als Bauherr der Kölner Moschee hat den Vertrag mit Böhm vor vier Wochen gekündigt. „Als Künstler hat Herr Böhm brilliert, als Baumeister hat er leider versagt“, so die Sprecherin Ayse Aydin. Baumängel, eine gewaltige Kostenexplosion und falsche Farben, sind die von der Ditib vorgebrachten offiziellen Gründe. Der Architekt und die Baufirma, die schon seit Monaten kein Geld mehr erhalten hatten, werfen dem türkischen Bauträger vor, durch ständige Änderungswünsche die Baukosten selbst in die Höhe getrieben zu haben und Baumängel künstlich konstruiert zu haben, für ein Gebäude, das noch gar nicht abgenommen ist.

Es ist ein seltsamer Streit, der in Köln tobt. Eigentlich dachte man, dass die Konflikte um die riesige Moschee in der Innenstadt längst beigelegt seien. Viele ursprünglich skeptische Kölner Bürger bewunderten bereits die Betonkugel und die in den Himmel ragenden Minarette und sahen die Moschee bereits als „Kölsche Moschee“.

In Wahrheit gärte es schon lange zwischen dem Architekten und den Bauherren, seit einigen Wochen nun wird der Konflikt auch öffentlich ausgetragen. Böhm sieht den Grund für das Zerwürfnis vor allem in dem von der Türkei vor kurzem eingesetzten neuen Vorstand der Ditib. Die Ditib will ihre Deutschland-Zentrale in der neuen Moschee einrichten, deshalb geht es um viel Prestige. Auch manche deutsche Politiker wie die türkischstämmige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün sehen in Ankara den eigentlichen Auslöser des Streites. Die Ditib ist im Grunde eine türkische Behörde, die nach der Großwetterlage in der Türkei handelt. Die Regierung der Türkei wird mit Erdogans AKP von einer islamistischen Partei gestellt, die sich zwar im Westen als weltoffen darstellt, aber ihren eigenen Anhängern gegenüber ein islamistisches Weltbild predigt.

Zwielichtiger Einfluss aus Ankara

Der größte Moschee-Komplex in Deutschland sollte eigentlich im kommenden Frühsommer eingeweiht werden. Nun drohen jahrelanger Rechtsstreit und Baustopp. Im Streit um den Weiterbau der Kölner Ditib-Moschee wurde Alt-Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) als Schlichter eingesetzt. Schramma gehört dem Moschee-Beirat mit Vertretern aus Politik, Kirchen und Kultur an. Ihm ist es in einem Moderationsverfahren gelungen, die verhärteten Fronten wieder ins Gespräch zu bringen. Der stellvertretende Vorsitzende der türkischen Religionsgemeinschaft Ditib, Orhan Bilen, schlägt jetzt versöhnlichere Töne gegenüber dem Kölner Architekten an und kehrt die Scherben zusammen, die er und andere in den letzten Wochen verursacht haben. Ein Rechtsstreit, so ließ er wissen, solle nach Möglichkeit abgewendet werden. „Böhm bleibt derjenige, mit dem dieses Kunstwerk immer verbunden sein wird. Wir sind stolz auf diese Moschee mit ihrer modernen Architektur“, sagte Bilen in einem Gespräch mit dem „Kölner Stadtanzeiger“. Die Ditib möchte in dem Moderationsverfahren „alle Optionen offen“ halten. Sie verlangt in ihrer jüngsten Stellungnahme nur noch eine Beseitigung von Baumängeln, von künstlerischen Differenzen ist – im Gegensatz zu früheren Äußerungen – nicht mehr die Rede. An dem Vorwurf versteckter christlicher Symbole sei nichts dran gewesen, so Bilen. Trotz des Bekenntnisses zum Böhm-Entwurf wird eine Einigung schwierig. Das Verhältnis zwischen Ditib und Böhm ist „noch immer ziemlich unterkühlt“, so heißt es aus dem Beirat, so dass es wohl doch auf einen Prozess hinausläuft. Wie es ganz praktisch mit Böhm nach der vorläufigen Einigung bei der Sitzung des Moscheebeirats in der letzten Woche weitergehen und ob er als künstlerischer Leiter auf die Baustelle zurückkehren kann, bleibt unklar. Trotz angeblicher Mängel sollen die Bauarbeiten weitergehen. Zurzeit wird die Glasfassade eingebaut. Die Kosten sollen wegen der fortlaufenden Umplanungen von ursprünglich 28,7 Millionen Euro zu Baubeginn 2009 auf 38 Millionen Euro gestiegen sein, so die Ditib.



Zu Zeiten von Kemal Atatürk, der ab 1923 der Türkei ein westliches Aussehen und eine laizistische Verfassung gegeben hatte, tat man sich in der Türkei mit christlichen Architekten nicht so schwer. 1927 wurde der deutsch-österreichische Stararchitekt mit brasilianischem Pass Clemens Holzmeister damals einer der begehrtesten Kirchenbauer im deutschsprachigen Raum, gebeten die neue türkische Hauptstadt Ankara zu bauen. In keinem der von Holzmeister zur vollsten Befriedigung der türkischen Behörden geschaffenen Staatsbauten, seien es Ministerien, Botschaften, Militärgebäuden oder das türkische Parlament, hat man christliche Symbole entdeckt. 2008 hat man in Ankara eine Straße nach ihm benannt.

Bodo Bost



Pfusch am Bau: Hat Architekt Paul Böhm Fehler gemacht oder gibt es andere Gründe für den Zwist Bild: pa

MELDUNGEN

Peinlicher Flugzeug-Deal

Berlin – Während Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Außenminister härtere Sanktionen gegen den Iran fordern, hat die bundeseigene Verwertungsgesellschaft Vebeg dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad ungewollt eine Freude bereitet. Der ausgemusterte Kanzler-Airbus „Theodor Heuss“ ist, nachdem er von der Vebeg für 3,12 Millionen Euro an eine osteuropäische Investorengruppe versteigert worden war, an eine iranische Fluggesellschaft weiterverkauft worden. Da die fliegende Staatskarosse keine Zulassung für den zivilen Luftverkehr hat, dürfte sie zukünftig als iranische Regierungsmaschine eingesetzt werden. Die Bundesregierung hält sich bedeckt und verweist lakonisch darauf, dass die Versteigerung legal gewesen sei. *J.H.*

Zu wenig »Kampf gegen Rechts«?

Berlin – Die Entdeckung der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hat auch den Etat für Präventionsprogamme gegen Rechtsextremismus in den Blick der Opposition gerückt. Diese moniert nämlich, dass 2012 mit 22 Millionen Euro sogar zwei Millionen weniger als in diesem Jahr hierfür zur Verfügung steht. Familienministerin Kristina Schröder (CDU), deren Haus den Etat verwaltet, sieht jedoch keinen Änderungsbedarf. Die Grünen würden sich den „Kampf gegen Rechts“ sogar 50 Millionen kosten lassen. Schröder betont aber, dass die Summe bereits deutlich höher sei, als die fünf Millionen, die in den Kampf gegen Linksextremismus fließen. Dass es überhaupt Geld für den Kampf gegen Linksextremismus gibt, ist eine Neuerung, die erstmals 2010 von Schröder eingeführt wurde und für die sie viel Kritik erhielt. *Bel*

Freudenfeste für Konservative

Berlin: »Bibliothek des Konservatismus« der Öffentlichkeit vorgestellt – Löwenthal-Ehrenpreis für Professor Ernst Nolte

Das Geistesleben Berlins ist am vorvergangenen Freitag um einen Schatz bereichert worden, der seinesgleichen sucht. Von der medialen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, ist mitten im Zentrum des Berliner Westens die „Bibliothek des Konservatismus“ eingeweiht worden. Dabei handelt es sich um die erste und einzige Institution dieser Art im deutschsprachigen Raum.

Die Spezialbibliothek ist untrennbar verbunden mit dem legendären konservativen Publizisten Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927–2009) und der von ihm im Jahr 2000 in München gegründeten Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF). Aufgabe der gemeinnützigen FKBF ist die Erforschung des Konservatismus in allen seinen Ausprägungen. Schrenck-Notzing arbeitete zeitlebens daran, den Begriff „Konservatismus“ zu definieren und zu präzisieren, was es heißt, in der Moderne konservativ zu denken. Seine etwa 20000 Bände umfassende Privatbibliothek brachte er in die Stiftung ein, nachdem der Stiftungsrats-Vorsitz 2007 in die jüngeren Hände Dieter Steins übergegangen war. Auf Initiative des agilen Gründers und Chefredakteurs der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und in enger Abstimmung mit Schrenck-Notzing wurde dessen Bibliothek 2008 nach Berlin überführt, provisorisch gelagert und nach wissenschaftlichen Kriterien erfasst. Der Grundstock für die beabsichtigte Einrichtung einer „Bibliothek des Konservatismus“ war geschaffen. Stein rührte emsig die Werbetrommel, so dass laufend passende Bücherspenden hinzukamen. Die bedeutendste Zustiftung war die Privatbibliothek des bekannten konservativen Sozialphilosophen Günter Rohrmoser (1927–2008), dessen Erbe der Philosoph Harald Seubert der FKBF übergab. Weitere werden folgen.

Schrenck-Notzing stiftete seine Privatbibliothek

Nach nur zwei Jahren Vorarbeit konnte nun die Fachbibliothek vorgestellt werden – in repräsentativen Räumen, die auch Platz für Tagungen und Seminare bieten. Die Präsenzbibliothek, deren Bestände über den Gemeinsamen Bibliotheksverbund der Länder www.gbv.de nachweisbar sind, soll im Frühjahr kommenden Jahres allen interessierten Studenten, Wissenschaftlern, Journalisten und Bürgern zugänglich sein.

Ein anderes Freudenfest für konservativ Gesinnte entfaltete sich tags darauf in der Berlin-Spandauer Zitadelle. Die Verleihung des Gerhard-Löwenthal-Preises durch die Förderstiftung in Zusammenarbeit mit der „Jungen Freiheit“ ist inzwischen zu einer festen Bank geworden. Der Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten ging in diesem Jahr an den „JF“-Leitartikler Michael Paulwitz.

In seiner thematisch ernsten, doch lustig gehaltenen Dankesrede erklärte der studierte Osteuropahistoriker die Beweggründe für seinen Beruf: Er wollte aus einem „preußischen Ethos“ heraus „seinem Land dienen“ sowie "Verantwortung für kommende Generationen übernehmen. "Deutschland soll auch den nach uns Lebenden noch Heimat sein, es soll das Land der Deutschen bleiben, nicht fremden Herren dienen und nicht das in Generationen Aufgebaute aus tagesegoistischer Feigheit und Kleinmut verschleudern." In Sorge um Deutschland warnte Paulwitz: "Ein Vierteljahrhundert kann ein Land von Grund auf verändern."

Die Verleihung des Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreises an den Historiker und Geschichtsphilosophen Ernst Nolte bildete den fulminanten Höhepunkt der Veranstaltung. Nolte – nach Joachim Fest einer der „wenigen bedeutenden Historiker unserer Zeit“ – wurde für sein unüberschaubar großes publizistisches Lebenswerk geehrt. Einem breiteren Publikum wurde Nolte bekannt, als er vor 25 Jahren durch seinen "FAZ"-Aufsatz „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ den berühmt gewordenen „Historikerstreit“ auslöste.

Der im 89. Lebensjahr Stehende dankte in einer kürzeren, aber bestechend klaren Rede der Förderstiftung, dass sie sich nicht gescheut habe, eine Wahl zu treffen, die ihr „viel Kritik und Polemik eintragen dürfte“. Günter Scholdt würdigte in seiner Laudatio Noltes „tatkräftigen Einsatz für ein diskussionsoffenes, rational zu kreierendes Geschichtsbild“, das ihm „trotz seiner Ächtung durch den aktuellen Zeitgeist einen Ehrenplatz in der Wissenschaftsgeschichte sichert“.

Christian Rudolf



Mit dem Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis für sein publizistisches Lebenswerk ausgezeichnet: Ernst Nolte (li.) empfängt die Urkunde vom Stiftungsratsvorsitzenden Dieter Stein Bild: JF

MELDUNGEN

Liebesadresse an Moskau

Zschinwali – Süd-Ossetien, das anders als Nord-Ossetien nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht Russland, sondern Georgien zugesprochen wurde, zählt nur 72000 Einwohner. Die stimmten nun über zwei Fragen ab: Soll Russisch in Süd-Ossetien zweite Staatssprache werden? Zwar leben dort nur zwei Prozent Russen, aber 83,9 Prozent der Wähler stimmten für Russisch, da sie sich von Russland wirtschaftlich mehr versprechen. Zweitens sollte der Nachfolger des Präsidenten Eduard Kokojty gekürt werden, was erst in der Stichwahl vom 27. November gelingen wird. Für die haben sich der Polizeigeneral Anatolij Bibliow und die Ex-Ministerin Alla Dshioewa qualifiziert. Bibliow ist Moskaus Mann. *W.O.*

Serben wollen russischen Pass

Belgrad – Mehr als 21000 Kosovo-Serben haben die russische Staatsangehörigkeit beantragt. Das teilte der Organisator der Aktion, Zlatibor Djordjevic, in der Kosovo-Gemeinde Gracanica mit. Eine Petition mit den Unterschriften der Serben, die im Norden des Kosovo leben, wurde der russischen Botschaft in Belgrad übergeben. „Als Hauptgrund für den Schritt gaben die Serben Angst um die eigene Sicherheit an“, erklärte der Justitiar der Botschaft. Nach seinen Angaben wurde das Dokument bereits an das Außenministerium in Moskau weitergeleitet. Russland gilt als traditioneller Verbündeter Serbiens und erkennt die eigenmächtig ausgerufene Unabhängigkeit der serbischen Provinz Kosovo von Februar 2008 nicht an. Russlands Premier Wladimir Putin kündigte kürzlich einen weiteren Besuch in Belgrad an. Russische Zeitungen nahmen die Aktion der Serben, die über Diskriminierung durch die Mehrheit der Kosovo-Albaner klagen, mit Zurückhaltung auf. *CR*

Der Traum vom EU-Austritt

Euro-Krise trifft auch Großbritannien – EU-Skeptiker erhalten immer mehr Zustimmung

Statt Schadenfreude über das Straucheln des Euros zu empfinden, spüren die britischen Euro-Verweigerer, dass sie mit in den Sog der Euro-Krise hineingezogen werden. Dabei leiden sie noch immer unter den Folgen der Banken-Krise und Fehlen struktureller Reformen.

Eigentlich hatte Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit der Formulierung, dass in Brüssel jetzt Deutsch gesprochen werde, die Mitglieder seiner Partei dazu bewegen wollen, für den Euro auch ihr letztes Hemd zu geben. Er traf aber stattdessen einen empfindlichen Nerv der Briten. Dort deutete man die Aussage so, dass Berlin nun, wie befürchtet, die Macht in Brüssel an sich reißen wolle. Auf der Insel haben die EU- und Euro-Skeptiker eine starke Lobby. Beim Euro wollte man bewusst nicht mitmachen, auch weil man wirtschaftliche Zweifel an dem Erfolg des Projektes hatte. Allerdings müssen die Briten jetzt feststellen, dass sie trotzdem mit im sinkenden Euro-Boot sitzen, ohne jedoch Einfluss nehmen zu können.

Und so stand der Besuch des britischen Premiers David Cameron in Berlin vorvergangene Woche unter keinem guten Stern. Es war offensichtlich, dass es nicht nur der Streit um die Finanztransaktionssteuer war, der Bundeskanzlerin Angela Merkel und Cameron spaltete. Die Stimmung zwischen dem Vereinigten Königreich und der in der Euro-Rettung tonangebenden Achse Berlin–Paris ist spätestens seit dem Moment im Keller, seitdem der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy Cameron von den Euro-Rettungsgipfeln auslud. „Wird sind es leid, dass Sie uns kritisieren und sagen, was wir tun sollen. Sie sagen, dass Sie den Euro hassen, und jetzt wollen Sie sich in unsere Treffen einmischen“, so der Franzose.

Schon vier Wochen vor dem Deutschland-Besuch hatten die EU-Kritiker in Camerons eigener Partei einen Aufstand geprobt. Bei einer Abstimmung über ein Referendum zum EU-Austritt im Londoner Unterhaus wurde offenbar, dass vor allem die regierenden Tories genug von Brüssel haben, zumal 2013 auch noch der Briten-Rabatt ausläuft und das von Sparprogrammen gequälte Land in diesem Jahr bereits fünf Milliarden Euro netto an die EU zahlt. 83 Tories stimmten für ein Referendum, 15 enthielten sich und Cameron versuchte sofort, eine Brücke zu den Abweichlern von seiner EU-Linie zu schlagen. So meinte er vor seinem Berlin-Besuch: Die Euro-Krise böte nun die Gelegenheit, „die EU so neu zu gestalten, dass sie die Interessen unserer Nation, aber auch der übrigen 26 Nationen, besser erfüllt. Und in Großbritanniens Fall auch die Möglichkeit, Befugnisse zurückzuholen, statt sie weiter wegdriften zu sehen“. Angesichts des Umstandes, dass man auf dem Kontinent immer öfter

> Selbst der Premier fordert weniger Brüssel

von den „Vereinigten Staaten von Europa“ spricht und nach mehr, statt weniger Europa gerufen wird, gab Cameron deutlich zu erkennen, dass er diese Richtung nicht mitgeht. Zwar versuchte sein Koalitionspartner und Vizepremier, der Liberaldemokrat Nick Clegg, die Wogen zu glätten und betonte, dass man mitten in der Krise nicht die EU-Verträge ändern könne, denn das würde „Populisten, Chauvinisten und Demagogen“ nur Tür und Tor öffnen, aber jene, die er „Populisten, Chauvinisten und Demagogen“ nennt, treffen in Großbritannien schon lange auf offene Ohren.

Und Aussagen wie die des britischen Notenbankchefs Mervyn King, dass das Land in Sachen wirtschaftlicher Erholung und Reformen bereits auf dem richtigen Weg gewesen sei, bevor die Euro-Krise über den Ärmelkanal geschwappt ist, sind Öl im lodernden Feuer der EU- und Euro-Skeptiker. Das hat zur Folge, dass sich die Briten als schuldlose Opfer der Euro-Krise fühlen, was durchaus auch im Sinne der Regierung ist. Frust, der auf Missständen im Inland beruht, auf einen Feind außerhalb der eigenen Landesgrenzen zu lenken, entlastet die Regierung. Deren Sparprogramme haben die Stimmung im Land zusätzlich verschlechtert. Eine Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent, eine Jugendarbeitslosigkeit von 20 Prozent und die höchste Frauenarbeitslosigkeit seit 23 Jahren, bei einer Inflation von über fünf Prozent, einer stagnierenden Wirtschaft und einem weiter steigendem Handelsdefizit lassen jeden Volkswirtschaftler erblassen. Die anlässlich der Sparprogramme massiven Entlassungen im öffentlichen Dienst treffen vor allem Frauen, die dort überproportional beschäftigt sind. Die Jugendarbeitslosigkeit führt zu Perspektivlosigkeit sondergleichen, die im August zu den weit über die Grenzen Londons hinausgehenden Krawallen geführt hat. Der Staatshaushalt wird in diesem Jahr das anvisierte Defizit von „nur“ 6,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes überschreiten und vermutlich acht Prozent erreichen. Arbeitslosigkeit, Inflation und die Sparprogramme drücken auf den Konsum und der sowieso schwache britische Export stagniert, da 50 Prozent in die EU gehen und dort sorgt die Euro-Krise für Verunsicherung, die sich auch in den Orderbüchern auf der Insel niederschlägt.

Demzufolge würde ein Austritt aus der EU den Briten wirtschaftlich zwar die Einsparung der Überweisungen an Brüssel bringen, das Land aber weiter politisch isolieren. Zudem würde ein Ventil abhanden kommen, über das die Bewohner des Vereinigten Königreiches ihrem Unmut Luft machen können. Und einen Vorteil hat die Euro-Krise durchaus, denn da Anleger aus dem unsicheren Euro-Raum flüchten, ist das Interesse an Investitionen in Großbritannien groß. Selbst britische Staatsanleihen finden nun außer der fleißig eigene Papiere kaufenden Zentralbank, was die Inflation nach oben getrieben hat, wieder Abnehmer am Markt. Das senkt den Zins, den der Staat zahlen muss. *Rebecca Bellano*



Eigentlich möchte die Polizei selber streiken: Auch bei ihr werden 2,5 Milliarden Euro gestrichen Bild: pa

Genug von Kaczynski

Neusortierung auf der polnischen Rechten

Die polnische Parteienlandschaft ist nach den Parlamentswahlen vom 9. Oktober wieder einmal im Umbruch. Anders als in Deutschland, wo die Formationen, die laut Grundgesetz bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, wie unverrückbare Staatsparteien wirken, ist die politische Szene jenseits von Oder und Neiße lebendiger, abwechslungsreicher, veränderungsfreudiger. Parteien entstehen, stellen die Regierung und versinken nach Abwahl in der Bedeutungslosigkeit. Während die Bundesrepublik seit der Epochenzäsur des Mauerfalls nur zwei Regierungswechsel erlebte, wird die „Dritte Republik“, wie in Polen die staatliche Ordnung nach der Überwindung des Kommunismus und den ersten freien Wahlen von Juni 1989 genannt wird, bereits vom 14. Ministerpräsidenten regiert.

Insofern ist die Bestätigung der Regierung Donald Tusk für die Verhältnisse Polens ein absolutes Novum. Zeitungen sprechen schon vom „Schock der Kontinuität“ und einer „seltsamen Erfahrung für Wähler und Politiker“.

Gegenwärtig steht die Gründung einer neuen rechtsgerichteten Partei von Kaczynski-Abtrünnigen offenbar kurz bevor. Nach dem abermaligen Wahlsieg von Tusks „Bürgerplattform“ (PO) ist für die größte und führende Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) des ehemaligen Premiers Jaroslaw Kaczynski die Macht in weite Ferne gerückt. Der unerwartet deutliche Vorsprung der Liberalkonservativen ließ den eitlen, von sich eingenommenen und ewig gekränkt wirkenden Kaczynski düpiert zurück. Seine nationalistisch-

> Kaczynski-Partei verlor sechs Wahlen in Folge

konservative Partei verlor mittlerweile sechs Wahlen in Folge. Sein Drang nach der Macht erlitt erst im Juni letzten Jahres einen herben Rückschlag, als nicht er, sondern sein PO-Kontrahent Bronislaw Komorowski die Stichwahl um das Präsidentenamt gewann.

Drei PiS-Europaabgeordnete, darunter der frühere Kaczynski-Vertraute und stellvertretende PiS-Chef Zbigniew Ziobro, hatten nach der Wahlpleite eine offene Diskussion angemahnt, eine Öffnung der Partei hin zur politischen Mitte gefordert und Kritik am autoritären Führungsstil des Parteichefs geübt. Kaczynski reagierte in gewohnter Manier und ließ die Opponenten am 4. November ohne viel Federlesens aus der Partei ausschließen. Das Magazin „Polityka“ spöttelte in einer Analyse, durch Säuberungen seien der Partei schon mehr Politiker abhandengekommen als in der Flugzeugkatastrophe bei Smolensk im April 2010.

Im Warschauer Sejm haben sich die „Ziobristen“ bereits als Fraktion mit 16 Abgeordneten konstituiert. Zurzeit läuft ein bizarrer Streit um die Sitzverteilung. Die vom Hof Gejagten, die unter dem künftigen Parteinamen „Solidarisches Polen“ antreten, fordern von der Sejmverwaltung die Sessel rechts von ihren ehemaligen Parteifreunden. Die PiS wiederum sähe sie lieber auf den Bänken hinter sich – nach inoffiziellen Informationen der „Rzeczpospolita“, um sie aus dem Blickfeld der Fernsehkameras zu nehmen.

Derweil wurde bekannt, dass auf der extremen Rechten die Gründung einer neuen Sammlungspartei offenbar kurz bevorsteht. Die „Nationalbewegung“ solle aus dem Zusammenschluss von „Allpolnischer Jugend“ und dem „Nationalradikalen Lager“ (ONR) hervorgehen, berichteten Zeitungen unter Berufung auf einen Spitzel im ONR. Nur die Krawalle am Unabhängigkeitstag (*PAZ* berichtete) hätten die Ausrufung des Zusammenschlusses verhindert. *Christian Rudolf*

Morde an Christen

Elfenbeinküste kommt nach dem Bürgerkrieg nicht zur Ruhe

In französischsprachigen Zeitungen Afrikas machen immer wieder Bilder des Grauens die Runde. Sie zeigen die verkohlten Leichen von 800 im April dieses Jahres bei lebendigem Leib verbrannten Christen. Und auch jetzt, nach dem Machtwechsel, fällt die Saat der Gewalt weiter auf fruchtbaren Boden: Die Erzdiözese Abidjan meldet für die letzten zweieinhalb Monate 40 Raubüberfälle auf christliche Einrichtungen. Auch aus anderen Teilen des Landes wird von ähnlichen Übergriffen berichtet.

Seit dem Sommer herrschen in dem Kakao- und Kaffee-Staat Muslime unter Präsident Alassane Quattara. Sie stellen etwa 38 Prozent der 19 Millionen Einwohner, 27,5 Prozent bekennen sich zum Christentum und sind mehrheitlich Katholiken. Rund 1,5 Millionen Ivorer leben im Ausland. Die von Norden her einsickernde Islamisierung schreitet indes von Jahr zu Jahr, wie auch in anderen westafrikanischen Regionen, voran und erfasst vor allem die 17 Prozent Anhänger afrikanischer Naturreligionen unter 70 verschiedenen Volksgruppen. Besonders der Stamm der Senufo wendet sich dem sunnitischen Zweig der Religion Allahs zu. Immerhin sind 26 Prozent der Einwohner Einwanderer vor allem aus den Nachbarländern Burkina Faso, Mali und Liberia. Der europäische Anteil ist mit 0,6 Prozent verschwindend gering.

Von der Verfassung her ist die Cote d'Ivoire, die 1960 ihre Unabhängigkeit von Frankreich erlangte und ab 2002 von heftigen Bürgerkriegen geschüttelt worden war, ein laizistischer Staat mit einer ehemals sprichwörtlichen Toleranz. Doch diese Ära scheint sich unter dem wachsenden Einfluss von Islamisten dem Ende zuzuneigen. Während des Bürgerkriegs kam es zu massiven Verstößen gegen die Menschenrechte, Mord, Folter, Vergewaltigung, Beseitigung unliebsamer Gegner waren an der Tagesordnung. Unter den korrupten Ländern der Erde nimmt die Elfenbeinküste mit Platz 146 einen der schlechtesten Plätze ein.



Mord und Todschlag: Opfer werden in Massengräbern verscharrt Bild: pa

Der Kampf zwischen dem Norden unter Quattara und dem Süden unter Laurent Gbagbo machte aus dem ehemals wohlhabenden Staat ein Armenhaus. Selbst die Erdölförderung aus den küstennahen Gewässern schrumpfte auf ein Minimum. Immerhin stellte sie den Löwenanteil der Exporterlöse. Nach der Präsidentschaftswahl 2010 eskalierte die Auseinandersetzung und forderte zahlreiche Todesopfer. Eine Million Menschen waren auf der Flucht. Gbagho, der in der Wahl unterlag, wurde schließlich durch Intervention Frankreichs und der Vereinten Nationen festgenommen. Frankreichs Präsident Sarkozy gilt als enger Freund des aus Burkina Faso stammenden Quattara. Deswegen werfen ihm die Christen des Landes Verrat vor. *Joachim Feyerabend*

Kreditgeber wider Willen

Ungefragt, unbegrenzt und legal »leihen« sich andere Zentralbanken Milliarden von der Bundesbank

Drohende Belastungen, die durch den Euro-Rettungsschirm entstehen können, werden in der deutschen Öffentlichkeit heftig diskutiert. Kaum beachtet wird hingegen die Bundesbankbilanz. Schleichend haben sich dort Risiken von fast einer halben Billion Euro angesammelt.

Mit sicherem Gespür für juristische Grauzonen nutzen Länder wie Irland und Griechenland eine Lücke in den Vereinbarungen zu europäischen Währungsunion. Sie verschaffen sich Kredit bei der Bundesbank: Ungefragt, unbegrenzt und legal über das „Echtzeit-Bruttozahlungssystem“, auch Target-2-System genannt. Etwas sperrige Begriffe, die ein System benennen, mit dem die Zentralbanken der Euro-Zone untereinander grenzüberschreitende Zahlungen verrechnen. In der Vergangenheit haben sich bestenfalls einige Währungsexperten damit beschäftigt, inzwischen hat die Thematik aber das Interesse von immer mehr Volkswirten erregt. Ursache für diesen Wandel ist, dass sich seit einigen Jahren bei dem Verrechnungssystem ein massiver Missbrauch durch einige der eingebundenen Zentralbanken abzeichnet.

Wie simpel der Trick funktioniert, mit dem sich ein Kredit auch gegen den Willen des Kreditgebers beschaffen lässt, macht ein Blick auf die Zahlungswege deutlich, die ein Exportgeschäft nach sich zieht: Der Kauf eines irischen Kunden bei einem deutschen Hersteller führt zum Beispiel dazu, dass zur Bezahlung des Produkts der entsprechende Betrag vom Konto des irischen Käufers bei seiner Geschäftsbank abgebucht und an die irische Zentralbank überwiesen wird. Der Verkäufer in Deutschland wiederum erhält auf seinem Bankkonto durch die Bundesbank die entsprechende Gutschrift. Abgeschlossen wird der Vorgang damit, dass die irische Zentralbank den von der Bundesbank quasi vorgestreckten Betrag an die Bundesbank überweist. Diese Ausgleichszahlungen bleiben allerdings im zunehmenden Maße aus. Erstaunlich ist, dass dieses Vorgehen nicht einmal illegal ist. In den Regelungen des Maastricht-Vertrages zur Währungsunion wurde – trotz der Bezeichnung Echtzeitsystem – nicht festgesetzt, wann der Ausgleich zu erfolgen hat.

Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, beschreibt den erstaunlichen Vorgang so: „Das ist so, wie wenn sie in einem Laden permanent anschreiben lassen.“ Dieses „Anschreiben“ hat dazu geführt, dass bei der Bundesbank die Forderungen an andere Euro-Zentralbanken mittlerweile fast das Volumen einer halben Billion Euro erreichen. Im September war bereits der Stand von 449,6 Milliarden Euro erreicht. Bis zum Ende des Oktobers sind die offenen Forderungen auf 465 Milliarden Euro gestiegen, bis zum Jahresanfang 2012 ist mit dem Erreichen von 500 Milliarden Euro zu rechnen.

Die Bank of Ireland nutzt diese Art von erzwungenem Kredit mit

> Offiziell haftet die EZB für die Schulden bei der Bundesbank

141 Milliarden Euro zwar am massivsten in der Euro-Zone aus, steht mit ihrem Vorgehen aber bei weitem nicht mehr allein. Bis Ende September hatten auch Griechenland mit 100,7 Milliarden Euro, Spanien mit 88,6 Milliarden Euro und Portugal mit 57,3 Milliarden Euro Schulden bei anderen Euro-Zentralbanken. Brisant sind aber zwei andere Zahlen: Frankreich mit 97,7 Milliarden Euro und Italien mit 103,5 Milliarden Euro Defizit im September waren inzwischen ebenso gezwungen, in die Trickkiste zu greifen, wie man es bisher nur von der griechischen oder der irischen Zentralbank gewohnt war.

Auch die Bundesbank ist mittlerweile nicht mehr allein in ihrer Rolle als Kreditgeber wider Willen. Bei der niederländischen Zentralbank stapelten sich im September Forderungen in Höhe von über 88 Milliarden Euro. Selbst Luxemburg wird inzwischen zur Ader gelassen. Der Saldo, im September 84,3 Milliarden Euro, lenkt den Blick auf eine weitere Tatsache, die sich neben unterschiedlicher volkswirtschaftlicher Leistungskraft in den Target-2-Salden widerspiegelt: Kapitalflucht. Die Luxemburger Banken werden zurzeit förmlich überschüttet von Kapital, das aus der EU-Südschiene abgezogen wird. Völlig offen ist, wie die per Target-2-System zusätzlich aufgehäufte Quasi-Staatsverschuldung zurückbezahlt werden soll. Wie illusorisch dies ist, wird am Fall Griechenland deutlich: Zusätzlich zu den offiziellen Staatsschulden von zirka 350 Milliarden Euro waren im September noch 100,7 Milliarden Euro bei der griechischen Zentralbank aus dem Target-2-System offen. Eine Pleite Griechenlands könnte auch eine erste Probe dafür sein, wie belastbar die Aussagen der EZB bezüglich Target-2-Thematik sind: Juristisch gesehen bestehen die Verbindlichkeiten nämlich gegenüber der EZB, so dass die Bundesbank bei einem Ausfall nur gemäß ihrem EZB-Anteil von zirka 19 Prozent haften würde. Ob diese Aussage allerdings auch noch gültig sein wird, wenn es zu einem Totalkollaps der europäischen Währungsunion kommt, ist fraglich.

Von der deutschen Politik ist die Problematik um die Target-2-Forderungen der Bundesbank bisher mit Schweigen bedacht worden: Einerseits ist das handwerkliche Versagen bei der juristischen Ausarbeitung des Maastricht-Vertrages in den 90er Jahren zu offensichtlich. Andererseits ist der massive Missbrauch des Verrechnungssystems zu Lasten der Bundesbank mittlerweile fester Bestandteil der Rettungsmaßnahmen für das eigentlich gescheiterte Eliten-Projekt „Euro“.

Norman Hanert



Anschreiben lassen wie früher im Tante-Emma-Laden: Obwohl die Bundesbank unabhängig ist, hat die Politik durch die Regelungen im Maastricht-Vertrag die Eingriffe möglich gemacht Bild: F. Gambarini/dapd

KURZ NOTIERT

BayernLB betroffen von größter Kommunal-Pleite in US-Geschichte: Der Verwaltungsbezirk Jefferson County im US-Bundesstaat Alabama hat die Einstellungen der Zinszahlungen beschlossen. Der Bezirk mit 650000 Einwohnern hat Schulden von 3,1 Milliarden Dollar angehäuft. Betroffen ist die BayernLB, die Kredite in Höhe von 52,2 Millionen Dollar ausgereicht hat und damit einer der größten Gläubiger des Bezirks Jefferson County ist. *J.H.*

DB macht Verluste im Güterverkehr: Es zeichnet sich ab, dass der Verlust der Deutschen Bahn (DB) aus dem Güterverkehr über der negativen Prognose von 14,1 Millionen Euro liegen wird. Vor allem der Speditions- und Schienengüterverkehr in Deutschland seien defizitär, während sich das Ergebnis der Auslands-Töchter nach Sanierungsmaßnahmen erholt hat. Um bei den anstehenden Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen die Zahlungsfähigkeit gewährleisten zu können, muss die DB die Preise stärker erhöhen, als im Oktober angekündigt. Obwohl die DB in diesem Jahr einen Transportzuwachs von sechs Prozent verzeichnen konnte, haben die steigenden Kosten für Instandsetzung, Energie, Personal und Trassengebühren sowie niedrige Margen den gestiegenen Umsatz aufgesogen. *Bel*

Westerwelles Entsorgungsversuch: Zwar ist es noch nicht offiziell, aber offenbar haben sich Deutschland und Frankreich darauf geeinigt, dass Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, an die Spitze der Europäischen Investitionsbank (EIB) wechselt. Das führt laut „FAZ“ zu Unmut unter einigen FDP-Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses, denn sie wollen den kompetenten Mann nicht ziehen lassen. Man habe mit Cornelia Pieper schon einen „Totalausfall“ auf einem Staatsministerposten, da dürfe man Hoyer nicht gehen lassen, nur weil Westerwelle einen „unliebsam gewordenen Parteikollegen entsorgen wolle“. Außerdem müsste, wenn Hoyer kommt, EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen seinen Stuhl räumen, weil nur ein Deutscher Mitglied im Bankdirektorium sein darf. *Bel*

Millionäre auf Villensuche

Reiche Griechen bringen ihr Geld ins Ausland

Allein 109 Milliarden Euro werden durch das letzte, im Juli beschlossene Rettungspaket nach Griechenland fließen. Viele Griechen hingegen gehen genau den umgekehrten Weg: Sie schaffen ihr Geld ins Ausland. Zu spüren bekommen weite die Kapitalflucht immer stärker die griechischen Banken. Von 237,5 Milliarden Euro Bank-Einlagen 2009 sind nur noch 183,2 Milliarden Euro im September dieses Jahres übrig geblieben. Die Lage der Banken selbst gilt inzwischen als nahezu hoffnungslos: Den verbliebenen Einlagen stehen ausgereichte Kredite in Höhe von 235 Milliarden Euro gegenüber.

Spätestens nach einer Analyse des US-Finanzinvestors Blackrock, das die Kreditvergaben der griechischen Banken durchleuchtet hat, dürfte ein erheblicher Teile dieser Forderungen als wertlos gelten, viele Kredite werden nämlich nicht mehr bedient. Die seit Ende 2009 von griechischen Banken abgezogenen 54,3 Milliarden Euro werden nur zum Teil daheim gebunkert. Bankenvertreter nehmen an, dass ein Drittel bis zur Hälfte der Gelder ins Ausland geschafft wird.

Zum Beispiel nach Großbritannien: Bereits seit dem Jahr 2010 können Immobilienmakler rund um London außer auf russische Oligarchen und arabische Ölmagnaten als exklusiver Kundschaft auch immer öfter auf Anfragen griechischer Millionäre zählen. Zur Marktforschung hat die Firma Hawker Beechcraft die Vorliebe

> London ist beliebtes Ziel griechischer Milliarden

reicher Griechen für den Immobilienstandort London näher untersucht: Demnach wurden von griechischen Kunden im Jahr 2010 mindestens 72 Immobilien im Wert von mehr als einer Million Pfund, umgerechnet jeweils zirka 1,15 Millionen Euro in London gekauft. Der Gesamtwert der Käufe von Griechen in London umfasst immerhin 116 Millionen Pfund.

Dass die Umfrage von einem Unternehmen beauftragt wurde, das sich auf die Vermietung von exklusiven Privatjets spezialisiert, hat seinen guten Grund. Viele Immobilienkäufer sind derart vermögend, dass sie als potenzielle Kunden für Privatflieger infrage kommen. Das Maklerbüro Knight Frank geht sogar davon aus, dass von Griechen 250 Millionen Pfund im Jahr 2010 für britische Immobilien ausgegeben wurden.

Die Nachfrage könnte sogar weiter steigen: Offiziell bestätigt wurde inzwischen, dass die Schweiz und Griechenland Verhandlungen über die Übermittlung von Kundendaten Schweizer Banken führen. Dies dürfte der Startschuss für viele Griechen sein, ihre Gelder nun auch von Schweizer Bankkonten abzuziehen und in Immobilienvermögen umzuschichten. Die Schätzungen über die Summen, die von Griechen in die Schweiz geschafft wurden, schwanken zwischen einer zweistelligen Milliardensumme bis zu stattlichen 268 Milliarden Euro, die von Schweizer Medien genannt werden. Für ein Volk von lediglich elf Millionen wären beide Summen erstaunlich hoch, aber im Falle Griechenlands auch nicht undenkbar. Das Land, das bereits 1981 der damaligen Europäischen Gemeinschaft beigetreten ist, unterhält bis zum heutigen Tag eine Steuer- und Finanzverwaltung auf dem Niveau eines Dritte-Welt-Landes. *N.H.*

Flotte gegen Gas

Russland und die Ukraine einigen sich schweren Herzen

Da die Kaiserin beschlossen hatte, eine ansehnliche Flotte auf dem schwarzen Meer agiren zu lassen“, gaben deutsche Blätter 1783 den Befehl Katharinas der Großen zur Schaffung der Schwarzmeerflotte wieder. Sie war das Kronjuwel unter den russischen Flotten, ruhmvoller als Nord-, Baltische, Pazifische und Kaspische Flotte, Sprungbrett zum Mittelmeer und den Weltmeeren. Das war einmal. Seit 1995 sind die 167 Schiffe mit 25000 Mann Besatzung der russischen Schwarzmeerflotte eine teure Nutzlosigkeit. Das demonstrierte unlängst Moskaus Stadtregierung, als sie den materiell unbedeutenden, aber symbolisch umso wertvolleren „Fonds Moskau-Sewastopol zum Unterhalt der Schwarzmeerflotte“ strich.

Hauptstützpunkt der Flotte ist die Halbinsel Krim, die Russland 1783 zwar annektierte, die Chruschtschow aber 1954 der Ukraine schenkte. Seit dem Georgien-Krieg 2008 hat diese etwas gegen russische Militärmacht, auch wenn sie an ihr gut verdient: 100 Millionen Dollar pro Jahr zahlt Moskau Stationierungskosten und diese „Miete“ will Kiew ab 2013 um drei, ab 2014 um vier Prozent erhöhen. So lautet die Empfehlung an die autonome Krim, die den profitablen Rat gern akzeptierte.

Vielleicht werden lokale Werftarbeiter die 125000 Dollar bekommen, die ihnen die Flotte allein für 2009 schuldet. Darüber hinaus werden Kiew und Krim keinen Cent sehen, weil die ukrainischen Schulden für russische Gaslieferungen trotz hoher Zahlungen,

> EU hilft bei Vermeidung künftiger Gastricksereien

über eine Milliarde Dollar im Oktober, weit höher als russische Flottenmieten sind.

Natürlich erpresst Russland die Ukraine beim Gaspreis, aber dem sind Grenzen gesetzt: Die wichtigsten russischen Pipelines nach Westeuropa führen über ukrainisches Territorium, was Moskaus Spielraum gegenüber Kiew einengt. Der Gaskonflikt 2005/06 ist noch in Erinnerung, als Gasprom seine Lieferungen in die Ukraine drosselte. Das schlug bis Westeuropa durch und ließ Russland als unzuverlässigen Trickser dastehen. Danach begann das endlose Gefeilsche um „skidki“ (Nachlässe): Die Ukraine zahlt Marktpreise, auf die sie bei Abnahme bestimmter Mengen Rabatte bekommt beziehungsweise Strafen zahlt, wenn sie weniger abnimmt.

Am 21. April 2010 vereinbarten die Präsidenten beider Länder, Viktor Janukowitsch und Dmitrij Medwedjew, dass die Flotte bis 2042 auf der Krim bleibt, womit die Gas-Rabatte in Kraft traten. Die Rechtmäßigkeit der Strafe bei Unterschreitung der Mindestmenge drohte die Ukraine vom Straßburger Gerichtshof prüfen zu lassen. Das schreckte Nato und EU auf, mit denen Kiew über Assoziierungsabkommen verhandelt. Russischer „Respekt“ vor dem Westen verhinderte weitere Pressionen auf die Ukraine, den von Moskau lancierten eurasischen Wirtschaftsgemeinschaften beizutreten. So vereinbarten es Janukowitsch, Putin und Medwedjew Ende September: Keine Mitgliedschaft der Ukraine in Moskauer „Zollunionen“, aber weiter ukrainischer West-Kurs! Keine Gaspreistrickserei, worüber ein neues Konsortium Russland-Ukraine-EU wacht. Selbst die Schwarzmeerflotte wird nützlich – als Nato-Hilfstruppe zur Rettung verunglückter Schiffe. *W. Oschlies*

Licht aus

Von Philipp Hötensleben

In diesen Tagen bekommen die meisten Stromkunden unangenehme Post von ihren Energieversorgern. Strom wird teurer. Das ist der Preis, den sie für Merkels Energiewende zahlen müssen. Doch es kommt noch schlimmer: Strom wird nicht nur teurer, er wird auch knapp. Schon in den kommenden Wintermonaten könnten in einigen Gegenden vorübergehend die Lichter ausgehen. Denn anders, als von der Politik immer wieder vorgegaukelt, können Windkrafträder nicht kontinuierlich so viel Strom liefern wie die zwangsabgeschalteten Kernkraftwerke. Bei winterlichen Hochdrucklagen weht nun einmal kein Wind. Hamburg, wegen seiner vielen energieintensiven Betriebe die Stadt mit dem höchsten Stromverbrauch in Deutschland, bereitet sich bereits auf die Möglichkeit eines totalen Stromausfalls vor. Nachdem drei der benachbarten Kernkraftwerke stillgelegt sind, hängt alles am anfälligen Atommeiler Brokdorf. Geht der vom Netz, kommt es in der Hansestadt zu Problemen, wie der Senat einräumt. Für diesen Fall gibt es einen Notfallplan. Dieser sieht unter anderem eine Stromrationierung vor. Weihnachten bei Kerzenlicht. Nicht als besinnliches Erlebnis, sondern ein Energienotfall.

Ohne Plan

Von Rebecca Bellano

Begeistert sprangen zahlreiche Politiker der „Occupy“-Bewegung bei und schimpften auch über die bösen Banken. Der Ruf, dass sich Banken eine höhere Kernkapitalquote zulegen sollen, wird auch immer lauter. Doch was grundsätzlich sinnvoll ist, ist nicht von heute auf morgen umzusetzen und schon gar nicht in einer Krise, wie wir sie derzeit haben.

Das weiß auch die Politik, aber es ist so schön, den Schwarzen Peter an andere weiterzureichen. Dabei befinden sich die Banken derzeit in der Krise, weil viele Staaten so stark verschuldet sind, dass an eine Rückzahlung der Schulden nicht mehr zu denken ist. Allerdings hätten manche Staaten wie Irland gar keine Finanzprobleme bekommen, wenn sie nicht ihre gierigen Banken hätten retten müssen. Demzufolge sitzen die Euro-Staaten und die Finanzbranche derzeit in einer unfreiwilligen Haftungsgemeinschaft fest. Kippt der eine, stürzt der andere hinterher.

Hinzu kommt, dass sich die „bösen“ Banken derzeit in einer ernsthaften Identitätskrise befinden. Wie wollen sie zukünftig ihr Geld verdienen? Wie sollen sie sich finanzieren? Die „Financial Times Deutschland“ lästerte schon, die Branche befände sich in einem ähnlichen Zustand wie die FDP. Und tatsächlich sind da einige Parallelen zu entdecken: Beide mag keiner mehr, beide habe kein „Geschäftsmodell“ und beide haben keine Personen an der Spitze, denen man die Bewältigung der Krise zutraut. Selbst bei der Deutschen Bank verlässt Chef Josef Ackermann jetzt noch das stabilste Schiff in der deutschen Bankenlandschaft.

Selbstentmannte Republik

Von Jan Heitmann

Europa ist zu einem Tollhaus geworden und Deutschland zu seinem Mittelpunkt. Aus dem selbst verschuldeten Fehlschlag mit der gemeinsamen Währung wird von der Politik kurzerhand der Auftrag zu mehr europäischem Zentralismus abgeleitet. Das Ziel: Die Vereinigten Staaten von Absurdistan, eine perfekte Eurokratur, in der die Völker, der oberste Souverän, nicht mehr mitbestimmen dürfen.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat auf einer Konferenz vor Vertretern der internationalen Hochfinanz mit diabolischem Dauergrinsen verkündet, Deutschland sei seit 1945 kein souveräner Staat mehr gewesen, auch wenn es seit 1955 beziehungsweise seit 1990 als solcher gelte. Und deshalb mache es auch nichts aus, wenn demnächst noch mehr Macht an die EU abgegeben werde. Er sei überzeugt, so Schäuble weiter, dass in zwei Jahren die Grundlagen für eine europäische Fiskalunion geschaffen seien. Eine Einzelmeinung eines verwirrten Geistes? Keineswegs! Aus dem Ruhestand meldet sich der einstige liberale Daueraußenminister Hans-Dietrich Genscher zu Wort. Auch er sieht das Heil Europas in der weitgehenden Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte zugunsten der sich selbst ermächtigenden EU-Gremien. Da darf sein ebenso farb- wie glückloser Parteifreund und Amtsnachfolger Guido Westerwelle nicht fehlen, der in einem Strategiepapier dafür eintritt, die EU-Kommission zu stärken und die demokratisch gewählten Kontrollorgane zu entmachten. Und die Kanzlerin? Schweigen wir, denn die will ja sowieso „mehr Europa“ um jeden Preis.

Die Aufgabe der Demokratie löst nicht die europäische Krise

Schäuble hat Unrecht. Und doch wieder nicht. Er hat Unrecht mit der Behauptung, die Krise Europas sei durch die Entmachtung der repräsentativen Demokratien der Mitgliedsstaaten und die Bevormundung ihrer Völker zu lösen. Aber er hat Recht in der Beurteilung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Zugegeben, es gibt schon lange keinen Alliierten Kontrollrat und keine fremden Besatzungstruppen mehr im Lande. Die sind auch gar nicht nötig, denn die Bundesregierungen haben stets widerstandslos das getan, was andere wollten und so die Souveränität selbst beschnitten. Begeistert sind sie internationalen Organisationen beigetreten, haben willfährig und oftmals in vorauseilendem Gehorsam deren Vorschriften umgesetzt, großzügig das Geld der deutschen Steuerzahler weggegeben, stets bedenkenlos fremden Interessen gedient, deutsche Interessen dafür vorsätzlich vernachlässigt, immer anderen den Vortritt gelassen, nie den Vorteil des deutschen Volkes gesucht und immer großzügig auf Mitspracherechte verzichtet. Die Bundesrepublik war nie wirklich souverän. Sie hat sich selbst entmannt. Doch das ist kein Grund, jetzt endgültig auf demokratische Teilhabe zu verzichten und sie vollständig fremden Interessen auszuliefern.



Wozu überhaupt noch eigene Volksvertreter wählen, wenn sie sowieso nichts mehr zu entscheiden haben? Deutsche Politiker betreiben die Entmachtung des demokratisch gewählten Deutschen Bundestages

Bild: photothek.net

Kommentar



Der Irsinn des »Klimagleichschritts«

Von Wolfgang Thüne

Im sonnigen Durban, gelegen am Indischen Ozean in Südafrika, beginnt am 28. November der nach dem Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro inzwischen 17. Weltklimagipfel der Vereinten Nationen. Solch ein politisches Großereignis, bei dem sich die globale Gemeinde der Klimaschützer zu ihren rituellen Klimafriedenskonferenzen trifft, ist eine stets neue Herausforderung für die IPCC-Klimaexperten. Ihr Auftrag ist, keine Gewöhnung aufkommen zu lassen und stets neue Ängste aus dem Hut zu zaubern. Sie produzieren schon fleißig die Texte wie Melodien für die Katastrophengesänge und verbreiten sie weltweit über die Medien.

Eine Art Barometer für den Stand der Klimakonjunktur ist das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sowie dessen Internetportal „Spiegel Online“. Hier einige Schlagzeilen der letzten Wochen: „Rasanter CO_2-Anstieg schockiert Klimaforscher“, „Regierung liebäugelt mit den Klimaklempnern“, „Klimakiller Kohlenstoff“, „Klimawandel fördert die Schlafkrankheit“ oder „Klimawandel lässt Tiere und Pflanzen schrumpfen“.

Da der Mensch Glied dieser Nahrungskette ist, könnte dieses Schicksal auch ihn ereilen. Machen wir uns alle zu Pygmäen? Folgt man der Argumentationskette der Klimaweisen, dann ist bei ihnen bereits ein deutlicher Schwund an Wirklichkeitssinn festzustellen. Sie leben außerhalb der Realität in theoretischen Modellwelten und glauben fest daran, mit Modellen von Modellen zukünftige Wirklichkeiten vorhersagen zu können.

Die Erde ist kein »Treibhaus«

Ihre Modellwelt heißt „Treibhaus“, ihr Credo lautet: „Die Erde ist ein Treibhaus“. Es ist ein Produkt ihrer Gedankenwelt, das von der mythischen Vorstellung ausgeht, dass die Erde von dem Himmel umgeben und daher ein abgeschlossenes System sei. Diese Erklärung scheint durchaus plausibel, denn Luftspiegelungen sind auch keine Einbildung, sondern ein physikalisches Phänomen. Sie entstehen aufgrund der Tatsache, dass die optischen Dichten von kalter und warmer Luft verschieden sind. Liegt heiße über kalter Luft, so entstehen an der Grenzfläche Luftspiegelungen nach oben, auch Fata Morgana genannt. Dem Auge erscheinen „Oasen in der Wüste“. Seefahrer nannten solche Luftspiegelungen „fliegende Holländer“. Liegt kalte Luft über aufgeheizten Asphaltstraßen, dann wird an der Grenzschicht der „blaue Himmel“ nach unten gespiegelt, es entstehen „Pfützen“ auf den Straßen.

Diese Tatsachen lassen das Bild einer die Erde umgebenden „Treibhausschicht“ in etwa sechs Kilometern Höhe plausibel erscheinen, obgleich es völlig unsinnig ist. Weil der ach so „natürliche Treibhauseffekt“ ein absolut naturwidriges Konstrukt ist, hat der Mensch Mistbeete, Gewächshäuser, Palmengärten erfunden, um künstliche „Treibhausatmosphären“ zu schaffen, in denen er junge Pflanzen vor Frühjahrsfrösten schützen kann und tropische Gewächse in kalte Klimazonen exportieren konnte.

Zum Glück ist die Erde kein „Treibhaus“ und sie funktioniert auch nicht so, wie es die Klimaexperten uns „erklären“. Die Erde ist von Natur aus als ein „offenes Ökosystem“ konzipiert, wenngleich dieser Begriff voller Widersprüche steckt. Aus dieser Erkenntnis heraus hat Sir Isaac Newton (1642–1726), der „Vater“ des Gravitationsgesetzes wie der Bewegungsgesetze, im Jahr 1701 das „Abkühlungsgesetz“ (cooling law) formuliert. Es beruht auf der uralten Erkenntnis, dass jeder heiße oder erwärmte Körper sich abkühlt. Das gilt ausnahmslos, ob für die glühende Lava, das heiße Bügeleisen oder den frisch gebrühten Kaffee. Auch der Mensch kühlt ab, wenn er stirbt und der „innere Ofen“ erlöscht. Zeit Lebens muss der Mensch im Körper Nahrung verbrennen, um mit dieser Energie seine Betriebs- und Körpertemperatur von 37°C konstant zu halten.

Der Biologe Hubert Markl (Universität Konstanz) hat 1998 ein Buch geschrieben: „Wissenschaft gegen Zukunftsangst“. Darin hat er sich auch mit der Frage „Energie und Leben“ befasst. Markl verweist auf die beiden Naturforscher Julius Robert von Mayer (1814–1878) und Hermann Ludwig von Helmholtz (1821–1894), die Väter des 1. und 2. Hauptsatzes der Thermodynamik. Beide Forscher hätten „ein für allemal das Verständnis dafür eröffnet, warum die Biosphäre gar nicht als geschlossenes System existieren könnte, da es kein Leben im chemischen Gleichgewicht, also ohne den ständigen Zufluss arbeitsfähiger oder, wie man auch sagt, „freier“ Energie geben kann. Denn im chemischen Gleichgewicht kann kein System – ob lebend oder unbelebt – eine Arbeitsleistung erbringen. Leben bedarf aber der ständigen energieumsetzenden Arbeitsleistung, damit es überhaupt bestehen kann.

Markl erläutert auch den Grund, warum es in der Biosphäre zwar viele Stoffkreisläufe gibt, aber keinen Energiekreislauf geben kann. So wie es kein Leben im chemischen Gleichgewicht geben kann, so auch keines im Strahlungsgleichgewicht, wie es die IPCC-Experten postulieren. Sie betreiben ein Nullsummenspiel, indem sie die Sonne und die Erde mit Hilfe einer Kette unnatürlicher Annahmen in ein solches Gleichgewicht hinein rechnen. Auch das Leben der Erde, speziell die Bewegung der Atmosphäre, ist auf die ständige Zufuhr freier Energie, das heißt hochwertiger und arbeitsfähiger Energie, angewiesen. Diese freie Energie liefert uns die Sonne. Die Erde muss aber auch die nicht mehr arbeitsfähige Energie ständig abführen können. Dafür hat die Atmosphäre zwei „Fenster“, für die Einstrahlung das „solare Fenster“ zwischen etwa 0,4 und drei Mikrometer und für die Ausstrahlung das „terrestrische Fenster“ zwischen sechs und 60 Mikrometer. Beide atmosphärischen Fenster müssen offen sein und sind es von Natur auch! Die Spektralanalyse, formuliert von Gustav Robert Kirchhoff (1824–1887) und Robert Wilhelm Bunsen (1811–1899) 1859, zeigt, warum diese „Fenster“ offen sind und mit den in der Atmosphäre befindlichen Gasen, die eben keine „Treibhausgase“ und deren Absorptionslinien allseits bekannt sind, nicht geschlossen werden können.

Politik wie Wissenschaft stehen gleichermaßen in der Pflicht öffentlich und deutlich der Irrlehre von der Erde als „Treibhaus“ zu entsagen. Beide müssen bekennen, dass die „Treibhauslehre“, auf der die Hypothese der „Erderwärmung“ wie der „Klimakatastrophe“ beruht, allen physikalischen Gesetzen Hohn spricht. Das Ganze ist ein infames Spiel mit der Unwissenheit wie Verführbarkeit der „Herde Mensch“. Dieses Spiel ist nach allen ethischen und moralischen Normen zu ächten und zu verurteilen, denn es wird auf den Rücken des Volkes ausgetragen. Es wurde mit der den Verstand lähmenden Droge „Klimakatastrophe“ in Angst und Schrekken versetzt. Ständige Angstpropaganda hält es im Zustand geistiger Lähmung und überdies ist es der große Zahlmeister. Es zahlt und zahlt und zahlt, um etwas zu schützen, was es nicht gibt, das „Globalklima“ samt „Globaltemperatur“.

Ausgleich erfolgt von der Natur durch »solare Fenster«

Wann erhebt sich das Volk, wann erheben sich die Völker der Erde und fassen den Mut, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, um sich aus dem „Treibhaus“ zu befreien, das mehr und mehr zu einem globalen Zuchthaus zu werden droht? Es bleibt zu hoffen, dass nach Kopenhagen 2009 sich weitere Haarrisse im Treibhausgebäude in Durban zeigen und einige Länder den Mut finden, aus dem „Klimagleichschritt“ auszuscheren. Die beim G8-Gipfel 2008 in Heiligendamm propagierte Idee von der „globalen Klimagerechtigkeit“ ist nichts als eine Wahnsinnsidee, die den letzten Grad an Wissenschaftshörigkeit zerstören sollte.

Der ehemalige ZDF-Meteorologe bestreitet, dass die Erde ein vom Menschen aufheizbares Treibhaus ist. Der in Ostpreußen geborene Wissenschaftler ist Mitglied im Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen.

»Ist das Kunst oder kann das weg?«

Zeitgenössische Kunst aus Alltagsgegenständen ist oft nicht von Sperrmüll zu unterscheiden

Durch den resoluten Eingriff einer Reinigungskraft wurde ein Objekt zeitgenössischer Kunst in Dortmund drastisch verändert. Nachdem das Gelächter verebbt ist, stellt sich die Frage nach dem Wert der Kunst von heute.

„Ist das Kunst oder kann das weg?“ Diesen Spruch zieren Poster, Frühstücksbrettchen oder Sticker. Der deutsche Comedian Mike Krüger hat eins seiner Programme so genannt. Eine Putzfrau in Dortmund hat die Frage beantwortet.

»Mit einem Wisch ist alles weg«, dachte die Putzfrau

„Mit einem Wisch ist alles weg“, dachte sie sich und behandelte sehr nachdrücklich einen weißen Kalkfleck im Dortmunder Museum Ostwall. Das Problem: Der Fleck war von dem Künstler Martin Kippenberger genau da platziert worden – mit Absicht. Seinen menschenhohen Holzplattenturm hatte er „Wenn's anfängt durch die Decke zu tropfen“ genannt. Als Dauerleihgabe steht der Turm im Museum. Versichert ist das fragile Objekt aus Holzlatten, unter dem ein schwarzer Trog steht, mit 800 000 Euro.

Die Putzkräfte hatten genaue Anweisung, die Werke zu schonen,

Auch die »Fettecke« von Joseph Beuys wurde entsorgt

so Dagmar Papajewski, Sprecherin der Stadt. „Selbstverständlich werden die eingewiesen“, sagte sie. „Das ist genauso wie zu Hause, da sagt man auch: ‚Alles schön machen, aber den Schreibtisch nicht anfassen‘.“

Kippenberger kann sich nicht mehr ärgern, er ist seit 14 Jahren tot. Es hätte auch nichts gebracht, wenn er den Fehler hätte ausbügeln können. Die Originalität des „Kunst“werks ist dahin. Und wenn er einen anderen Fleck gemalt hätte, dann wäre es wieder ein neues Objekt, so jedenfalls Experten. „Das Original ist eben das, wo ein Künstler zum ersten Mal etwas gemacht hat“, meint Raimund Wünsche, Kunstbuchautor und pensionierter Direktor der Münchener Glyptothek. „Deshalb hat es oft eine besondere Intensität.“ Es geht um die Idee – nachmachen kann jeder.

Es geschieht immer wieder, dass Werke der zeitgenössischen Kunst durch einen Zugriff von Reinigungskräften verschwinden. Man denke nur an die berühmte „Fettecke“ von Joseph Beuys, die 1986 einem tatkräftigen Hausmeister in der Düsseldorfer Kunstakademie „zum Opfer fiel“. Mit dem Fett wollte Beuys ein Werk schaffen, das seine Farbe und Konsistenz verändert, das „lebt“. Das „Leben“ war nur kurz. Monate nach dem Tod des Künstlers ließ der Hausmeister die fünf Kilogramm Butter an der Decke des Ateliers 3 der Kunstakademie verschwinden. Freund Johannes Stüttgen beanspruchte das Objekt für sich und erhielt dafür 40 000 D-Mark vom Land Nordrhein-Westfalen Schadensersatz. Schon zuvor war ein Objekt von Beuys nicht als „Kunst“ erkannt worden – die berühmte Badewanne. Sie entstand 1960 und war mit Mullbinden und Heftpflaster vom Künstler „verschönert“ worden. Bei einer Feier wurde sie 1973 gereinigt und anderweitig verwendet. Auch hier gab es Schadensersatz für den Besitzer.

Gustav Metzger, ein in London lebender deutscher Künstler, hat ebenfalls Erfahrungen mit der Putzwut machen müssen. Die Vergänglichkeit in der Kunst ist eines seiner Themen. Einer Putzfrau in der Londoner Nationalgalerie Tate Britain ging das nicht schnell genug. Sie entsorgte 2004 kurzerhand eine mit Papier vollgestopfte Plastiktüte, die vor einem abstrakten Gemälde lag. Bei der mit Säure bemalten Nylonoberfläche ist eine langsame Zersetzung garantiert. Erst die Kuratoren bemerkten das Missverständnis und retteten den vermeintlichen Müllsack vor der Entsorgung. Metzger sagte, sein Werk sei beschädigt worden und schuf einen Ersatz. Das Personal in der Tate wurde informiert. Und damit es kein Versehen mehr gibt, wurde das Objekt über Nacht abgedeckt.

Dem chinesischen Architekten und Künstler Ai Weiwei, der in jüngster Zeit in den Schlagzeilen wegen seiner Inhaftierung stand, kam ebenfalls eins seiner Werke abhanden. Allerdings durch höhere Gewalt.

Auf der Documenta 12 im Jahr 2007 raste ein heftiges Unwetter über seinen zwölf Meter hohen Turm aus Türen und Fenstern alter Häuser, die dem Bauboom in China zum Opfer gefallen sind, hinweg – und schuf ein neues Objekt. „Das ist besser als vorher“, sagte er. „Jetzt wird die Kraft der Natur sichtbar. Und Kunst wird durch solche Emotionen erst schön.“

Seitdem Künstler Alltagsgegenstände für ihre Arbeiten verwenden, fällt es oft schwer, Kunst und Dreck zu unterscheiden. Doch auch bei gewöhnlichen Gegenständen gibt es Möglichkeiten der Verwechslung, so geschehen bei einer Ausstellung mit moderner Kunst in Paris. Die Besucherin schaute sich eingehend die Erklärungen an, die neben den Bildern und Objekten angebracht waren. Als sie dann vor einem weiß bemalten Metallgitter stand, das sie durch seine Schnörkellosigkeit beeindruckte, suchte sie vergebens nach einer Erläuterung. Kein Wunder, stellte sie später errötend fest, es war die Verkleidung einer Heizung.

Nicht nur eifrige Reinigungskräfte gehen der Kunst an den Kragen. Auch der Zahn der Zeit nagt an ihnen. Und die Verwendung von herkömmlichen Materialien versetzt schließlich Restauratoren in Angst und Schrecken. Anders als bei der „Fettecke“ von Beuys, bei der die Zersetzung vom Künstler gewollt war, gibt es Objekte, die für die Museen erhalten werden müssen. Restauratoren und Konservatoren haben die Aufgabe, jedes Werk möglichst lange in seinem ursprünglichen Zustand zu erhalten

Manche Spuren der Zeit kann man nicht aufhalten

oder diesen wieder herzustellen, ganz gleich, was es kostet.

Bei Arbeiten von Thomas Rentmeister, der gern Schokolade oder auch „Penaten-Creme“ sowie Kartoffelchips verwendet, müssen die Restauratoren überlegen, wie sie im Fall eines Falles Ersatz beschaffen können.

Natürlich gibt es auch Grenzen, wie etwa bei einem Objekt von Andreas Slominski, bei dem Plastiktüten Verwendung fanden. Sie sind rissig und brüchig geworden, sind aber nicht zu ersetzen, da es die Firmen zum Teil gar nicht mehr gibt. „Manche Alterungsspuren kann man nicht aufhalten. Man muss auch loslassen lernen“, hat Barbara Sommermeyer, Restauratorin in der Hamburger Kunsthalle, erkannt.

Silke Osman



Ai Weiwei: Der Holzturm wurde durch die Kraft der Natur besser, meinte der Künstler Bild: Archiv

Thomas Rentmeister: Ohne Titel (Nutella, 2000) Bild: Archiv

In Kürze

Konzert für Mahler

In diesem Jahr jährte sich der 100. Todestag des mährischen Komponisten Gustav Mahler und erst im vergangenen Jahr hatte man seinen 150. Geburtstag gefeiert. Anlässlich dieser „Mahlerjahre“ veranstaltete Zuzana Finger, die Heimatpflegerin der Sudetendeutschen Landsmannschaft, in München ein Konzert mit Liedern des mährischen Komponisten. Der Bariton Thomas Lippert trug im Sudetendeutschen Haus eine Auswahl von Liedkompositionen zur Begleitung des Pianisten Hedayet Djeddikar vor. Gleich gegenüber war in diesen Tagen auch Mahlers achte Symphonie zu hören: Genau 102 Jahre nach ihrer Uraufführung in München wurde sie im Münchener Kulturzentrum Gasteig vom Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks wieder aufgeführt. *sh*

Wo einst Dichter lebten

Nachdem die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) im vergangenen Jahr geholfen hat, das Dach an der Burg Herstelle in Beverungen zu sanieren, fördert die DSD nun die Innensanierung des Haupthauses. Oberhalb der Weserstadt Beverungen liegt an der Stelle einer vermutlich altsächsischen Fliehburg und einer Veste des Bischofs von Paderborn aus dem 12. Jahrhundert die heutige Burg Herstelle. Mehrfach wurde die historische Anlage zerstört und neu aufgebaut, bis sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts endgültig verfiel. Nur einige Abschnitte der Ringmauer, das ehemalige bischöflich-paderbornische Amtshaus (1798), ein eingeschossiger, fünfachsiger Putzbau mit Mansarddach und eine Scheune von 1757 sind erhalten. Undichte Fenster und Hausschwammbefall müssen unter anderem nun beseitigt werden. Auf Burg Herstelle lebten zeitweise die Gebrüder Grimm und die Dichterin Annette von Droste-Hülshoff (1797–1848). *os*

Er sah in der Frau ein Mysterium

»Edvard Munch – Rätsel hinter der Leinwand«: Eine packende Schau in Bremen zeigt Werke des Norwegers

Der Norweger Edvard Munch (1863–1944) gehört zu den herausragenden Malern der klassischen Moderne. Die Kunsthalle Bremen kann sich rühmen, als erstes deutsches Museum eines seiner Gemälde erworben zu haben. Und zwar erstand sie 1918 „Das Kind und der Tod“ (1899). Dass die Kunsthalle damit in den Besitz eines weiteren Gemäldes von Munch gelangte, stellte sich erst vor sechs Jahren heraus. Unter dem bekannten Bild wurde eine weitere Leinwand entdeckt. Auf ihr befindet sich ein bis dahin

Unter dem Bild eine weitere Leinwand

unbekanntes Gemälde Munchs. Es erhielt den Titel „Mädchen und drei Männerköpfe“ (um 1898).

Warum Munch diese in seinem Schaffen einzigartige Komposition unter einem anderen Bild verschwinden ließ, bleibt rätselhaft. Alle anderen Fragen, die sie aufwirft, werden in einer packenden Schau geklärt. Aufgeboten sind rund 80 Gemälde, Zeichnungen und Druckgrafiken, mit deren Hilfe sowohl „Mädchen und drei Männerköpfe“ als auch „Das Kind und der Tod“ in den Kontext von Munchs Gesamtwerk gestellt werden.

Das Gemälde „Mädchen und drei Männerköpfe“ wirkt höchst grotesk. Rechts sitzt in Seitenansicht ein blutjunges, nacktes Mädchen. Es hat die Beine zusammengekniffen und den Kopf gesenkt. An einem verzweigten grünen Band schweben wie Luftballons drei Männerköpfe. Der gelbe rechte glotzt uns an. Der rote mittlere hat die Augen geschlossen und wirkt wie tot. Der orangefarbene Kopf aber ist dem Mädchen zugewandt und schneidet ihm eine Fratze. Thema des Gemäldes ist also die Bedrohung der Unschuld des Mädchens durch die sexuelle Begierde des Mannes. Ausstellungskuratorin Dorothee Hansen schlägt den Bogen weiter: „Munch vereinigt in diesem Bild existenzielle Themen wie Unschuld und Begierde, Liebe und Tod, die ihn zeitlebens beschäftigt haben.“

Mit dem Tod war Munch schon früh konfrontiert: Er war fünf Jahre alt, als seine Mutter an Tuberkulose starb. Und mit der Liebe hatte der notorische Junggeselle so seine Probleme. Nach der mehrjährigen Affäre mit einer verheirateten Frau hatte er eine turbulente Liebesbeziehung zu Tulla Larsen, der er die Heirat verweigerte. Die Beziehung endete mit einem Pistolenschuss, der Munch ein Fingerglied kostete.

Überhaupt ging es in seinem Leben lange Zeit hoch her. Schon während seiner Nomadenjahre, die er in Norwegen, Rom, Paris, Berlin und der deutschen Provinz verbrachte, hatte er großen künstlerischen Erfolg. Doch übermäßiger Alkoholkonsum bescherte ihm nervliche Zerrüttung. Zur Ruhe kam er erst, nachdem er sich 1909 wieder dauerhaft in Norwegen niedergelassen hatte.

Munch machte die Erfahrungen und Ereignisse des eigenen Lebens zur Grundlage seiner Kunst. Viele seiner Werke fanden in wechselnder Zusammenstellung Eingang in den wiederholt ausgestellten „Lebensfries“. Auch in Bremen steht der nun im Blickpunkt. Dessen „Stimmungsbilder“, wie Munch sie nannte, handeln von Liebe, Einsamkeit, Krankheit, Verzweiflung und Tod. Dabei entwirft er ein facettenreiches Bild der Frau. Mehrmals stellt er sie als Opfer männlicher Begierde dar. Häufiger aber behält sie die Oberhand, etwa im Gemälde „Vampir“ (1895) oder der Radierung „Kristiania-Boheme II“ (1895), die Oda Krohg, Malerin und Verfechterin der freien Liebe, triumphierend im Kreise ihrer allesamt unglücklichen Liebhaber und Ehemänner zeigt.

Im Gemälde „Die Frau. Sphinx“ (1894) präsentiert er eine unnahbare, eine lustvolle und eine

Unendliche Kette der Generationen

bekümmerte Frau. Der rechts im Abseits stehende Mann trägt mit gebeugtem Haupt den Schmerz der Liebe. Munch erklärte: „Das Weib in seinem Facettenreichtum ist dem Mann ein Mysterium, das Weib, das zugleich Heilige, Hure und unglücklich Liebende ist.“

Werden und Vergehen stehen im letzten Teil der Schau im Blick-punkt. Im Gemälde „Vier Lebensalter“ (1902) versinnbildlichen ein fröhliches kleines Mädchen und drei mit zunehmendem Alter immer kummervoller dreinblickende Frauen den Kreislauf des Lebens.

Und im Gemälde „Das Kind und der Tod“ verkörpert das kleine Mädchen, hinter dem die Mutter aufgebahrt liegt, das blühende Leben. Es hat eine sorglose Miene aufgesetzt und hält sich die Ohren zu. Als wolle es vom Tod und all den Nöten, die das Leben mit sich bringt, nichts wissen.

Kuratorin Hansen erläutert: „Die tote Mutter und das Kind sind zwei Stadien in der unendlichen Kette der Generationen – jener Kette, von der das Bild ‚Vier Lebensalter‘ einen exemplarischen Ausschnitt zeigt.“

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung in der Kunsthalle Bremen, Am Wall 207, ist bis 26. Februar 2012 dienstags von 10 bis 21 Uhr, mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Heiligabend und Silvester geschlossen. Neujahr von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Eintritt 11 Euro. Der Katalog aus dem DuMont Verlag kostet im Museumsladen 29 Euro, im Buchhandel 34,95 Euro.



Bild: Munch Museum, Oslo

Edvard Munch: Das Kind und der Tod (Öl, 1899)

Briefmarke für Emil Wiechert

Das Bundesfinanzministerium widmet Emil Wiechert die Sonderbriefmarke „150. Geburtstag Emil Wiechert“. Der am 26. Dezember 1861 in Tilsit geborenen Preuße wird auch international als Gründungsvater des Fachgebietes Geophysik anerkannt. Noch heute gilt er als einer der bedeutendsten Seismologen Deutschlands, wenn nicht sogar weltweit.

Das von ihm gegründete seismografische Observatorium in Göttingen ist als Wissenschaftsdenkmal bis heute mit seinen historischen Instrumenten in Betrieb. Es ist die einzige Einrichtung, die den direkten Vergleich großer Erdbeben der Vergangenheit wie beispielsweise San Francisco 1906 mit heutigen Erdbeben ermöglicht.

Der bahnbrechenden Entwicklung des Seismografen und seinem Erfinder ist auch das Motiv der Briefmarke gewidmet. Es zeigt



„150. Geburtstag Emil Wiechert“ Bild: Archiv

ein Porträt von Wiechert vor einem von ihm entwickelten Seismografen in Kombination mit dem charakteristischen visuellen Ergebnis seiner Arbeit, der seismografischen Aufzeichnung aus dem Jahre 1906, die das Erdbeben von San Francisco dokumentiert.

Der Entwurf des Sonderpostwertzeichens stammt von dem Grafiker Carsten Wolff aus Frankfurt am Main, der auf eine mehrjährige Erfahrung beim Gestalten deutscher Briefmarken zurückblicken kann. Die Briefmarke hat den für einen Kompaktbrief maßgebenden Wert von 90 Cent und eine Auflage von rund 4,3 Millionen. Die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, am Vormittag des 8. November in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund vorgestellte Marke ist in den Verkaufsstellen der Deutschen Post erhältlich. *PAZ*

Das erste Opfer nach dem Mauerbau

Die Motive der Erschießung Kurt Lichtensteins an der innerdeutschen Grenze sind bis heute umstritten

Der erste Mensch, der nach der Errichtung der Berliner Mauer an der innerdeutschen Grenze erschossen wurde, war mit Kurt Lichtenstein ausgerechnet ein ehemaliger KPD-Politiker, der im Streit mit seiner Partei gebrochen hatte und sein journalistisches Talent nun in den Dienst der Gegenseite in Form der sozialdemokratischen Zeitung „Westfälischen Rundschau“ stellte. Am 1. Dezember wäre der gebürtige Berliner 100 Jahre alt geworden.

Die Reise, die der Dortmunder Journalist Kurt Lichtenstein (1911–1961) am 9. Oktober 1961 in Lübeck angetreten hatte, endete drei Tage später mit seinem Tod an der innerdeutschen Grenze. Er war als Reporter der sozialdemokratischen Zeitung „Westfälische Rundschau“ in Dortmund unterwegs gewesen und hatte einen Bericht über die Stimmungslage der westdeutschen Bevölkerung an der DDR-Grenze schreiben wollen, acht Wochen nach dem Mauerbau in Berlin. Am 12. Oktober hatte er das Dorf Zicherie im Kreis Gifhorn erreicht, wo er, leichtsinnig und ohne die Folgen zu bedenken, den flachen Grenzgraben und den zehn Meter breiten Kontrollstreifen am „Kattlocher Busch“ überschritt, um mit Landarbeitern auf der DDR-Seite zu sprechen.

Was er nicht wusste, war, dass am Tag zuvor, am 11. Oktober, ein junger Bauer einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) an dieser Stelle hatte fliehen können, weshalb für die Grenzsoldaten der „Nationalen Volksarmee“ strikte Anweisung bestand, keine Grenzverletzungen mehr zuzulassen. Als er von zwei Soldaten, die versteckt in einem Waldstück lagen, um die arbeitenden Bauern zu überwachen, angerufen wurde, blieb er stehen und machte kehrt, um ins Bundesgebiet zurückzulaufen, wurde aber mit Gewehrschüssen niedergestreckt. Obwohl er bereits im Grenzgraben lag, wurde der Schwerverletzte, der langsam zu verbluten drohte, auf DDR-Gebiet zurückgeschleift und zunächst ohne jede ärztliche Hilfe liegen gelassen. Nach über einer Stunde, als er ins Krankenhaus der Kreisstadt Klötze im DDR-Bezirk Magdeburg eingeliefert worden war, verstarb er am Nachmittag an inneren Blutungen.

Seine sterblichen Überreste wurden, ohne dass seine Angehörigen ihre Einwilligung gegeben hätten, eingeäschert und seiner Witwe die Urne auf dem Postweg zugestellt. Sein Fall, der weltweites Aufsehen erregte, wurde in deutschen und ausländischen Zeitungen kommentiert. Kurt Lichtenstein, der am 1. Dezember 1961 seinen 50. Geburtstag hätte feiern können, war der erste „Grenzverletzer“ von 270 weiteren Deutschen, die zwischen 1961 und 1989 an der innerdeutschen Grenze erschossen wurden.

Unmittelbar nach der Beschießung des „Grenzverletzers“ Kurt Lichtenstein versuchte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), alle erreichbaren Spuren zu sichern, wobei es ihm versagt blieb, den auf der westdeutschen Seite der innerdeutschen Grenze abgestellten Personenkraftwagen des Dortmunder Journalisten zu untersuchen. Bei diesem Auto waren nämlich Scheiben durch Gewehrkugeln zertrümmert worden, was bedeutete, dass die beiden Soldaten auch Richtung Westdeutschland geschossen hatten, was ihnen aber strikt verboten gewesen war.

In einem MfS-Fernschreiben über die „Festnahme eines Grenzverletzers ... unter Anwendung der Schusswaffe“ noch am 12. Oktober erfuhr man, dass Kurt Lichtenstein einmal am Schienbein und einmal eine Handbreit unter dem Herzen getroffen worden war, was bei drei Schüssen aus dem Karabiner und zwei Feuerstößen mit insgesamt 22 Schüssen aus einer Maschinenpistole nur schwer vorstellbar ist. Dass die beiden Grenzsoldaten, 18 und 19 Jahre alt, „sofort Ersthilfe leisteten“ und „einen Notverband anlegten“, ist anzuerkennen, auch wenn „von westlicher Seite während der Handlung keine Person dort war“. In einem Nachtrag zum Fernschreiben wurde erwähnt, dass ein Presseausweis, ein Bundestagsausweis für Journalisten und eine Schmalfilmkamera gefunden worden wären. Die Kamera wäre als Tatwerkzeug beschlagnahmt worden. Schließlich hieß es noch: „Nach dem bisherigen ärztlichen Gutachten ist keine Lebensgefahr bei dem L. vorhanden.“

In einem dritten Fernschreiben der „Grenzbereitschaft Gardelegen an die Grenzbrigade Magdeburg“ vom 12. Oktober, Kurt Lichtenstein war inzwischen nach Klötze überführt worden, hieß es dann schon: „16.40 teilte das Krankenhaus mit, dass bei L. starkes Lungenbluten eingetreten ist und Lebensgefahr besteht.“ Um 17.50 Uhr trat dann der Tod ein.

In einem Brief des behandelnden Arztes Adolf Frenzel an Gertrud Lichtenstein in Dortmund wurden dann weit schwerere Schussverletzungen genannt: „Es bestand bei ihm ein Brustdurchschuss, sowie ein Bauchdurchschuss und Schussbruch am linken Unterschenkel. Bei der Aufnahme war Ihr Mann schon sehr schwach und benommen und ist einige Zeit danach seinen Verletzungen erlegen.“



Hier geschah die Tat: Gedenkstätte für Kurt Lichtenstein (kleines Foto) Großes Bild: Vanellus Foto

Vom Volkspolizeikreisamt in Klötze wurden schließlich auch, am Abend des 12. Oktober, drei LPG-Bauern und die beiden Todesschützen, die danach an andere Grenzabschnitte versetzt wurden, vernommen. In diesen Berichten wurde der inzwischen verstorbene Kurt Lichtenstein durchweg als „Provokateur“ bezeichnet. Da das Verbandsmaterial der Grenzstreife nicht ausreichte, wurde das der Kartoffelerntebrigade vom Traktor geholt. Ein Traktorist half dabei, den angeschossenen Journalisten in einer Zeltplane in das nahe Waldstück zu tragen, um ihn so den Blicken der westdeutschen Beobachter zu entziehen. Gegen 13.30 Uhr wurde Kurt Lichtenstein abtransportiert.

Am 13. Oktober wurden laut MfS-Fernschreiben auf der Westseite des „Kattlocher Buschs“, wo der „Provokateur“ angeschossen worden war, zwei Zöllner, vier Männer des Bundesgrenzschutzes (BGS), ein britischer Offizier und drei Zivilisten beobachtet, unter ihnen die aus Dortmund angereiste Witwe Gertrud Lichtenstein und Paul-Otto Vogel, der Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau“.

Am 30. Januar 1962 war der Fall „Kurt Lichtenstein“ für die „Staatssicherheit“ abgeschlossen: MfS-Generalmajor Karl Kleinjung (1912–2003), zuständig für „Abwehr in der NVA“, schickte seinem Vorgesetzten, MfS-Generalmjor Bruno Beater (1914–1982), den Schlussbericht über die „Grenzprovokation ... im Bereich der Kompanie Jahrstedt“.

Dass es auf westdeutscher Seite doch Augenzeugen dieses schrecklichen Vorfalls gab, was von den beiden Soldaten bestritten wurde, kann man heute den Ermittlungsakten der „Zentralen Erfassungsstelle“ in Salzgitter entnehmen. Dort sind unter sieben Zeugenaussagen auch die des Schlossergesellen Georg Schilling aus Wolfsburg, die seiner Ehefrau und die seiner Schwiegermutter zu finden, die am 12. Oktober einen Ausflug an die Grenze unternommen hatten. Sie hatten übereinstimmend beobachtet, wie Kurt Lichtenstein angeschossen wurde und in den Grenzgraben fiel.

Diese Mordgeschichte hat freilich noch einen anderen Aspekt, der bis heute nicht ausreichend geklärt ist: Kurt Lichtenstein war seit 1928 Kommunist gewesen, hatte während der Jahre 1933/45 im Moskauer Exil gelebt, im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft und als „Illegaler“ im deutschen Widerstand. Als Chefredakteur der „Deutschen Volkszeitung“ in Dortmund wurde er 1950 abgelöst und nach einem Parteiverfahren 1953 aus der KPD ausgeschlossen. Er galt nun als „Renegat“ und „Parteifeind“, der unweigerlich verhaftet worden wäre, hätte er den SED-Staat betreten. Am 12. Oktober 1961 konnte sich die „Staatssicherheit“, die von seiner Grenzreise informiert war, seiner rasch und unwiderruflich entledigen. *Jörg Bernhard Bilke*

Hochmeister wurde vom Saulus zum Paulus

Der Weg des Konrad von Thüringen vom Sünder über den Büßer zum Nachfolger Hermann von Salzas

Nachfolger Hermann von Salzas als Hochmeister des Deutschen Ordens wurde Konrad von Thüringen. So kurz seine Amtszeit mit gerade einmal einem guten Jahr war, so edel war sein Geblüt. Er war der vierte und jüngste Sohn des Landgrafen Hermann I. von Thüringen.

Sein ältester Bruder, wie der gemeinsame Vater Hermann geheißen, war früh verstorben und so trat mit Ludwig IV. der Zweitälteste die Nachfolge des gemeinsamen Vaters nach dessen Tod im Jahre 1217 an. Als 1227 auch Ludwig starb, hinterließ dieser eine Ehefrau, die heilige Elisabeth. Elisabeth war wiederum eine Tochter von Andreas II., jenem ungarischen König, der einst den Deutschen Orden in sein Land gerufen hatte, um diesen nach getaner Arbeit wieder des Landes zu verweisen. Neben seiner Frau Elisabeth hinterließ Ludwig IV. auch einen gemeinsamen Sohn, ebenfalls Hermann genannt.

Dieser Sohn war beim Tode seines Vaters noch ein Kind und so übernahm der ältere der beiden noch lebenden Brüder Ludwigs IV., Heinrich Raspe, die Regentschaft. Konrad wurde Statthalter in den hessischen Besitzungen.

1231 starb Elisabeth und hinterließ das von ihr gegründete Hospital in Marburg den Johannitern, die mit dem Erzbischof von Mainz verbündet waren, einem Erzfeind der thüringischen Landgrafen. Mit Hilfe des Beichtvaters der Toten, Konrad von Marburg, fochten die Thüringer jedoch Elisabeths Verfügung erfolgreich an. 1232 erklärte der Papst in einem Schiedsspruch die Ansprüche der Johanniter für nichtig.

Im selben Jahr eroberte Konrad in einem Feldzug gegen Kurmainz Fritzlar und machte es dem Erdboden gleich. Dabei wurde die Stiftskirche Sankt Peter erst geplündert und anschließend in Brand gesteckt. Konrad wurde dafür vom Papst mit dem Bann belegt.

Er tat nun Buße. Aus dem Saulus wurde ein Paulus. So führte Konrad später als Ritter des Deutschen Ordens den Sturz des heiligen Paulus als Siegel. Er unternahm eine Pilgerreise nach Rom. Damit erreichte er nicht nur die Befreiung vom Bann. Vielmehr wurde 1234 auch das von seiner Schwägerin Elisabeth gegründete Hospital in Marburg dem Deutschen Orden übertragen, womit die Kurie einer von ihm geäußerten Bitte nachkam.



Konrads Siegel Bild: Archiv

Nach der Rückkehr aus Rom trat er selber dem Orden bei. Dabei brachte er im Einverständnis mit seinem Bruder Heinrich Raspe Teile der Landgrafschaft mit ein.

Nach seinem Eintritt in den Orden widmete sich Konrad erst einmal der Buße. Nicht umsonst zeigt ihn die Darstellung auf seinem Grabmal mit der Geißel. Er reiste nach Fritzlar, leistete dort 1238 öffentliche Kirchenbuße und unterstützte den Wiederaufbau von Stiftskirche und Stadt. Ebenso betrieb er energisch den Bau der Elisabethkirche in Marburg, wie er denn auch die Heiligsprechung seiner Schwägerin im Rahmen seiner Möglichkeiten vorantrieb.

Der Tod des Hochmeisters Hermann von Salza brachte ihn dann noch einmal in die große Politik. 1239 wurde er zu dessen Nachfolger gewählt. Mögliche Ursachen für diese Wahl gibt es einige. Er war wie seine Vorgänger Thüringer. Er war als Landgrafensohn von überdurchschnittlich hoher Herkunft. Und er verfügte über gute Kontakte zu Kaiser und Papst. So verband sich mit seiner Wahl die Hoffnung, dass er als Hochmeister die für den Orden so segensreiche Mittlertätigkeit zwischen Reich und Kirche fortsetzen könnte.

Ähnliche Hoffnungen verbanden die Fürsten des Reiches mit ihm. Auf ihren Wunsch hin machte er sich deshalb auf den Weg nach Rom, um dort zu vermitteln. Dort verstarb er jedoch am 24. Juli 1240, ohne dass es ihm gelungen wäre, an die Tradition Hermann von Salzas entscheidend anzuknüpfen. Seine sterblichen Überreste wurden nach Deutschland überführt und in der Elisabethkirche in Marburg beigesetzt. *Manuel Ruoff*





Konrads Grabmal Bild: Archiv

Vater der deutschen Tarifpartnerschaft

Vor 150 Jahren wurde der Vertreter der Gewerkschaftsseite beim Stinnes-Legien-Abkommen geboren

Am 20. Mai 1922 wurde in Wilhelmshaven ein Hugo Stinnes gehörender Schiffsneubau auf den Namen „Carl Legien“ getauft. Hintergrund dieser auf den ersten Blick seltsam anmutenden Ehrung eines Arbeiterführers durch einen Großunternehmer ist das Stinnes-Legien-Abkommen, das dem Gewerkschaftsfunktionär Respekt im Arbeitgeber-, aber auch Kritik im eigenen Lager einbrachte.

Bereits wenige Tage nach Ausbruch der Novemberrevolution schlossen Carl Legien für die Gewerkschafts- und Hugo Stinnes für die Arbeitgeberseite das sogenannte Stinnes-Legien-Abkommen. Das Abkommen begründete die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ (ZAG) zur partnerschaftlichen Regelung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen zwischen den Vertragspartnern. Die ZAG bestand zwar nur bis 1924, stellt aber trotzdem einen auch noch für die Bundesrepublik wichtigen Meilenstein zur Sozialpartnerschaft am Beginn der Weimarer Republik dar. Für die Gewerkschaften war das Abkommen insoweit ein Erfolg, als sie nun von den Arbeitgebern nicht mehr als Staatsfeinde behandelt, sondern als legitime Vertreterinnen der Belegschaftsinteressen und Tarifpartner anerkannt wurden. Für die Arbeitgeberseite bestand der Vorteil darin, dass ihr Vertragspartner die Beibehaltung von Kapitalismus und Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung über die Revolution hinaus akzeptierte und sich auf systemimmanente Reformen beschränkte.

> Hugo Stinnes benannte eines seiner Schiffe nach ihm

So verständlich vor diesem Hintergrund das Wohlwollen von Legiens Vertragspartner Stinnes ist, so nachvollziehbar ist die Kritik des revolutionären, marxistischen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Während Stinnes Legien als „Lebensretter Deutschlands“ lobte, titulierte ihn der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer in seinen Erinnerungen als einen „revisionistischen Gewerkschaftsführer“. Der Freund und Gewerkschaftskollege Theodor Leipart hingegen widmete Legien im Jahr 1929 eine warmherzige Biografie, die 1980, versehen mit einem Vorwort des damaligen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Heinz Oskar Vetter, in der Bundesrepublik neu aufgelegt wurde. Am 1. Dezember 2011 jährt sich Legiens Geburtstag zum 150. Mal, was Anlass bietet, sich näher mit dem Leben dieses deutschen Sozialdemokraten zu beschäftigen.

Legien kam in der durch ihr Hochmeisterschloss bekannten westpreußischen Stadt Marienburg als 13. und letztes Kind eines kleinen Zollbeamten und dessen Ehefrau zur Welt. Früh verstarb die Mutter, und als der kleine Carl zwölf Jahre alt war, auch der alkoholkranke Vater. Die Vollwaise wurde anschließend im als mustergültig geltenden Waisenhaus von Thorn aufgezogen. Familienbande spielten danach für Legien keine besondere Rolle mehr, und als er einmal als junger Drechslergeselle sich dafür interessierte, warum ein älterer Arbeitskollege den gleichen Familiennamen wie er selbst trug, entpuppte sich dieser zu seiner Überraschung als einer seiner älteren Brüder. In Thorn erlernte Legien mit gutem Erfolg das Drechslerhandwerk, was ihn noch anlässlich der Unterzeichnung des Versailler Vertrages 1919 zur großen Verwunderung von Friedrich Stampfer veranlasste, die Bäume im Park von Versailles und die Qualität ihres Holzes einer eingehenden Musterung zu unterziehen. Seinen dreijährigen Militärdienst absolvierte der spätere Arbeiterführer in Altenburg und Mainz, wo er unter anderem als Bursche eines preußischen Generals diente.

Als Drechslergeselle wurde der fleißige und intelligente junge Mann durch seine Tätigkeit im Fachverein der Drechsler zu Hamburg ab 1886 auf die noch schwache, doch im Aufschwung befindliche Gewerkschaftsbewegung aufmerksam. 1887 machte er deutschlandweit auf sich aufmerksam, als unter seiner Leitung die „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ gegründet wurde. Legien, der 1885 Sozialdemokrat geworden war und intern als Organisationsgenie galt, verdiente nun jährlich 700 Mark als hauptamtlicher Gewerkschaftsangestellter. Dabei hätte er als tüchtiger Drechslergeselle gewiss das Anderthalbfache und mehr erarbeiten können. Nun stellte er sich das Ziel, eine fachübergreifende gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, um Einfluss und Schlagkraft der Einzelgewerkschaften zu sammeln und zu bündeln. Aus dieser seit ihrer Gründung im Jahre 1890 von ihm geführten „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ entstand schließlich 1919 der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ (ADGB), dessen Vorsitz er übernahm. Als im März 1920 der Kapp-Putsch die Republik bedrohte, organisierte Legien als ADGB-Vorsitzender einen Generalstreik. Ob dieser Generalstreik tatsächlich zum Scheitern des Putsches führte oder ob die Ursache eher in der Weigerung der Beamten, Weisungen der Putschisten entgegenzunehmen, zu sehen ist, ist zwischen linken und rechten Historikern umstritten.



Bild: Ullstein

Carl Legien: Statt auf die Revolution setzte der Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer lieber auf Reformen

Politisch stand Legien, der dem Deutschen Reichstag mit einer sechsjährigen Unterbrechung von 1893 bis 1920 für den Wahlkreis Kiel angehörte, immer auf einem pragmatischen und nationalen Standpunkt. Bei Kriegsausbruch 1914 war er ein Anhänger der Burgfriedenspolitik. Als Karl Liebknecht entgegen dem Fraktionsbeschluss gegen die Kriegskredite stimmte, bestand er auf dessen Ausschluss aus der SPD-Reichstagsfraktion. 1916 sorgte er dafür, dass der dem linken Parteiflügel zuzurechnende damalige Parteivorsitzende Hugo Haase, den er in einer Reichstagssitzung als „Judenjunge“ bezeichnete, wegen eines mit der Fraktion nicht abgestimmten heftigen Angriffs auf die Regierungspolitik aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen wurde, was letztlich zur Gründung der USPD 1917 führte.

Nach Kriegsende 1918 war Legien bemüht, über die von ihm mitgeschaffene ZAG die gewerkschaftliche Mitbestimmung in den deutschen Wirtschaftsbetrieben durchzusetzen. Ebenso galt seine stete Aufmerksamkeit den ganz praktischen Dingen zur Verbesserung des Lebens der Arbeiter, wie der korrekten Organisation der Stellenvermittlung und vor allem der Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages. Legien legte man nach 1918 vergeblich nahe, sich in einem Staatsamt zu erproben. Der leidenschaftliche Gewerkschafter fühlte sich indes in erster Linie dem unmittelbaren Wohl der deutschen Arbeiter verpflichtet. Am 26. Dezember 1920 verstarb der zeitlebens ledige Gewerkschafter an Magenkrebs in Berlin, wo er auf dem Friedhof Friedrichsfelde seine letzte Ruhestätte fand.

Jürgen W. Schmidt/PAZ

Lieber Opportunist als Märtyrer

Erstmals wurden die persönlichen Materialien des Ost-CDU-Vorsitzenden Gerald Götting wissenschaftlich ausgewertet

Die Ost-CDU war die größte der „Blockflöten“-Parteien in der DDR und Gerald Götting als deren Generalsekretär von 1949 bis 1966 und Vorsitzender von 1966 bis 1989 einer ihrer prominentesten Exponenten. Eine unlängst im Aachener Helios-Verlag erschienene Götting-Biografie geht auf 250 Seiten unter anderem den Fragen nach, wie der Parteifunktionär es mit der Stasi hielt und wie der erklärte Christdemokrat dem weder christlichen noch demokratischen SED-Regime an exponierter Stelle über Jahrzehnte dienen konnte.

Die Wissenschaft hatte sich zwar bereits schon nach der Wende seiner angenommen, aber nun ist mit Peter Joachim Lapps „Gerald Götting. CDU-Chef in der DDR – eine politische Biografie“ erstmals ein Werk erschienen, für dessen Erstellung neben Stasi-Unterlagen, SED-Material aus dem Bundesarchiv, dem zentralen Partei-Archiv der Ost-CDU, das die Konrad-Adenauer-Stiftung verwaltet, sowie Aussagen von Zeitzeugen auch die umfangreichen persönlichen Materialien Göttings ausgewertet wurden, die dieser als Grundlage für seine Autobiografie gesammelt hatte, aber aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr verwerten konnte.

Es ist die Frage, ob dadurch eine andere Gesamtwertung von Göttings Wirken nötig wird, als sie bisher getroffen worden ist: So habe er das „Image eines skrupellosen Fronvogts der SED“, der „von menschlicher Freiheit auch und gerade im christlichen Verständnis nichts, rein gar nichts begriffen“ habe. Die Antwort lautet: An diesem Befund ändert auch die vorliegende Biografie nichts.

Dabei formuliert der Autor betont sachlich und enthält sich meistens eines Werturteils, trägt sein Thema ohne unkontrollierbare Schuldzuweisungen und quasi streng nach Aktenlage vor. Besonders wird den Leser interessieren, in welchem Ausmaß und mit welchen Folgen Götting mit der allgegenwärtigen Stasi zusammengearbeitet hat. Die Aktenlage ergibt, dass Götting mit den „Organen“ beständig in offiziellem Kontakt war und selbstverständlich rund um die Uhr überwacht und abgehört wurde. Aber es ist nicht nachweisbar, dass er sich jemals zur Stasi-Mitarbeit verpflichtet oder in den Diensten des KGB gestanden habe. Spitzel aus seiner nächsten Umgebung berichten, dass er über seine Mitarbeiter in der Partei schlecht geredet und dass sein autokratischer Führungsstil die Stimmung in der Partei gedrückt habe. Aber er hat seine Leute nicht bei der SED angeschwärzt. Da große Teile der Stasi-Akten noch in der Wendezeit vernichtet worden sind, bleibt hier allerdings eine letzte Ungewissheit.



Bild: pa

Allzeit staatsnah: Gerald Götting (r.) mit dem SED-Politbüromitglied Joachim Herrmann

Am wichtigsten bezüglich Götting ist sicherlich die Erörterung des Spannungsfeldes zwischen christlichen Grundwerten und der Mitarbeit in einem Staat mit totalitärer und atheistischer Ideologie. Da gab es Göttings Konzept des „christlichen Realismus“. Das lief darauf hinaus, den offiziellen Sozialismus als die bestimmende Kraft der Zukunft zu bejahen und das Christentum als davon nicht tangiert, ja sogar belebt zu verstehen. Denn nach Götting konnte der Christ in der sozialistischen Ordnung seine humanitären Ideale besser leben als im westlichen „Wolfs-Kapitalismus“.

Das ist theologisch bodenlos, angesichts der vielfach unmenschlichen Praktiken des DDR-Regimes auch ethisch nicht zu vertreten und nur durch politischen Opportunismus zu erklären. 1991 schrieb Götting: „Ich selbst hatte geglaubt, dass die Freiheit der Gesellschaft ..., wie es der Aufbau des Sozialismus forderte, Vorrang vor den individuellen Freiheiten haben musste. Aber das war eine Illusion. Das Geld und der Profit sind die Motoren, die das Geschehen und das Verhalten der Menschen bestimmen ...“ Da haben wir es: Kollektiv verstandene Freiheitsrechte in ihrer Ausschließlichkeit widersprechen nicht nur westlichem Verfassungsdenken, sondern auch dem christlichen Personalismus. Die sozialistische Botschaft wird eindeutig der christlichen übergeordnet.

Götting hielt nichts davon, zum Märtyrer zu werden. Entweder man mache in der DDR mit oder man verlasse das Land, so dachte er. Auch reiste er als Vorsitzender der „Liga für Völkerfreundschaft“ gern und viel und überall hin auf dem Globus. Denn seine Drahtzieher wussten, dass er dabei keinen politischen Flurschaden anrichten würde und dass sein offenes, gewinnendes Wesen zusammen mit Kultiviertheit und Sprachgewandtheit die bestmögliche Reklame für die DDR abgab. Er gab selbst zu, dass er es genoss, dem tristen DDR-Alltag zu entfliehen, und sagte 1984 (gemäß Stasi-Unterlagen), „dass er zutiefst unzufrieden ist, wieder in der DDR zu sein, wo alles so kleinkariert, provinziell sei und sich eigentlich niemand frei entfalten könne ... Die Arbeit für die Partei (CDU) habe doch eigentlich keinen Sinn mehr, weil die SED sowieso alleine die Entscheidung zu allen wichtigen gesellschaftlichen Fragen trifft.“

Bernd Rill

Auslieferung an Litauen von allen Möglichkeiten die schlechteste

Zu: „Dauerleihgabe an die Litauer“ (Nr. 43)

Die Verlagerung des Archivs, Eigentum aller Memelländer, nach Litauen ist vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) beschlossen worden. Es erfolgte leider keine Abstimmung in einer Vertreterversammlung. Auch die Befragung aller Mitglieder wäre möglich gewesen. Nach Paragraf 5 der Satzung der AdM sind alle Bezieher des „Memeler Dampfbootes“ automatisch Mitglieder der AdM.

Ein Grund für die Nacht- und Nebelaktion des Vorstandes der AdM ist der 2006 gescheiterte Versuch, schon einmal das Archiv nach Litauen zu verschieben. Diesmal hat man sich auch über die Archivordnung, die der Vorstand der AdM beschlossen hatte, hinweggesetzt.

Im Übrigen hätte das Archiv in Deutschland bleiben können. Ich habe nach einigen Telefongesprächen mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen herausgefunden, dass diese jederzeit das Material abgeholt und auch archivarisch bearbeitet hätten. Eine schriftliche Bestätigung des Ostpreußischen Landesmuseums liegt mir vor. Spätestens als das Archiv von Oldenburg nach Rastede verlegt werden sollte, hätten die Verantwortlichen, also der Vorstand der AdM, sich um eine andere Lösung als die litauische bemühen müssen, zumal die Schwierigkeiten bei der Betreuung und Aufarbeitung des Archivs offensichtlich waren. Warum dies nicht geschah, ist rätselhaft. Jedenfalls ist die Auslieferung an Litauen von allen Möglichkeiten die schlechteste.

Dabei bleiben noch viele Fragen offen: Sind die mündlichen Zusagen der Unterstützung durch die Stadt Memel und das litauische Kultusministerium in dem Dauerleihvertrag schriftlich aufgenommen und im einzelnen benannt worden, wie zusätzliche Mitarbeiter und/oder geldliche Zuwendungen und anderes mehr? Eine nur mündliche Zusage ist nicht bindend und muss bei einem personellen Wechsel nicht unbedingt eingehalten werden oder gerät einfach in Vergessenheit. Ist eine wahrheitsgemäße Übersetzung sichergestellt? Wer wird sie vornehmen? Ein Deutscher oder ein Litauer? Bei letzteren gehe ich davon aus, dass diese nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten werden. Doch niemand kann seine Zugehörigkeit zu seinem Volk aus seiner Gedankenwelt herausnehmen. So können indirekt bei Übersetzungen auch Verwerfungen ohne böse Absicht entstehen.

Ich hoffe, dass meine Bedenken nicht eintreten werden und das Archiv in Memel in unserem Sinne aufgearbeitet und ins Internet gestellt wird.

Harald Lankisch, Lüneburg

Volkssouveränität

Zu: „US-Medien: Zurück zur D-Mark“ (Nr. 45)

Auf diese Idee sind lange vor den Amerikanern schon andere gekommen! Aber in der Tat: Das ist die einfachste und effektivste Lösung, die Zahlungsbilanzungleichgewichte zu „normalisieren“. Die D-Mark würde aufwerten. Je mehr, desto besser für unsere Handelspartner und umso schlechter für die deutsche Exportwirtschaft und Handelsbilanz. Die anderen Euro-Staaten würden enorm profitieren und wir würden zwar wirtschaftliche Einbußen erleiden – aber auf der anderen Seite an staatlicher Souveränität gewinnen. Staatliche Souveränität ist aber immer auch Volkssouveränität.

Vielleicht könnten die anderen Euro-Staaten und das deutsche Volk diese Bundesregierung dazu zwingen. Hoffnung habe ich nicht. Diese Leute sind nämlich beratungsresistent und unbelehrbar. Und sie können sich auf die EU-Kommission stützen, welche bei einem Ausscheiden Deutschlands an Bedeutung verlieren würde.

Jürgen Kunz, Buchen

Unser Recht

Zu: Deutsche Verfassung und Nationalversammlung

Klären Sie doch mal die Massen auf, warum dem deutschen Volk regelrecht verweigert wird, über seine Verfassung abzustimmen! Das deutsche Volk hat nach Artikel 146 Grundgesetz das Recht, über seine Verfassung abzustimmen.

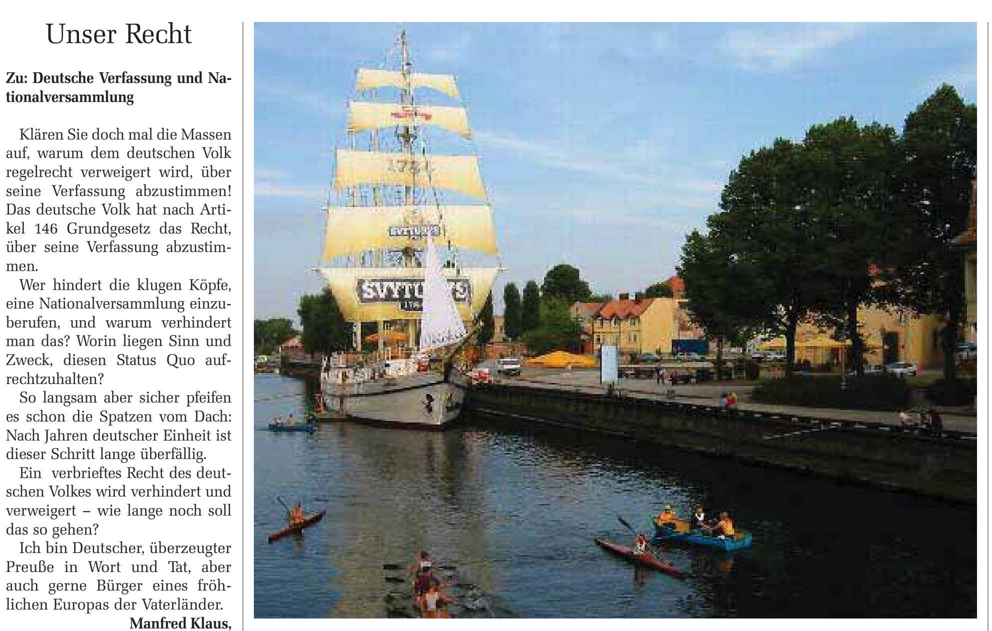
Wer hindert die klugen Köpfe, eine Nationalversammlung einzuberufen, und warum verhindert man das? Worin liegen Sinn und Zweck, diesen Status Quo aufrechtzuhalten?

So langsam aber sicher pfeifen es schon die Spatzen vom Dach: Nach Jahren deutscher Einheit ist dieser Schritt lange überfällig.

Ein verbrieftes Recht des deutschen Volkes wird verhindert und verweigert – wie lange noch soll das so gehen?

Ich bin Deutscher, überzeugter Preuße in Wort und Tat, aber auch gerne Bürger eines fröhlichen Europas der Vaterländer.

Manfred Klaus, Bernburg, OT Unterpeissen



Impression aus dem Hafen von Memel: Großen Unmut unter den Lesern der *PAZ* hat die Verlagerung des Archivs der AdM ins heutige Litauen hervorgerufen Bild: Clemens Bilan/dapd

Deutschgesinnt

Zu: Leserforum (Nr. 41)

Mehr als 50 Jahre bin ich bereits Ihr treuer Leser. Die Leserzuschriften in der Nr. 41 sind mir besonders aufgefallen, zu welchen ich wie folgt Stellung nehme:

Es ist ein Kampf verschiedener Interessengruppen, das politische Gesichtsfeld auf ihre Seite zu ziehen. Ihre Themen sind so offensichtlich verbogen und entstellt, dass es fast die Mehrheit ist, welche diesen Weltverbesserern auf den Leim gehen. Es sei den Lesern dieser Zeitung noch einmal empfohlen, in Nr. 41 besonders den Leserbrief „Deutschenhass“ zu lesen. Wem da noch nicht die Augen über Wahrheit und Lüge oder über Turnschuhakrobatik und Realismus aufgegangen sind, ist einfach zu bedauern. Auf dieser Seite trifft der Hammer den Nagel mit jedem Schlag genau auf den Kopf:

Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass diese Zeitung für alle, die sich noch deutsch fühlen, genauso wichtig ist wie die Luft zum Atmen!

Gerhard Mittelstaedt, Sutton, Kanada

Verständigungsgeist

Zu: „Dauerleihgabe an die Litauer“ (Nr. 43), „Die Festreden von Juoszas Siksnelis und Uwe Jurgsties“ (Nr. 43) sowie „Zeichen der Freundschaft“ (Nr. 43)

Ich danke für den wohltuenden Artikel, in dem von gleichberechtigten Partnern (diesmal Deutschland/Litauen) die Rede ist und auch besonders von der wahren gemeinsamen Geschichte. Möge dieser Verständigungsgeist auch in die Schulbücher Eingang finden.

Dank auch für den deutsch-polnischen Freundschaftsartikel auf Seite 14.

Dr. Helmut Wegener, Hannover

Öffentlichen Verkehrsmitteln den Vorzug geben

Zu: „Feindbild Autofahrer“ (Nr. 44)

Als Schweizer, der bei seiner Partnerin in Deutschland lebt, kann ich die Ansicht von Hans Lody, wie sie in seinem Artikel zum Ausdruck kommt, in keiner Weise teilen. Wollen wir nicht im Verkehr ersticken oder unseren Boden mit Autobahnen und Straßen zupflastern, so gibt es nur das Rezept: Der öffentliche Verkehr geht vor.

Wir haben uns kürzlich mehrere Tage in Berlin aufgehalten – unter anderem die „Dame mit dem Hermelin“ besucht. Selbst Autofahrer, hat uns der unaufhörliche Strom – oder Stopp – der Autos gestört. Wir sind mit der Deutschen Bahn aus dem Süden Deutschlands angefahren und haben ausschließlich die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt.

Wir begrüßen, dass Berlin – wie wir meinen – den Anfang macht und den öffentlichen Verkehr durch Vorrangschaltung für Bus und Straßenbahn fördert. Wichtig ist allerdings, dass der Bus wo immer möglich eine eigene Spur erhält. Bei der Berliner Straßenbahn ist dies zum Teil so.

Den „Bund der Steuerzahler“ in Ehren. Er ist jedoch in dieser Angelegenheit sicher nicht der richtige Ansprechpartner. Dies zeigt allein schon das Resultat seiner „Untersuchungen“: Um 80 Meter pro Stunde soll der Busverkehr durch die Vorrangschaltung beschleunigt worden sein. Das liegt weit innerhalb der Messgenauigkeit – schlicht untauglich.

In der Schweiz haben die öffentlichen Verkehrsmittel auch den Vortritt gegenüber dem fließenden Verkehr, wenn sie sich aus einer Haltestelle wieder in den Verkehrsstrom einfädeln. Dies braucht allerdings in Deutschland noch eine gewaltige Änderung in den vielen Autofahrerköpfen.

Das Auto ist ein Mittel zum Zweck und keine Repräsentationssache, mit der der Besitzer oder Benutzer (gleich, ob männlich oder weiblich) seinen Wert und seinen Rang dokumentieren möchte.

Der öffentliche Verkehr sollte das Auto im Nahverkehr und, wo immer möglich, auch über größere Distanzen ersetzen.

Dr. Jürg Walter Meyer, Leimen

Dem Vergessen entgegentreten

Zu „Volkes Trauer“ (Nr. 45)

Es sind ja nicht nur die Millionenopfer der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg zu beklagen. Zu den Millionen der Weltkriegsopfer gehören auch die Opfer der britischen Bomberoffensive und einer allem Völkerrecht Hohn sprechenden Kriegsführung von noch nie dagewesener Grausamkeit. Was die deutschen Frauen und Kinder alleine wegen des Bombenkrieges an Unruhe, Entbehrung, Hetze und Todesangst auf sich genommen haben, steht geschichtlich ohne Parallele da. Keiner wusste, ob er den nächsten Tag noch erleben würde.

Japan hält die Erinnerung an die Toten von Hiroshima und Nagasaki durch eindrucksvolle Mahnmale fest und in Israel gibt es allerorts Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungslager. Ein großes deutsches Mahnmal für die Opfer des Krieges, einschließlich des Luftkrieges und der auf der Flucht ermordeten Deutschen, wird verzögert oder ganz abgeschrieben.

Die Art und Weise, wie die Großväter und Großmütter der jungen Menschen von heute das Grauen dieses Zweiten Weltkrieges durchgestanden haben, ist beispielhaft. Sie haben deshalb einen Anspruch darauf, dass man ihrer ehrenvoll gedenkt.

Eine weltweite geschickte Propaganda hat es fertiggebracht, dass heutzutage nur noch von dem die Rede ist, was den Deutschen angelastet werden kann, und alles andere langsam aber sicher aus dem Gedächtnis der Menschen entschwindet. Dem muss entgegengetreten werden. Als Flüchtlingskind, das mit seiner Mutter und Schwester in seiner Geburtsstadt in Westpreußen noch einige Zeit unter den „Befreiern“ leben musste, sehe ich bis zum Ende meiner Tage eine Aufgabe darin, zumindest meine Kinder und Enkelkinder auf diese Seite der Geschehnisse im letzten großen Krieg hinzuweisen.

Rudi Mohnberg, Diepenau

Nicht glücklich

Zu: „Dauerleihgabe an die Litauer“ (Nr. 43) und „Zweischneidig“ (Nr. 43)

Die Übergabe des Archivs der Memelländer an die litauische Bibliothek in Memel – für die Litauer jetzt natürlich „Klaipeda“ – wird als großes Ereignis angesehen und gefeiert.

Besteht dazu wirklich Anlass? Bereits 2007/08 wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) der Versuch unternommen, das Archivgut nach Litauen zu verlagern. Damals gab es innerhalb der Leser des „Memeler Dampfbootes“ ein „Erdbeben“. Wenn die AdM ernsthaft gewollt hätte, hätte man in Deutschland in dieser Hinsicht eine Lösung gefunden. Meiner Information nach ist die Landsmannschaft Ostpreußen über diese Lösung alles andere als glücklich.

Der redaktionelle Kommentar hat es letztlich auf den Punkt gebracht:

a) Archivmaterial, das ins Ausland abgegeben wird, ist für alle Zeiten dem direkten Zugriff der Betroffenen entzogen.

b) Weiterhin besteht die Gefahr, dass wertvolles Material verloren geht.

Im Übrigen bezweifle ich entschieden, dass die Bestimmungen des Bundesvertriebenengesetzes eine solche Praxis zulassen.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Kein Verständnis für die Memellandkreise

Zu: „Dauerleihgabe an die Litauer“ (Nr. 43)

Mir fehlt jegliches Verständnis für das Handeln der Memellandkreise. Schon vor Jahren hätte sich verboten, einen Teil unseres Heimaterbes nach Memel zu geben, dazu in ein Museum mit dem beziehungsreichen Namen „kleinlitauisches“. Heute nun den Rest in die fremdverwaltete Heimat zu tun, zeigt, dass man außer Sinnes ist.

Eva Simoneit, deren Namen die Bibliothek trägt, in die unser Heimatgut gekommen ist, war zeitlebens eine Schriftstellerin, die im Gegensatz zu ihren Landsleuten stand und bei ihnen kein gutes Echo gefunden hat. Sie wird gefeiert als eine litauische Schriftstellerin, was im Grunde nur die halbe Wahrheit und noch weniger ist. Denn sie hat sich mit Litauen nie befasst. In ihrer Gedankenwelt blieb sie immer auf memelländischem Boden. Sie ist Jahrgang 1896, mithin in Ostpreußen geboren. Wannaggen ist ihre engere Heimat. In jungen Jahren hielt sie sich zu einem Genesungsaufenthalt in Angerburg am Mauersee auf. Selbst Goethe konnte sie zitieren. In einem Brief an jemanden schreibt sie: „Was Du ererbt von Deinen Vätern erwirb es, um es zu besitzen.“ Mit dem Zusatz: nach Goethe ...

Wenn man so will, auch hier ein Fehlstart. Außerdem scheint es gar nicht zu stimmen, dass niemand an unserem Heimatgut interessiert war. Beispiele wurden nicht angeführt. Wir sind ja in der Landsmannschaft Ostpreußen. Da sollte man sich mit ihr absprechen. Wir nehmen ja auch an ihren Treffen in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg teil. Eigene machen wir keine mehr (Ortsgemeinschaften haben ihren eigenen Charakter), weil wir vorbildlich für eine gelungene Integration sein wollen. Die Erlebnisgeneration nimmt ja überall gleichmäßig ab. Daran kann es nicht liegen. Was andere Kreisgemeinschaften fertigbringen, müsste und sollte auch uns gelingen. Die Internetgruppe Memelland wollte sich hierbei einbringen und hatte hierfür jede denkbare Hilfe angeboten. Mehr geht wohl nicht.

Um die Wahrheit über unsere Heimat zu schreiben, brauchen die Litauer unser Archiv nicht. Sie kennen sie. Dennoch umgehen sie alles, was Wahrheit ist. Mit unserem Handeln bringen wir uns um die Ehre.

Heute die Windrichtung, morgen eine andere. Es schaukelt. Wir bleiben draußen.

Johann-Willy Matzpreiksch, Mannheim

Auch ein Schweizer fiel

Zu: „Gekommen, um den neuen Zar zu stürzen“ (Nr. 45)

Zu den gefallenen zarentreuen Offizieren des Dekabristenaufstandes vom Dezember 1825 zählte auch der Schweizer Oberst Niklaus Ludwig von Stürler (geboren 1784) von Ursellen im Kanton Bern. Sein Landsmann Johannes von Muralt (1780–1850), Pfarrer der „deutsch-reformierten Gemeinde“ in St. Petersburg, vermerkte im Totenschein: „Nikolaus Ludwig von Stürler, Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers Nikolai Paulowitsch, Oberst und Kommandant des Leibgarde-Grenadier-Regiments ist den 14. Dezember bei einer Meuterei von einer mörderischen Kugel im Dienste Seiner Majestät verwundet worden und den 16. an den Folgen der unheilbaren Wunde gestorben im Alter von 41 Jahren. Den 20. Dezember 1825 wurde er feierlich unter militärischen Ehrenbezeugungen beerdigt.“ Als Teilnehmer der Befreiungskriege 1813 bis 1815 war von Stürler Ritter des preußischen Ordens „Pour le Mérite“ sowie Inhaber des Kulmer Kreuzes.

Vincenz Oertle, Gais, Schweiz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 26. November 2011

MELDUNGEN

Jubiläum in Treuburg

Treuburg – Der von Hannelore Muraczewska geleitete Deutsche Verein in Treuburg hat sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. Zu den Teilnehmern der Jubiläumsfeier gehörten neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern auch viele Gäste, wie der stellvertretende Bürgermeister Henryk Trznadel, Pfarrer Dawid Banach und Lech Kryszałowicz vom „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit in Ermland und Masuren“. Die Landsmannschaft Ostpreußen wurde von Edyta Gladkowska, der Leiterin des LO-Büros in Allenstein, vertreten. Die Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Treuburg, Irmgard Klink, war aus der Bundesrepublik angereist. Die Kreisvertreterin sprach in ihrer Rede nicht nur über die dunklen Kapitel der Geschichte, sondern hob vor allem die Zusammenarbeit und Verständigung zwischen Deutschen und Polen hervor. Musikalisch begleitet wurde die Feier vom Chor „Oleckie Echo“. *LO*

Mehr Touristen als im Vorjahr

Königsberg – In diesem Jahr sind mehr Touristen ins Königsberger Gebiet gekommen als im vergangenen. Dabei hatte das Gebiet schon 2010 einen ersten Höhepunkt des Zustroms erlebt. Damals waren vor allem viele Moskauer vor dem Smog durch die verheerenden Waldbrände an die Küste geflohen. Obwohl die Situation in diesem Jahr entspannter war, nahm die Zahl der Touristen in Ostpreußen dennoch nicht ab. Vielmehr waren schon im Frühjahr Hotels und Ferienwohnungen gut ausgebucht. Im Monat August erreichte der Touristenzustrom dann seinen Höhepunkt. Bei gutem Wetter waren so viele Menschen in den Straßen und Gassen von Rauschen unterwegs, dass



Bild: Tschernyschew

„Tanzender Wald“

selbst langjährige Sommergäste überrascht waren. Erstmals seit Jahren gab es wieder Schlangen vor Imbissstuben und Restaurants. Auf der Beliebtheitsskala nimmt nach wie vor die Kurische Nehrung den ersten Platz ein. Beliebt ist das Seebad vor allem bei denjenigen, die nicht nur zum Baden an die Küste fahren. Laut „Skyscanner“, einem Internetportal, in dem man günstige Flüge suchen kann, zählten Sotschi und Anapa im Süden Russlands im Hauptsaisonmonat August zu den beliebtesten Städten, im Norden kam nach St. Petersburg gleich Königsberg. Die beliebtesten Ausflugsziele auf der Kurischen Nehrung waren der „Tanzende Wald“ und die Düne Eva. *J.T.*

Gleiches Recht für alle

Wenigstens im Königsberger Dom sind nun die Preise für Russen wie Nichtrussen identisch

Vielen Heimatreisenden ist es seit langem ein Dorn im Auge, dass sie bei Reisen in die Heimat mit hohen Kosten für Visa und Eintrittspreise überzogen werden. Als erster Museumsdirektor hat nun Igor Odinzow die Ungleichbehandlung von Deutschen und Russen abgeschafft.

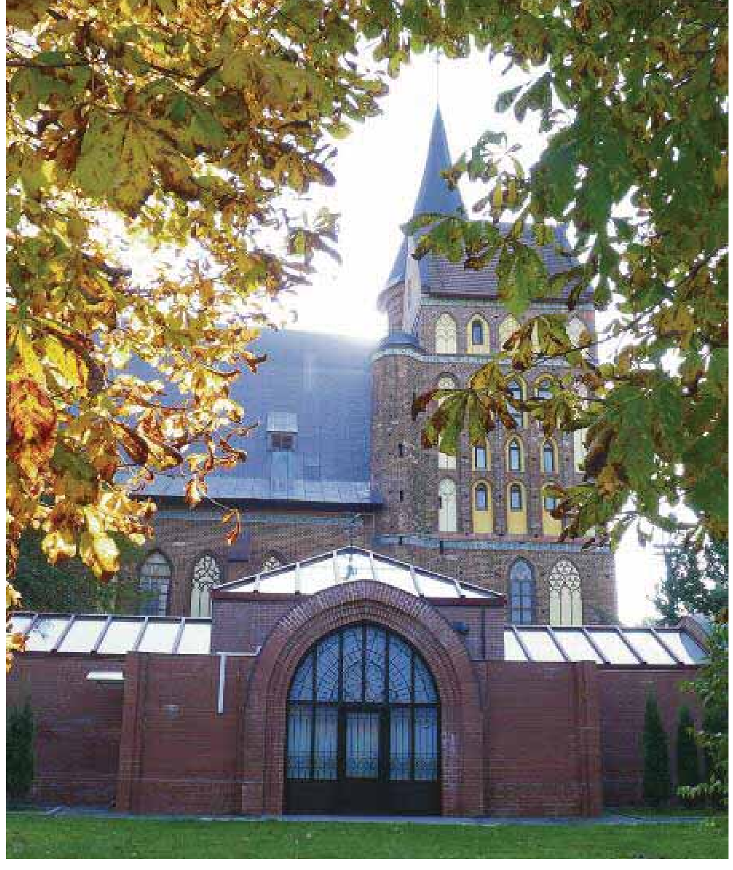
Verglichen mit anderen europäischen Städten gibt es in Königsberg nur wenige Museen, die meisten davon sind im Stadtzentrum zu finden. Sie alle leben von Touristengruppen, die ihnen bei ihrem Aufenthalt in der Stadt einen obligatorischen Besuch abstatten. Dabei sind die städtischen Museen recht klein und oft nur dürftig mit Exponaten ausgestattet. Dafür liegen sie auch preislich mit Eintrittspreisen zwischen zweieinhalb und fünf Euro unter dem europäischen Durchschnitt.

Unterschiede selbst beim WC

Wahrscheinlich sind die Leiter der kulturellen Einrichtungen durch den „Nostalgietourismus“ der 90er Jahre auf die Idee gekommen, von ausländischen Besuchern einen höheren Eintrittspreis zu verlangen als von Russen. Eine solche Diskriminierung ausländischer Besucher gibt es nirgendwo sonst. Dabei widerspricht diese Vorgehensweise nicht nur den Normen der Internationalen Museumsvereinigung, sondern verstößt auch gegen die nationale Gesetzgebung.

Es verwundert daher, dass diese Praxis solange – und von der Stadtregierung scheinbar unbemerkt – aufrechterhalten wurde. Vor allem Deutsche, die ihre Heimat besuchten, hatten wenig Verständnis für diese Ungleichbehandlung. Sie beklagten, dass sie einen höheren Eintrittspreis bezahlen müssten, sobald der Kassierer vernommen hatte, dass sie deutsch sprechen. Alle Versuche, eine Erklärung für diese Ungleichbehandlung zu erfahren, endeten stets mit dem Hinweis, dass andere Museen auch solche Regeln hätten und es sich gleichsam um ein ungeschriebenes Gesetz handele. Ein anderes Argument lautete, die Deutschen hätten schließlich mehr Geld als Russen und deshalb seien die unterschiedlichen Preise gerecht.

Zur Ehrenrettung der Königsberger Museumsleiter muss gesagt werden, dass die Unterscheidung zwischen Russen und Ausländern bei der Gestaltung der Eintrittspreise auch anderswo in Russland gang und gäbe ist. Besonders in der Hauptstadt Moskau gibt es saftige Unterschiede, vor allem für begehrte Sehenswürdigkeiten wie den Kreml. Hier werden für jedes Gebäude auf dem Gelände Einzelpreise erhoben. Will man das Wichtigste gesehen haben, ist man mit rund 100 Euro dabei.



Königsberger Dom samt WC: Auch im Toilettenhaus sind die Preise erst jetzt gleich Bild: Tschernyschew

Für eine Ausnahme sorgte vor kurzem der Direktor des Königsberger Doms Igor Odinzow. Ihm wurde im vergangenen Monat die Ehrenbürgerwürde der Stadt Königsberg verliehen. Er tat sich unter anderem damit hervor, dass er auf die Ungerechtigkeit der Eintrittspreise hinwies. Nicht nur für die Besichtigung des Doms zahlen Touristen mehr, sondern auch für die Nutzung des Toilettenhauses, das sich gegenüber dem Gotteshaus befindet. Für die Dombesichtigung zahlen Russen 2,40 Euro und Ausländer 3,60 Euro, für die Nutzung des Toilettenhauses müssen Ausländer überall im Zentrum 50 Cent zahlen, während Russen sich für 36 Cent erleichtern dürfen. Auslöser für Odinzows Initiative war die Tatsache, dass ein Lehrer, der eine Gruppe deutscher Touristen durch die Stadt geführt hatte, die örtliche Presse auf die Ungleichbehandlung aufmerksam machte.

Das regionale Kulturministerium erklärte daraufhin öffentlich, dass Odinzows Initiative dazu geführt habe, dass künftig Ausländer und Russen auf russischem Territorium in dieser Hinsicht gleich behandelt werden sollen. Igor Odinzow erhielt die Anweisung, die Eintrittspreise für den Dom und für die Toilettennutzung für Russen und Ausländer gleich zu gestalten. Innerhalb von zwei Wochen wurde die Anweisung umgesetzt. Die Eintrittspreise haben sich seitdem für Ausländer verringert, die Toilettennutzung ist für Russen teurer geworden. Nun kostet der Besuch des Doms für Russen und Deutsche umgerechnet 2,50 Euro und die Toilettennutzung beträgt für alle 50 Cent.

Allerdings haben die übrigen Museen der Stadt noch nicht reagiert. Ausländer zahlen immer noch das Anderthalbfache des Eintrittspreises für Russen.

Jurij Tschernyschew

Winterzeit ist abgeschafft

Wie in Russland unterblieb auch in Königsberg das Zurückstellen der Uhren

Erstmals nach drei Jahrzehnten wurden in diesem Jahr in Russland die Uhren nicht auf Winterzeit umgestellt. Für die Bewohner des Königsberger Gebiets bedeutet das, dass der Zeitunterschied zu den Bürgern in den Nachbarländern sich vergrößert hat. Jetzt ist es in Polen, der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern Zentral- und Osteuropas zwei Stunden früher und in Litauen eine Stunde.

Blickt man in die Geschichte der Zeitumstellung zurück, so stellt man fest, dass sie mehr mit politischen Festsetzungen zu tun hat als mit den eigentlichen Zeitzonen nach geografischen Längengraden. Schon in den Jahren des Ersten Weltkrieges wurde in Europa die Sommerzeit eingeführt, um Energie zu sparen. In Russland wurde sie erstmals 1917 eingeführt. Per Dekret wurden die Uhrzeiger aber am 16. Juli 1930 wieder zurückgedreht mit der Begründung, das Tageslicht besser nutzen zu können. Erst 1981 kehrte die Sowjetunion zur Sommerzeit zurück. Im Frühjahr wurden die Zeiger um eine Stunde vorgestellt und im Winter wieder zurück. Diesmal war das Ziel der Zeitumstellung, Strom zu sparen. Lange Zeit gab es heftige Diskussionen um das Für und Wider einer Unterscheidung zwischen Sommer- und Winterzeit. Viele Befürworter trugen das Argument der Energieersparnis vor, doch die Gegner, vor allem Ärzte, führten an, dass der menschliche Organismus durch die Zeitumstellung so durcheinandergerate, dass die Arbeitsfähigkeit für Tage darunter leide. So werde die Energieersparnis durch die verringerte Arbeitsleistung vollständig kompensiert.

Erstmals seit drei Jahrzehnten keine Winterzeit im Winter

Am 8. Februar dieses Jahres hat Präsident Dmitrij Medwedjew entschieden, dass die Zeitumstellung abgeschafft wird. Im Frühjahr wurden zum letzten Mal die Uhren auf Sommerzeit umgestellt. Nun ist die Zeit in Russland entsprechend dem geografischen Längengrad zwei Stunden weiter als im Westen.

Der Vorteil einer Absage an die Zeitumstellung ist, dass es später dunkel wird. Jetzt wird es in Königsberg selbst im Dezember nicht mehr um 16 Uhr, sondern erst um 17 Uhr dunkel. Nach Ansicht der Ärzte hilft dies, depressive Zustände, die in der dunklen Jahreszeit zunehmen, zu verringern. Diejenigen, die sich auf elektronische Geräte verlassen hatten, die automatisch von Sommer- auf Winterzeit umspringen, hatten Pech und verspäteten sich um eine Stunde. Sie werden ihre Uhren und Geräte wohl von Hand umstellen müssen.

Rund zwei Drittel aller Länder der Welt haben eine Sommer- und eine Winterzeit, der Rest beteiligt sich nicht daran. Bei Fahrten nach Ostpreußen sollten Reisende aus der Bundesrepublik den vergrößerten Zeitunterschied beachten.

Jurij Tschernyschew

Botschafter im Wasserturm

Rüdiger Freiherr von Fritsch, Deutschlands Botschafter in Polen, hat der deutschen Volksgruppe in deren Wasserturm in Lyck einen Besuch abgestattet. Der Diplomat besichtigte das Gebäude in Begleitung der deutschen Konsulin in Danzig, Gabriela Neumeyer, und des Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Henryk Hoch. Für seinen Besuch bei den Heimatverbliebenen verzichtete der Deutsche auf das offizielle Mittagessen, zu dem ihn der Bürgermeister von Lyck eingeladen hatte. Hungern ließen ihn jedoch auch seine Landsleute nicht. Die Damen des Hauses kochten ihm vielmehr ein masurisches Mittagessen. Des weiteren trugen sie ihm masurische Volkslieder und das Ostpreußenlied vor. Fritsch befand sich aus Anlass der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Siegfried Lenz in der Stadt. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Der Abend allein in das Beste!“, lässt Agnes Miegel in ihrem Gedicht „Heinrich von Plauen“ den ehemaligen Hochmeister des Deutschen Ritterordens sagen, der auf der Burg Lochstädt seinen Lebensabend verbringt, nach langen Jahren der Gefangenschaft wieder als freier Mann. Hier spürte er im Wellenschlag des Frischen Haffes, im Rauschen der Kiefernwälder, im Wind, der von der nahen See kommt, und im Duft der blühenden Linden den Atem des von ihm geliebten Preußenlandes. Diesen Satz habe ich mir für meine späten Jahre aufgehoben, denn er spricht von Dankbarkeit für einen geborgenen Lebensabend, und ich sage ihn oft vor mich hin, wenn ich zur Schummerstunde in die Tannen vor meinem Fenster blicke – erfüllter Traum eines Kindes, das in einer baumlosen Großstadtstraße aufwuchs. Und dann sehe ich auch die Burg Lochstädt vor mir, wenn wir mit der Bahn nach Neuhäuser fuhren: Hoch über dem Steilhang lag sie, die Ordensburg mit ihrer Schlosskapelle, dem ältesten erhalten gebliebenen Ordensraum – unvergessen. Und jetzt auch wieder lebendig gemacht durch einen Leserbrief an unsere Ostpreußische Familie, der sich allerdings nicht mit der Burg befasst, sondern mit der Heilstätte, die sich auf diesem schmalen Landstreifen zwischen dem Frischen Haff und der Ostsee befand. In diese Heilstätte wurde 1936 die zwölfjährige **Waltraut Scheurer** aus dem Kreis Gumbinnen eingewiesen, um hier in dem heilkräftigen Seeklima zu gesunden. Das führte auch dazu, dass es im Seebad Neuhäuser [Netschnikow] einige Pflege- und Erholungsheime gab, für die dieser stille Kurort geradezu ideale Bedingungen bot. Auch nach so langer Zeit erinnert sich Waltraut **Braklow** geborene Scheurer an die dort verbrachten fünf Monate, in denen sie zwar auch von Heimweh geplagt wurde, die aber durchsonnt wurden von herrlichen Sommerstunden an der See. Die heute in Hamburg Wohnende schreibt:

„In all den Jahren, in denen wir nun schon hier sind, habe ich nie von diesem Heim oder von den Orten Lochstädt oder Neuhäuser gehört. Es hatte die Anschrift: ‚Seeheilstätte für Kinder bei Lochstädt, Post Neuhäuser, Kreis Fischhausen‘. Dorthin sind doch sicher nach der Wende ehemalige Einwohner gefahren. Niemand hat bisher davon berichtet, wie es jetzt dort aussieht. Neben der Heilstätte gab es große Häuser, in denen die Ärzte mit ihren Familien wohnten. Erinnert sich niemand von den ehemaligen Einwohnern an diese Orte, niemand von den ehemaligen Kurgästen oder Heiminsassen an diese Einrichtungen? Ich wäre sehr dankbar, wenn ich etwas darüber erfahren würde.“ Ja, diesen Wunsch geben wir gerne weiter. Zwar wird der Kreis der in Frage kommenden Informanten altersbedingt immer kleiner, aber da auch während des Krieges die Heilstätten genutzt wurden, dürfte es sicherlich noch Leserinnen und Leser geben, die dort waren. Und mancher wird auf einer Samlandreise auch diese Landzunge zwischen Haff und See besucht haben, aber ihre Berichte dürften wenig Erfreuliches enthalten. Nach einem Haus in Fischhausen, das auch heute bewohnt wird, haben wir ja kürzlich gefragt, aber da scheint sich nichts ergeben zu haben. Von der Burg Lochstädt, deren Restaurierung und Bestandssicherung 1937 erfolgte, soll nur noch ein Burgstall stehen. Der Abriss der Ordensburg erfolgte in den 60er Jahren. (Waltraut Braklow, Reinbeker-Redder 208 in 21031 Hamburg.)



Bernsteinwecker aus dem Besitz von Roland Toll *Bild: privat*

Hier in Lochstädt [Pawlowo] mussten einst die Bernsteinfischer der westlichen Samlandküste wie alle Bewohner ihre Funde abliefern, denn der Orden besaß das Bernstein-Regal, die Gewinnung des Bernsteins und der Handel waren damals Staatsmonopol. Wer besonders schwer dagegen verstieß, kam an den Galgen. Das Samland ist heute noch der Hauptfundort von Bernstein in der ganzen Welt, allerdings sieht die Westküste bei Palmnicken geradezu trostlos aus. Aber für uns bleibt der Bernstein unser „Samlandgold“, und so ist es auch kein Wunder, dass der Bernsteinwecker, über den wir in Folge 33 berichteten, Aufmerksamkeit erregte. Leider etwas verspätet – was wieder einmal an einer E-Mail-Panne lag – kamen Fotos und Berichte. Ich hatte wegen der anfänglichen Funkstille gemeint, dass es sich bei dem Bernsteinwecker mit der Aufschrift „Preußische Zeitung“ um ein einmaliges Stück handeln müsste. Was auch soweit stimmt, als es sich bei dem Wecker um ein Werbegeschenk dieses Königsberger Zeitungsverlages handelt. Nun ist ja jede Bernsteinuhr ein Unikat, denn sie wurde ja in der Staatlichen Bernsteinmanufaktur in Handarbeit gefertigt, aber bei einer Zuschrift ergibt sich doch eine Parallele, denn auch hier handelt es sich um ein Firmengeschenk. Eine echte „Palmnicker Marjell“, Frau **Hanni Lenczewski-Wittke**, übersandte uns ein Foto von einer Bernsteinuhr, die ihr Vater **Fritz Wittke** als Jubiläumsgabe von seinem Betrieb bekam. Die Widmung besagt es: Für 24 Jahre treue Dienste, Pr. Bergwerk und Hütten AG Zweigniederlassung Königsberg 1. Mai 1939. Und Frau Lenszewski-Wittke erzählt dazu auch eine Geschichte:

„Meine Mutter hat diese Uhr auf abenteuerliche Weise bei der Besetzung durch die Rote Armee in Palmnicken, durch schlimme Jahre bis zur Vertreibung Ende Oktober 1947 und durch die scharfe Kontrolle auf dem Königsberger Hauptbahnhof bei der Ausreise retten können. Sie hatte die Uhr in einer ‚Zudeck‘ – einem Oberbett – eingewickelt, diese in einen Kartoffelsack gesteckt und ihn dann zugenäht. So kam die Uhr durch die Kontrolle. Es gibt noch einige Uhren dieser Art. In dem Buch „Die Staatliche Bernsteinmanufaktur Königsberg“ werden Fotografien von einigen Uhren gezeigt, von denen ich einige Abbildungen zuschicke. Meine Uhr ist die, auf deren Zifferblatt der Zeiger auf sieben Minuten nach neun steht. Es gibt also immer wieder etwas Neues.“

Das trifft auch auf das Foto zu, das uns Frau **Erika Toll** aus Glückstadt übersandte, denn auch dieses zeigt einen geretteten Wecker. Ihr Mann **Roland** Toll besitzt ein durch die Reichhaltigkeit der verarbeiteten Bernsteinstücke besonders schönes und kostbares Exemplar. Es stammt von seinen Eltern, dem Tierarzt Toll und seiner Ehefrau aus Tapiau. Vielen Dank auch für diese Mitteilung und das Bild.

Natürlich werden sich die Besitzer dieser wertvollen Bernsteinarbeiten nie von ihnen trennen, und sie dürften sich auch nicht angesprochen fühlen, wenn ich jetzt den Wunsch von Herrn **Eckhard Pahlke** aus Elsdorf anschließe. Aber vielleicht gibt es doch jemanden aus unserer Leserschaft, der sich von einem schönen Bernsteinstück trennen will, vielleicht aus Altersgründen und weil er niemanden weiß, dem er dieses wertvolle Schmuckstück als Erinnerung an die ostpreußische Heimat anvertrauen könnte. Das will nämlich Herr Pahlke tun, denn er sucht ein Bernsteinstück mit Einschlüssen als Geschenk anlässlich einer Konfirmation. Es soll „erzählen können“: vom alten Ostpreußen, von der Bernsteinküste, von der Geschichte seiner Bewahrung durch Krieg und Vertreibung – und diese an den jungen Menschen weiter vermitteln. Vielleicht findet sich ja auch die berühmte „Mücke im Bernstein“? Ich will hier nur seinen Wunsch weiterleiten mit der Bitte, sich an Herrn Pahlke direkt zu wenden, wenn eine Möglichkeit besteht. (Eckhard Pahlke, Keltenweg 10 in 50189 Elsdorf, Telefon 02274/700528, Fax 02274/706155 8, E-Mail: e.pahlke@pahlke-eum.de)

Jetzt kommen wir zu sehr speziellen Fragen, die wohl nicht so leicht zu beantworten sind. Die erste stellt Frau **Anna Saß** aus Berlin, die sich seit einiger Zeit sehr intensiv mit der Erforschung ihrer Familiengeschichte beschäftigt. Ihr Ur-Ur-Ur-Großvater war der Schlachtenmaler **Carl Rechlin** (1802–1875) aus Tempelhof bei Berlin. Frau Saß versucht aus allen zugänglichen Quellen seine Biografie für eine Publikation zu rekonstruieren und eine Werkübersicht zusammenzustellen. Und nun kommt unsere „Ostpreußische Familie“ ins Spiel, denn es geht um ein Rechlin-Gemälde, das sich in Königsberg befand. Es handelt sich um das Bild „Erstürmung des Grimmaischen Tores in Leipzig durch das Königsberger Landwehrbataillon“, das seit 1844 im Magistrats-Sitzungssaal des Kneiphöfischen Rathauses hing. Das Gemälde hatte dort seinen Ehrenplatz unter dem Brustbild Friedrich Wilhelm III. Wer kann Frau Saß Näheres zu diesem Gemälde und seiner Geschichte mitteilen? Wer verfügt über Aufnahmen des historischen Magistrats-Sitzungssaales, auf denen möglicherweise das Gemälde zu sehen ist? Ein weiteres Gemälde von Carl Rechlin hing vermutlich im Königsberger Schloss. Auch hier sucht Frau Saß nach Quellen und Kontaktpartnern. (Anna Saß, Petersburger Straße 25 in 10249 Berlin)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede *Bild: Pawlik*

Durch einen Artikel von **Manuela Rosenthal-Kappi** über den Königsberger Bildhauer **Johann Friedrich Reusch** angeregt, erinnert sich unser Leser **Winfried Eichstaedt** aus Brodersby an eine Figur von Reusch in seiner Schule, dem Wilhelmsgymnasium in Königsberg. An die Gemälde von **Steffeck** und **Neide** in der Aula, die Eingang in die Deutsche Kulturgeschichte des Ostens fanden, kann sich Herr Eichstaedt noch gut erinnern, nicht aber an die Figur von Reusch. Nun hat dieser Künstler, der Königsberg mit seinen Arbeiten so bereicherte, zwei Werke für das 1879 auf dem Hintertragheim eröffneten Gymnasium geschaffen: Eine Bronzebüste Kaiser Wilhelm I., die sich über dem Eingang zur Aula befand, und eine Marmorbüste des Direktors des Wilhelmgymnasiums, **Emil Grosse** – beide Büsten wurden beim Bombenangriff 1944 zerstört. Gibt es irgendwo noch Aufnahmen dieser Reusch-Büsten? (Winfried Eichstaedt, Drasberger Weg 10 in 24398 Brodersby, Telefon 04644/630.)

Auch kleine Wünsche bereiten große Freude, wenn sie erfüllt werden. Da wird mal wieder ein Poem gesucht, das vielleicht jemand aus unserem Familienkreis kennt – Fragezeichen deshalb, weil es mit Sicherheit in keinem Gedichtband steht. Es handelt sich um ein „Gebrauchsgedicht“, also ein Poem, das zu bestimmten Anlässen vorgetragen wird. Es stammt wohl aus einem Ratgeber für Hochzeitsfeiern, denn so hat es Frau **Ingrid Ewers** aus Büddenstedt in Erinnerung. Ihr Vater **Gustav Pentzek** trug es anlässlich der Hochzeit seiner Tochter **Eleonore** im Jahr 1973 vor. Als alte Frau verkleidet, deklamierte er diesen Glückwunsch, von dem Frau Ewers noch den Anfang in Erinnerung behalten hat: „Was sehen meine Augen denn soviel der Lichter und überall vergnügliche Gesichter! Ich glaube, hier geht etwas Seltenes vor …“ Da die Familie Pentzek aus Froniken Kreis Treuburg stammt, vermutet Frau Ewers, dass ihr Vater das Poem noch aus seiner Heimat kannte. Er verstarb leider schon drei Jahre nach der Hochzeit, so kann sie ihn leider nicht mehr befragen – aber unsere Familie. (Ingrid Ewers, Ringstraße 21 in 38372 Büddenstedt Kreis Helmstedt.)

Da die Wunschliste von Frau **Hannelore Müller** aus Löhne sehr umfangreich gewesen war und wir zuerst ihre wichtigsten Suchfragen in Folge 38 veröffentlichen konnten, bringen wir heute den noch ausstehenden Wunsch. Vor einigen Jahren las Frau Müller in einem Bericht über Königsberg von einem Gedicht, das sie sehr berührte. Es heißt „Die Toten von Königsberg“, geschrieben von Günter Hagner. Damals notierte sie sich nur Titel und Autor auf einen kleinen Zettel, der ihr nun bei der Durchsicht ihres Ostpreußen-Ordners in die Hände fiel. Sehr gerne würde sie das Gedicht, das nach dem Krieg entstanden ist und sicher bei Gedenkfeiern vorgetragen wurde, mit seinem vollen Text haben. Sie hofft, dass es sich in unserem Leserkreis finden lässt. (Hannelore Löhne, Kiefernweg 18 in 32584 Löhne.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Anderthalb Stunden für die Volksgruppe

Bundespräsident auf Festakt zur 200-Jahr-Feier der Universität Breslau – Kein Besuch am Siedlungsschwerpunkt in Oppeln

Der seit Jahren gehegte Wunsch vieler heimatverbliebener Oberschlesier, einen Präsidenten ihres deutschen Mutterlandes bei sich empfangen zu können, blieb unerfüllt. Dabei war Bundespräsident Christian Wulff (CDU) einmalig nah, und die Gelegenheit so günstig: Wulff würdigte am Dienstag vergangener Woche im niederschlesischen Breslau das 200-jährige Bestehen der dortigen Universität. In der wegen ihrer barocken Pracht berühmten Aula Leopoldina hielten Wulff und sein polnischer Amtskollege Bronislaw Komorowski die Festreden – unter einem großen polnischen Adler, der nach der Polonisierung der einst preußischen Hochschule an deren Stirnseite thront. Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, der aufgrund der Lemberger Bezüge der Universität eigentlich am Festakt hatte teilnehmen sollen, verpasste die Veranstaltung – sein Flugzeug konnte wegen Nebels nicht landen.

Präsident Komorowski stellte die Geschichte der durch Friedrich Wilhelm III. in neuer Form gegründeten Universität als „Symbol der geistigen Einheit“ Europas dar. Die Alma mater begreife mit ihrer internationalen Zusammenarbeit, in Sonderheit mit der Ukraine, „dass der geistige Reichtum Europas ohne die Länder Osteuropas nicht komplett ist“. Polen versteht sich als Anwalt einer baldigen Aufnahme seines südöstlichen Nachbarn in die Europäische Union.

»Man ist von den Deutschen doch nichts anderes gewöhnt«

Wulffs Ansprache, gewohnt geschichtspolitisch „korrekt“, hob ganz auf die grenzüberschreitende Kooperation in den natur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen sowie die Europäisierung von Lehre und Forschung ab. Nur mit historischem Hintergrundwissen war aus seiner Rede zu erschließen, dass die Breslauer Universität eine von einem deutschen Herrscher gegründete deutsche Hochschule in einer deutschen Stadt war. Stattdessen sprach der Bundespräsident nebulös von „vielfältigen Wurzeln“, welche die Einrichtung „zu einer großen polnischen Universität haben gedeihen lassen“.

Das Wiederaufleben der Universität nach dem Krieg verdanke sie „Professoren aus Lemberg“, das „im Sommer 1941 der Ort grausamer, unter deutschem Kommando verübter Massenmorde geworden war“. Dass der deutsche Lehrkörper enteignet, entrechtet und schließlich mit Gewalt vertrieben wurde und daher die eigene Wirkungsstätte nicht wieder in Betrieb nehmen konnte, sagte Wulff nicht. Für empfindliche polnische Ohren angenehm hingegen, wie der Gast aus Deutschland bereits im dritten Satz seiner Rede auf die Geschichte beider Länder zu sprechen kam, „deren dunkelste Seite aber Deutsche zu verantworten hatten“. Als „schmerzvolle Folge“ davon durften „nahezu alle deutschen Einwohner, die Breslau noch 1939 hatte, zehn Jahre später nicht mehr hier wohnen“, verniedlichte Wulff die Ausrottung des Deutschtums in der Stadt. Breslau profitiere „unermesslich“ von „Pluralität und dem Minderheitenschutz.“ Nach Recherchen der *PAZ* jedoch ist ein Studium in deutscher Sprache für die Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Schlesien nicht möglich und auch für die Zukunft nicht geplant.

Im Anschluss an den Festakt stattete Wulff den heimatverbliebenen Landsleuten einen anderthalbstündigen Besuch ab. Dort, bei der Begegnung mit etwa 30 handverlesenen Funktionären, darunter der einzige deutsche Sejm-Abgeordnete Richard Galla, am Sitz der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft (DSKG) in Breslau, bekannte Wulff, dass Breslau „700 Jahre eine deutsche Stadt“ gewesen war. Zum Geschenk erhielt der Gast ein Buch über die Geschichte Oberschlesiens – in polnischer Sprache.

„Die Tatsache, dass Wulff, dessen Programm von zwei auf einen Tag gekürzt wurde, ausgerechnet Oppeln nicht mehr besuchen konnte, lässt sich offiziell natürlich terminlich begründen“, kommentierte das (schlesische) „Wochenblatt“ die Stippvisite des Bundespräsidenten. „Dennoch bleibt ein Fragezeichen.“ Auf der Facebook-Seite des „Wochenblatts“ machten Leser noch am Abend des Besuchstages kein Hehl aus ihrer Enttäuschung. „Mit ein bisschen mehr Rückgrat wäre er nach Oberschlesien gekommen“, schrieb eine Nutzerin. Ein anderer: „Man ist von den Deutschen doch nichts anderes gewöhnt, devot und unpatriotisch zu sein. An dieser Stelle könnte man sich sogar von Polen eine Scheibe abschneiden. Polen tritt demonstrativ für die polnische Minderheit in Litauen ein. Oppeln wäre eine gute Wahl, aber man könnte vielleicht glauben, dass der Bundespräsident sich für die Deutschen einsetzt.“ Ein dritter verglich mit den Deutschlandbesuchen des türkischen Premiers Erdogan: „Wenn der nach Deutschland kommt, um seine Landsleute zu besuchen, dann findet das in der Köln-Arena statt und die Hütte ist voll. Was sehe ich hier? Eine eher stille Räumlichkeit, bloß nicht zuviel Außenwirkung.“ *CR*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Welz, Helene, geb. **Quedenau**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 4. Dezember

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kellotat, Anni, geb. **Schwedopp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 29. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Rudnik, Hilda, geb. **Rowlin**, aus Lyck, am 2. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hoffmann, Elfriede, geb. **Zimmermann**, aus Königsberg/Pr., am 28. November

Jegelka, Helene, geb. **Petrick**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 28. November

Prinzen, Ruth, aus Berlin und Tilsit, am 26. November

Samland, Erika, aus Königsberg, am 2. Dezember

Schmidt, Karl, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember

Schnabel, Ilse, geb. **Nickel**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt 29. November

Spei, Luise, geb. **Pyko**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 3. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dörper, Else, geb. **Kehler**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 30. November

Warnat, Siegfried, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 29. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jondral, Albert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Klingenberg, Ida, geb. **Schrage**, aus Miswalde, Kreis Mohrungen, am 29. November

Singer, Heinz, aus Ebenrode, am 4. Dezember

Wichmann, Walter, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 28. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Grigo, Kurt, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Klein, Fritz, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 28. November

Oswald, Elli, geb. **Jortzik**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bendszus, Lydia, geb. **Janz**, aus Neuschleuse, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Gleich, Bruno, aus Rautenberg, Kreis Elchniederung, am 29. November

Guse, Lisbeth, geb. **Bromberg**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

Hoffmann, Günther, aus Neidenburg, am 1. Dezember

Kapteina, Heinrich, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 28. November

Kreuter, Helene, geb. **Wolfhart**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 2. Dezember

Matz, Helene, geb. **Luckau**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 30. November

Patz, Herbert, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Sommerfeld, Erika, geb. **Kasprzyk**, aus Neidenburg, am 30. November

Wronski, Hildegard, geb. **Czichy**, aus Steinhof, Kreis Sensburg, am 28. November

Krämer, Hildegard, geb. **Gleich**, aus Rautenberg, Kreis Elchniederung, am 29. November

Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bancher, Ella, geb. **Gau**, aus Bieskobnicken, Kreis Samland, am 4. Dezember

Kanzler, Frieda, geb. **Kuschmierz**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Scheffler, Hans, aus Lichtenfeld, Kreis Heiligenbeil, am 3. Dezember

Weese, Gerda, geb. **Feyerabend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bielski, Otto, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Bucys, Marta, aus Ebenrode, am 30. November

Dahl, Meta, geb. **Wasilewski**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember

Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Gantz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Koch, Käte, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Konopka, Irmgard, geb. **Priebe**, aus Osterode, am 29. November

Langer, Frieda, geb. **Gropp**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 29. November

Martin, Grete, geb. **Zimelka**, aus Neidenburg-Schloßgut, Kreis Neidenburg, am 28. November

Riesner, Theresia, aus Neidenburg, am 1. Dezember

Rzadkowski, Margarete, geb. **Podscharly**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 29. November

Weitmann, Edith, geb. **Gabz**, aus Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Batschke, Manfred, aus Medenau, Kreis Samland, am 2. Dezember

Borrmann, Ernst, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember

Hartmann, Hildegard, geb. **Stacklies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Karpowski, Herbert, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. November

Kuhn, Erna, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 3. Dezember

Luttkus, Manfred, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 29. November

Pahlke, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 30. November

Radtke, Horst, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. Dezember

Reinhold, Ellengard, geb. **Jendschek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Richter, Ella, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

Roggon, Erika, geb. **Ruchatz**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Ruppel, Ruth, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. November

Seiler, Margarete, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Wilkop, Gerhard, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. November

Zirkel, Emma, geb. **Wiertelewski**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barsties, Ernst, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. November

Baumdick, Helmut, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. November

Beblowska, Helga, geb. **Näth**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 4. Dezember

Bürger, Günter, aus Ebenrode, am 29. November

Daron, Hans, aus Ermland, am 16. November

Dembski, Erich, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 30. November

Dittel, Liesbeth, geb. **Borutta**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 30. November

Ellenberg, Christel, geb. **Sampazewski**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember

Ellmer, Gerhard, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 30. November

Germer, Ursel, geb. **Czychon**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 28. November

Grischull, Walter, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 28. November

Gruber, Günther, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. November

Hauer, Anne-Marie, geb. **Struwe**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. November

Hauptmann, Martha, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. November

Heske, Gerhard, aus Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 3. Dezember

Horstmann, Ernst, aus Ebenrode, am 2. Dezember

Johansson, Erika, geb. **Hahn**, aus Lyck, am 28. November

Kleipödszus, Erika, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 28. November

Kondrotenkiene, Elzbeta, aus Erlenrode, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

Krannich, Waltraut, geb. **Rimkus**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Kruppa, Benno, aus Borken, Kreis Treuburg, am 28. November

Liebschner, Edith, aus Peyse, Kreis Samland, am 29. November

Milewski, Else, geb. **Skorzinski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Mitleger, Irmgard, geb. **Heyduck**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 30. November

Niklaus, Edeltraut, geb. **Schreiber**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Pech, Helene, geb. **Kaleschke**, aus Lyck, am 29. November

Penning, Erika, geb. **Gabka**, aus Treuburg, am 28. November

Radke, Ilse, geb. **Nowodrowski**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 28. November

Reimer, Else, geb. **Marquardt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember

Ruppel, Elfriede, geb. **Ruppel**, aus Bledau, Kreis Samland, am 3. Dezember

Schmidt, Renate, geb. **Füllhaas**, aus Treuburg, am 28. November

Sebastian, Helga, geb. **Schirmacher**, aus Lauterbach, Kreis Heiligenbeil, am 4. Dezember

Siwottek, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 2. Dezember

Sturz, Christel, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. November

Wassermann, Ingrid, geb. **Mucha**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Wietz, Charlotte, geb. **Budweg**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Wilkehl, Kurt, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 28. November



Piekert, Erich, aus Mollehnen, Kreis Samland, und Frau Anna-Maria, geb. **Domas**, aus Rudau, Kreis Samland, am 30. November



OSTHEIM BAD PYRMONT

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim Bad Pyrmont

Vom 19. Dezember 2011 bis 2. Januar 2012 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an.

Das Programm bietet abwechslungsreiche Angebote, bei denen jeder Gast etwas Schönes für sich finden kann: Morgendliches Singen, Gymnastik oder Dia-Meditationen nach dem Frühstück, kleine Wanderungen, einen ostpreußischen Filmabend sowie Basteln oder Lesungen. Höhepunkt wird die „Hausweihnacht" am Heiligen Abend sein und der gemeinsam begangene Jahreswechsel. Dazu gehören natürlich echt ostpreußische Küche und richtige Festessen zu den Feiertagen. Und Zeit zum Plachandern mit Landsleuten aus der Heimat gibt es „zwischen den Jahren" in Hülle und Fülle.

In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon: 05281/9361-0, Telefax: 05281/9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont

13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg

20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

27. Mai: Regionaltreffen Nordrhein-Westfalen, Ort wird noch bekannt gegeben

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest, voraussichtlich in Allenstein

23. bis 25. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont

26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 26. November, 21.15 Uhr, N24: Die 900 Tage von Leningrad.

Sonnabend, 26. November, 22.05 Uhr, N-TV: Kleopatra – Das tödliche Geheimnis.

Sonntag, 27. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 27. November, 12 Uhr, HR: Das Berliner Stadtschloss.

Sonntag, 27. November, 14.45 Uhr, Arte: Die Deutschen Ordensritter.

Sonntag, 27. November, 22.05 Uhr, N-TV: Mengeles Geheimnis.

Montag, 28. November, 20.15 Uhr, RBB: Abgezockt am Telefon.

Montag, 28. November, 22.10 Uhr, Arte: Im Atelier von Piet Mondrian. Künstlerporträt.

Dienstag, 29. November, 20.15 Uhr, Arte: Asbest. Tödlicher Staub.

Dienstag, 29. November, 22.25 Uhr, 3sat: Themennacht: 50 Jahre Contergan.

Mittwoch, 30. November, 20.15 Uhr, Arte: Von Garibaldi zu Berlusconi (1 + 2/2). Vor 150 Jahren wurde der italienische Staat gegründet.

Mittwoch, 30. November, 16 Uhr, Phoenix: Mythos VW.

Donnerstag, 1. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Die Welt auf einer Insel – Visionen für den Berliner Schlossplatz.

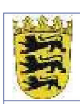
Donnerstag, 1. Dezember, 16.45 Uhr, 3sat: Eine Ruine wird zum Juwel – Das Neue Museum.

Donnerstag, 1. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Schätze des Islam. Museum für Islamische Kunst auf der Berliner Museumsinsel.

Donnerstag, 1. Dezember, 22.45 Uhr, RBB: Im Schatten des Gulag.

Freitag, 2. Dezember, 20.15 Uhr, Eins Plus: Die Küsten der Ostsee.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

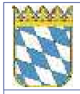


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 1. Dezember, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch. – Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr, am selben Ort: Die Gruppe lädt zur Adventsfeier ein.

Stuttgart – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Stuttgart, Marktplatz 1: Ostpreußische Vorweihnachtsfeier.

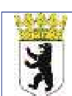


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

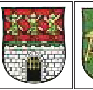
München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Sonntag, 4. Dezember, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Adventsfeier. Gäste sind herzlich willkommen.

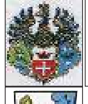


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Pillkallen / Schlossberg / Ebenrode – Dienstag, 6. Dezember, 13.30 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Heimattreffen. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg und Stallupönen/Ebenrode bei Frau Rieck, Telefon (030) 6596822 oder Herrn Kropp, Telefon (030) 3312590.



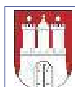


Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben: Heimattreffen. Auskunft erteilt Prof. Wolfang Schulz, Telefon (030) 2515995.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Holzhafen: Adventsfeier. Anmeldung unter Telefon (0471) 86176.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Montag, 28. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U 3, Station Rödingsmarkt): **Stunde der Begegnung** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

Referat Kultur – Sonnabend, 10. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562: „Adventsfeier Landesgruppe“. Die Veranstaltung beginnt mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel und gemeinsamem Singen mit dem Ostpreußenchor des Heimatlieds „Land der dunklen Wälder“. Anschließend wird der Chor mit seiner Dirigentin Hanna Guzinski die Teilnehmer weihnachtlich einstimmen. Nach der Kaffeepause gegen 15 Uhr beginnt dann ein heimatliches buntes Programm. Es werden Gedichte und Geschichten vorgetragen im Wechsel mit gemeinsamem Singen unter der Führung des Ostpreußenchores. Moderation und Leitung der Veranstaltung: Kulturreferent Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784. Saaleinlass ist bereits um 13 Uhr. Das Restaurant Rosengarten ist mit S- und U-Bahn, Station Ohlsdorf zu erreichen. Von dort sind es noch fünf Minuten Fußweg.

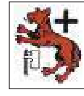
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

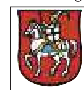
Hamburg/Harburg – Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr, St. Johannis-Kirche, Bremerstraße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt werden Probst Pollmann und Pastor Ludwig Fetingis aus Bliaiai, Litauen, halten. Im Anschluss lädt die Gruppe zum Gespräch im Gemeindesaal bei Kaffee und Gebäck ein. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen. Die Kirche ist mit der S-Bahn, Linien S 3 und S 31, Station Harburg Rathaus zu erreichen. Von dort sind es noch 10 Minuten Fußweg. Pkw-Stellplätze sind bei der Kirche vorhanden.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. November, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle“, Höpenstraße 88, 21217 Seevetal (Meckelfeld), Zufahrt mit Buslinie 443 bis Haltestelle „Waldquelle“: Videofilm mit Vortrag über die preußischen Könige von 1701 bis 1871. – Montag, 12. Dezember, 15 Uhr am selben Ort: Herzliche Einladung zur Vorweihnachtsfeier mit dem Ostpreußenchor.

KREISGRUPPE



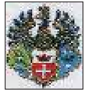
Heiligenbeil – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg: Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Die Gruppe will gemeinsam, am ersten Sonnabend vor dem ersten Advent, mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem heutigen Königsberg auf das Weihnachtsfest einstimmen. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer Kirche bis Bauerberg erreicht werden. Von dort sind es noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen betragen 5 Euro. Anmeldungen bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis Freitag, 25. November.



Osterode – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahn-Bahnhof Ohlsdorf: Weihnachtsfeier der Gruppe. Die Feier beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung. Gerne können Julklapp-Päckchen mitgebracht werden. Bitte daran denken, dass man auch Verwandte und Freunde mitbringen kann. Über Anmeldungen freut sich das Ehepaar Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Elchniederung – Mittwoch, 30. November, 14 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe Bahnhof Ohlsdorf: Vorweihnachtlicher Nachmittag. Lokal und Uhrzeit sind neu. Die Gruppe möchte mit Musik, Liedern, Gedichten zur Jahreszeit und Vorträgen den Advent feiern. Der Eintritt ist frei, aber ein Päckchen für den Julklapp ist mitzubringen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Königsberg – Donnerstag, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 62/U-Bahnhof Ohlsdorf: Vorweihnachtliches Beisammensein. Die Teilnehmer dürfen sich auf Ruth Geede freuen. Gerta wird die Gruppe beim Singen mit ihrer Gitarre begleiten. Anmeldung, falls noch nicht erfolgt, bis zum 28. November bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076. Bitte eventuell noch fehlende Mitgliedsbeiträge mitbringen. Danke.



Gumbinnen – Sonnabend, 3. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Adventfeier. Bei Kaffee und Kuchen werden die Teilnehmer gemeinsam Weihnachtslieder singen. Herr Schiedat wird über Dichtung und Geschichten der Toni Schawaller, Heimatdichterin aus Gumbinnen, berichten. Das Haus der Heimat ist zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt, danach noch rund 6 Minuten Fußweg in Blickrichtung Michaeliskirche. Bei Rückfragen steht Edelgard Gassewitz unter der Telefonnummer: (040) 58951060 zu Verfügung.

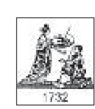


Insterburg – Mittwoch, 7. Dezember, 12 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Insterburger Heimatgruppe. „Mit dem 1. Advent beginnt die Vorweihnachtszeit. Wir stimmen uns mit weihnachtlichen Liedern und Gedichten auf das bevorstehende Weihnachtsfest ein.“ Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Rückfragen bei Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585, manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Adventsfeier. Anmeldung bis zum 3. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767.

SALZBURGER VEREIN



Landesgruppe Hamburg/ Schleswig-Holstein/ Niedersachsen – Sonnabend, 3. Dezember, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41: Advent-Treffen. Die Gruppe lädt herzlich zu folgendem Programm ein: Aktivitäten des Salzburger Vereins 2011 – Jahresrückblick, ostpreußische Texte und Lieder in der Vorweihnacht. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Zum Erntedankfest konnten die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Leitner im Kranichsteiner Bürgerhaus am See den Weiterstädter Seniorensingkreis unter der Leitung von Else Herzberger begrüßen. Zum Auftakt sang er das Lied „Liebe das Leben“ mit der Begleitung durch Kurt Ripper (Akkordeon), Ruth Wille (Gitarre) und Inge Wenchel (Keyboard). Waltraud Barth und Gisela Keller hatten den Saal mit Blumen, Kürbissen, Ähren, Walnüssen und anderen Früchten festlich dekoriert. Schröder berichtete, dass der masurische Schriftsteller Siegfried Lenz („So zärtlich war Suleyken“, 1955; „Deutschstunde“ 1968; „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ 1976, u. v. a.) zu seinem 85. Geburtstag von seiner Geburtsstadt Lyck (Elk) in einer Feierstunde zum Ehrenbürger ernannt wurde. In der Nachkriegsgeschichte der Stadt wurde diese Würde zum ersten Mal vergeben. Leitner erzählte, dass auch Arno Surminski, 1934 in Rastenburg geboren, die Ehrenbürgerwürde der dortigen Deutschen Gesellschaft angetragen wurde. Sie wurde bei einer Lesung in Allenstein durch den Sejmik-Vorsitzenden in der Universität Ermland-Masuren verliehen. Der in Tilsit geborene Schauspieler, Maler und Musiker Armin Müller-Stahl wurde im letzten Jahr mit einer Ausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum von Tilsit (Sowjetsk) geehrt. Jetzt hat ihn der Stadtrat auch zum Ehrenbürger ernannt. Ein Zeichen mehr, dass sich die Russische Föderation der deutschen Vergangenheit in Ostpreußen nicht mehr verschließt. – Schröder erinnerte ferner daran, dass vor 150 Jahren im Oktober 1861 Wilhelm I. zum König von Preußen gekrönt wurde. In Tilsit sei eine zweite Brücke über die Memel gebaut worden. An der EU-Außengrenze sei dies eine wesentliche Entlastung im Verkehr. In Königsberg ist auf dem Gelände des Deutsch-Russischen Hauses zum 70. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen ein Denkmal errichtet worden.– Gerhard Turowski stellte die Fragen: Scheitert der Euro? Scheitert Europa? Anni Oest grüßte alle, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Ein Stückchen Brot“. Der Singkreis intonierte „Zogen einst fünf wilde Schwäne“. Schröder berichtete: „Wir wissen, was ein Stückchen Brot bedeutet.“ Er hatte als Kind die unmittelbare Nachkriegszeit in Königsberg erlebt. Gisela Keller las ein Gedicht über das Landbrot Masurens. Christiane Mertz erinnerte, dass wir dankbar für Essen und Trinken sein sollten. Denn heute sei vielfach und besonders bei der jungen Generation die Ehrfurcht vor dem Brot verloren gegangen. Dieter Leitner erzählte von seiner Internierungszeit in Dänemark. Man musste dort nicht hungern, aber es gab nur das klitschige „Sichtebröd“. Nach der Entlassung ging er mit seiner Mutter oft auf die abgeernteten Felder, um besonders Roggenähren zu sammeln (und Kartoffeln zu „stoppeln“). Schröder las das Gedicht „Brot“ von Agnes Miegel: „Ich halte dich andächtig an der Hand.“ Zwischendurch konnten die Besucher noch mehrmals herbstliche und landsmannschaftliche Lieder des Singkreises hören. Zum Abschluss sang man gemeinsam „Wo die Ostseewellen trekken an den Strand.“ Die Sängerinnen und Musiker erhielten herzlichen Beifall.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Neu-Kranichstein: Vorweihnachtliche Feier nach der Kaffeetafel, bei der frohe und besinnliche Stunden verlebt werden sollen. Wie alljährlich wird gesungen und musiziert. Auch Gedichte und kleine Geschichten werden zu Gehör gebracht. Die Gruppe freut sich über jeden, der hierzu etwas beitragen kann.

Frankfurt – Zum Thema „Streiflichter durch Ostpreußen“ fand am 15. November wieder eine kulturelle, informative Veranstaltung im Haus der Heimat in Frankfurt statt. Vergangenheit und Gegenwart standen im Fokus des Nachmittags. Kulturelles Erbe bewahren und das hierzu gehörende Wissen verbreiten, legte die Vorsitzende Gerlinde Groß den Anwesenden ans Herz. Als Teil dieses kulturellen Erbes wurde die Frage gestellt: „Wo ist unsere Mundart geblieben?“ Die Vorsitzende wusste Einiges darüber zu sagen. Über ein sehr ergreifendes Thema: „Die ungewisse Herkunft. Königsberger Waisenkinder berichten von 1945 bis heute“, erzählten Frau Hannelore Neumann und Herr Gerhard Schröder aus ihrem Leben. Über diese unschuldigsten Opfer einer barbarischen Zeit mit ihren Auswirkungen, deren seelische Schäden ein Leben lang gegenwärtig sind, ist in unserer Gesellschaft viel zu wenig bekannt und es kommt zuweilen der Eindruck auf, dass diese Opfer unerwünscht sind und das Thema lieber unter den Teppich der Geschichte gekehrt wird. Mit der Erzählung „Schatzkasten der Erinnerung“, Begebenheiten aus den Familien, setzte sich das Programm fort. Die musikalische Umrahmung mit Klavier, Gitarre und Gesang gestaltete Frau Meike Bohn. Mit dem Singen des Ostpreußenliedes ging ein schöner Nachmittag viel zu schnell vorbei.

Kassel – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg: Advents- und Vorweihnachtsfeier mit Dorothea Deyß und ihren Sängern sowie Pfarrer i. R. Scherlies.

Wetzlar – Sonntag, 27. November, 15.30 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Adventsfeier des Kreisverbands. – Fast zwei Jahrzehnte hat Hans-Werner Rautenberg mit seinen Vorträgen im hessischen Landesverband die Geschichte Deutschlands und Polens erhellt. Bis zu seinem Tod vor fast zwei Jahren war der Historiker und Ostmitteleuropa-Experte vom Herder-Institut in Marburg wiederholt mit Vorträgen auch Gast im Wetzlarer Kreisverband. Dieser hat jetzt sein Novembertreffen dem Gedenken an den Fachmann gewidmet. Dessen früherer Institutskollege Dr. Peter Wörster berichtete vor über 30 Besuchern, darunter die Witwe des Verstorbenen und dessen Tochter, über Rautenbergs Leben und Werk. In Preußisch Holland 1938 geboren, habe Rautenberg und seine Familie bei Kriegsende das Schicksal unzähliger Landsleute ereilt. Sein Vater sei als Kriegsgefangener bis 1954 in sowjetischer Haft festgehalten worden, während seine Mutter von Russen nach Sibirien verschleppt worden sei. Nach der Ausweisung aus Ostpreußen sei seine Großmutter, die sich seiner und seines Bruders angenommen habe, auf dem Transport nach Westdeutschland gestorben. In Oldenburg habe die Familie schließlich wieder zusammengefunden. Nach seiner Bundeswehrzeit, so schilderte Wörster den weiteren Verlauf von Rautenbergs Leben, habe der Reserveoffizier im westfälischen Münster ein breit angelegtes Studium mit den Fächern Geschichte, Germanistik, Philosophie und Pädagogik begonnen. Schließlich habe sich Rautenberg aber mit einer Doktorarbeit über „Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung“ ganz der Geschichte Deutschlands und Polens zugewandt. Mit zahlreichen Publikationen habe er bei deutschen und polnischen Fachkollegen gleichermaßen Anerkennung gefunden. In seinen Arbeiten und Vorträgen habe Rautenberg „nie das ihm und seinen Schicksalsgefährten zugefügte Unrecht Recht genannt“, betonte Wörster. Aus seinem persönlichen Erlebnis der Vertreibung habe er vielmehr „die Verpflichtung abgeleitet, auf den polnischen Nachbarn zuzugehen, das Gespräch mit ihm zu suchen, um so zu einem von gegenseitiger Achtung geprägten, zukunftsorientierten Zusammenwirken zu gelangen“.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 9. bis Sonnabend, 10. Dezember: Weihnachtsmarkt auf dem Bux-

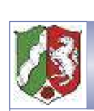
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

tehuder Petriplatz mit der Ostpreußenhütte.

Rinteln – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Treffen der Gruppe. Bei dieser Veranstaltung geht es hauptsächlich um die Vorbereitung der im kommenden Monat stattfindenden Jahreshauptversammlung. Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 30 71 oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 53 86. – **Reise nach Ostpreußen** – Für Mai 2012 ist eine zehntägige Busreise mit Professor Heinz Schürmann und Joachim Rebuschat geplant: Königsberger Provinz – Entdeckungen und Begegnungen abseits touristischer Haupttrouten. Kleine Städte, vergessene Dörfer, alte Gutshöfe, verfallene und erneuerte Kirchen, lauschige Alleen und Spurensuche in der historischen Landschaft der „dunklen Wälder" sind Ziele dieser außergewöhnlichen Reise ins nördliche Ostpreußen: Rauschen, Gilge / Kurisches Haff, Pobethen, Pillau / Frisches Haff, Königsberg, Insterburg, Gumbinnen, Parnehnen, Tapiau, Friedland, Gerdauen, Breitenstein / Kraupischken, Ragnit, Tilsit, Trakehnen, Rominter Heide, Tollmingen / Tollmingkehmen. Weitere Informationen bei Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 53 86.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Sonntag, 4. Dezember, 15.30 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74: Adventliche Stunde in der Landsmannschaft Ostpreußen, mit Kaffeetrinken, gemeinsamem Singen, dem Besuch des Weihnachtsmannes, kurz mit Besinnlichkeit und Gemütlichkeit. Kommen auch Sie und lassen Sie die Gruppe nicht allein! Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen.

Auch im Internet: »Glückwünsche« und Heimatarbeit«

Düren – Montag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Holzstraße 7A: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Freitag, 9. Dezember, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Treffen der Gruppe. – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, GHH / Eichendorffsaal: Adventsfeier der Memelland-Gruppe. – Sonnabend, 10. Dezember, 18 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 75 (schräg gegenüber Finanzamt Nord): Adventsgottesdienst für alle Landsmannschaften mit der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. Nach dem Gottesdienst stehen Imbiss- und Getränkestände im Kirchenbereich zur Verfügung. Ab 19.30 Uhr: Bläsermusik vom Kirchturm, anschließend gemütliches Beisammensein im nahegelegenen Restaurant „Pasta & Basta".

Ennepetal – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, „Rosine": Weihnachtsfeier der Ostpreußen. – Donnerstag, 15. Dezember, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Gulaschsuppe, belegten Broten, Kaffee und Kuchen. Es wird um rege Teilnahme gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Essen – Freitag, 9. Dezember: Traditionelle Advents- und Weihnachtsfeier.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Mülheim a.d. Ruhr – Dienstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Handelshof: Vorweihnachtsfeier mit Geschichten und Liedern zur Weihnachtszeit.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 3. Dezember, 14.30 Uhr, „Dülkener Hof", Lange Straße 54: Weihnachtsfeier. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt (4 Euro pro Gedeck). Ein geistliches Wort zur Weihnachtszeit wird Herr Pfarrer i. R. Roland Tendyck an die Teilnehmer richten. Gäste sind bei uns immer herzlich willkommen!



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt: Treffen der Gruppe zur Adventsfeier. Mit weihnachtlichen Vorträgen und Weihnachtsliedern wird bei Kaffee und Kuchen die besinnliche Jahreszeit eingeläutet.

Mainz – Donnerstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestube der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

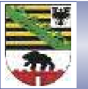
Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr, Saal der Neustadter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26 (Erdgeschoss): Vorweihnachtliche Feier. Die Pianistin Christel Ochsenreiter und der Tenor Erich Lehmke werden die Feier in bewährter Weise musikalisch mitgestalten. Kuchenspenden können auch vormittags zwischen 10 und 10.30 Uhr abgegeben werden.



SAARLAND

Vors.: N. N. Stellvertretende Vors.: Helga Bettinger, Biehler Hof, 66606 Ottweiler-Fürth

Landesgruppe – Sonntag, 11. Dezember: Weihnachtsfeier.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 12. Dezember, 14 Uhr, Jugend-, Kultur- und Seniorenfreizeitzentrum Krötenhof, Wasserstadt 50, 06844 Dessau-Roßlau: Weihnachtsfeier.

Magdeburg – Freitag, 9. Dezember, 15 Uhr, TUS: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfeier. – Dienstag, 13. Dezember, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Fehmarn – Das traditionelle Königsberger-Klops-Essen der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig war auch in diesem Jahr ein voller Erfolg. Vor 26 Jahren von Ilse Meiske ins Leben gerufen, davon 23 Mal im „Hotel Wisser". 90 Mitglieder und Gäste waren erschienen, um ein paar schöne Stunden im Kreise der Gruppe zu verbringen. Als Gäste begrüßte der Vorsitzende Jochen Gawehns den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten der Landsmannschaft Ostpreußen, Edmund Ferner, den Kreisvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen, Edwin Falk, aus Eutin sowie die Vorsitzenden von Vereinen und Verbänden mit ihren Vorstandsmitgliedern. Zur musikalischen Unterhaltung des Abends spielte Burkhard Donath auf dem Keyboard, aber auch die Mundart der Landsmannschaft kam nicht zu kurz. Ingelore Spaeht und Ina Naujok sorgten mit einem kleinen Sketch für Unterhaltung, Hans Grunst mit kleinen lustigen Geschichten und Walter Meß in fehmaraner Mundart. Mit dem Fehmarn- und Ostpreußenlied endete der stimmungsvolle Abend.

Flensburg – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr: Adventskaffee. Gemütliches Beisammensein, Lieder, Vorlesungen und Musik. Anmeldungen bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

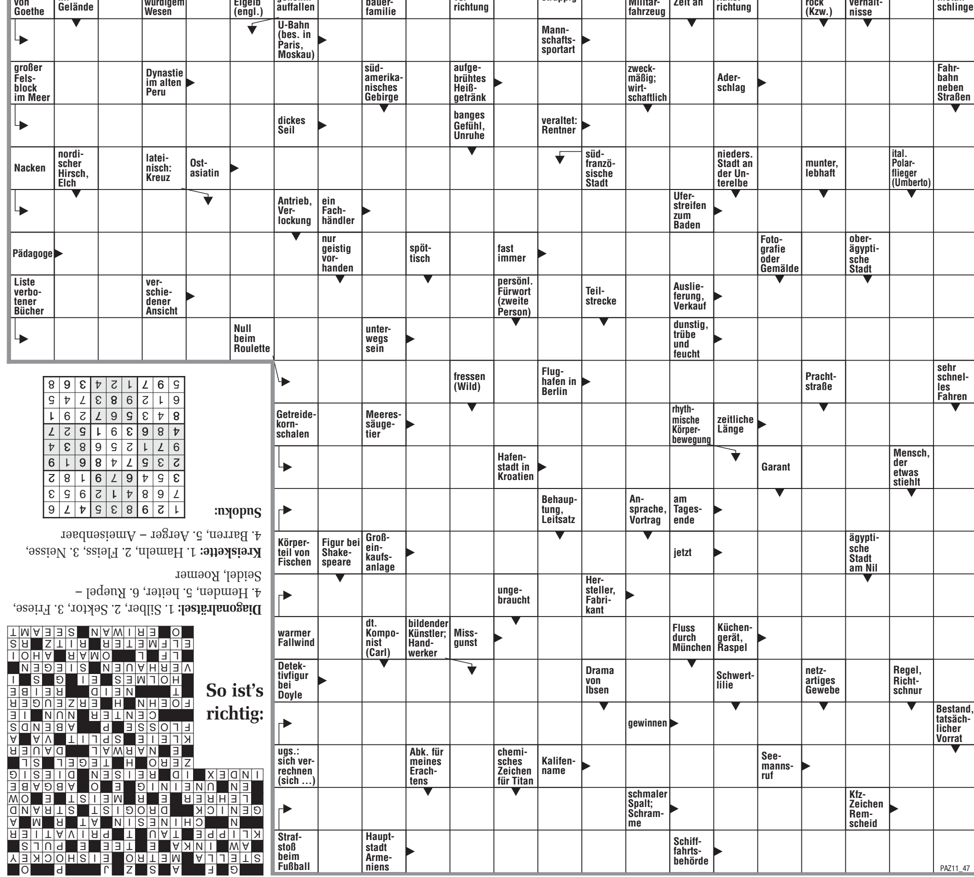
Neumünster – Samstag, 3. Dezember, ab 15 Uhr, Stadthalle – Galerie: Adventsfeier. Im Rahmen der Feierstunde ehrt die Gruppe wieder ihre langjährigen und treuen Mitglieder. Anmeldungen bitte bis Montag, den 28. November, unter Telefon (04321) 82341. – Zur Monatsversammlung im November traf sich die Kreisgruppe Neumünster der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen zum Thema: Roter Knopf für alle Fälle. In Würde altern – wer wünscht sich das nicht? Zuhause wohnen, selbstständig bleiben, aktiv am Leben teilnehmen, eben gesund bleiben, so lange wie möglich. Doch dann? Wenn es ein Mensch alleine nicht mehr schafft, erkrankt oder gepflegt werden muss, dann ist er auf Hilfe angewiesen. Doch wer hilft? Was ist zu tun, welche Alternativen hat man und nicht zuletzt – was kostet wie viel? Es gibt genug Einrichtungen, an die man sich wenden und beraten lassen kann. Zwei Pflegedienstvertreterinnen der Diakonie Neumünster haben ausführlich über Teilpflege im Haus, Pflegeversicherung, Kosten, Krankenkasse und Zuzahlung, Pflegestufe, Anträge und Seniorenbegleitung gesprochen. Fragen über Fragen, die alle zufriedenstellend und ausführlich beantwortet wurden. Die Gruppe dankte den beiden Vortragenden und beendete den Nachmittag mit dem Ostpreußenlied.

Pinneberg – Sonnabend, 10. Dezember, 15 Uhr: Adventsfeier.

PRUSSIA

Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Heimatkunde Ost- und Westpreußens e. V. lädt für Sonnabend, 3. Dezember 2011 zu einer Vortragsveranstaltung im „Museum Stadt Königsberg" in Duisburg, Karmelplatz 5, ein.

Dabei besteht die Gelegenheit das „Museum Stadt Königsberg" mit seiner Dauerausstellung „Königsberg – Geschichte und Kultur einer europäischen Metropole" sowie die gegenwärtige Wechselausstellung „Krönungen in Königsberg – 1701 und 1861" zu besichtigen. Ab 11 Uhr wird Prof. Oskar Gottlieb Blarr aus Düsseldorf zum Thema „Persönliche Anmerkungen zu Copernicus – Deutsche und Polen betreffend" referieren. Um 14 Uhr wird Dr. Walter T. Rix (Lindhöft) über den „Wiederaufbau Königsbergs – Betonplatten, Glaspaläste oder Phönix aus der Asche" sprechen.

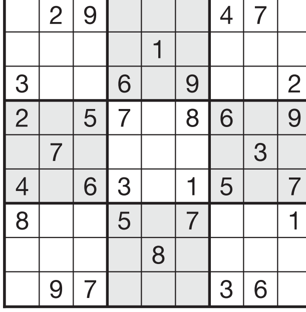


Sudoku

	2	9				4	7	
				1				
3			6		9			2
2		5	7		8	6		9
	7						3	
4		6	3		1	5		7
8			5		7			1
				8				
	9	7				3	6	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



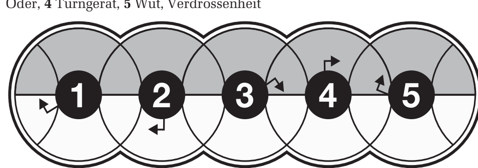
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Trinkgefäße.

1 Edelmetall
2 Bereich, Gebietsteil
3 Westgermane
4 Wäschestück (Mehrzahl)
5 sonnig, wolkenlos und hell
6 flegelhafter Mensch

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein südamerik. Säugetier mit röhrenförmiger Schnauze.

1 Rattenfängerstadt im Weserbergland, 2 Strebsamkeit, 3 zwei Nebenflüsse der Oder, 4 Turngerät, 5 Wut, Verdrossenheit



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Die Heimatgruppe der Insterburger in Darmstadt lädt zum vorweihnachtlichen Treffen mit Angehörigen und Freunden herzlich ein. Gäste sind willkommen. Die Heimatgruppe trifft sich in diesem Jahr am **3. Advent-Sonntag**, dem **11. Dezember** in **64390 Erzhausen**, im Bürgerhaus, kleiner Saal, Rodenseestraße 5. Parkplätze sind vorhanden. 11 Uhr Saal-Einlass, 12 Uhr Gelegenheit zum gemeinsamen Mittagessen, 13 Uhr Eröffnung und Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden, daran anschließend kirchliche Andacht mit stillem Gedenken der verstorbenen Landsleute, 14 Uhr Kinder- und Jugendchor der Katholischen Kirche Egelsbach-Erzhausen, anschließend Kaffeetrinken mit gespendeten Kuchen, Plachandern und Schabbern bis zum Aufbruch. Die Kreisgemeinschaft freut sich auf Ihren Besuch.



KÖNIGSBERG-STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Busreise nach Königsberg vom 26. Juli bis 4. August 2012 – Eine zehntägige Busreise nach Königsberg mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Gromada-Rodło. Weiterfahrt nach Braunsberg, da kommt die russische Reiseleiterin Nadja zur Abfertigung. Weiter zum Hotel Kaliningrad, da bleiben die Teilnehmer 7 Nächte. Am ersten Tag findet eine Tagesfahrt nach Pillau statt. Die nächsten Tage geht es nach Arnau-Waldau-Heiligenwalde, dann nach Tilsit-Insterburg-Gestüt Georgenburg. Der 31. Juli steht zur freien Verfügung. Am 1. August geht es nach Rauschen über Palmnicken, am 2. August zur Kurischen Nehrung. Am 3. August fährt die Gruppe dann zur Grenze Braunsberg in Richtung Stettin, dort ist eine Übernachtung im Hotel Panorama vorgesehen. Am 4. August fährt die Reisegruppe nach Deutschland zurück. Programmänderung vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm erhalten Sie bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



WEHLAU

Kreisvertreter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden. Telefon (0611) 50 50 98 40, Fax (0611) 50 50 98 41, E-Mail: Werner.schimkat@wehlau.net. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen 2011 und Neuwahl der Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft Wehlau e. V. – Das Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft fand in diesem Jahr erneut im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf statt. Alle Räumlichkeiten und der komplette Service des Parkhotel-Teams standen zur Verfügung. Letztmalig lag die Organisation in den Händen von Otto Daniel, der aus Gesundheits- und Altersgründen seine Arbeit in der Kreisvertretung und dessen Vorstand damit beendete. Mit herzlichen Worten dankte ihm der Kreisvertreter für die langjährige erfolgreiche Arbeit. Das Kreistreffen hatte, wie immer, ein abwechslungsreiches Programm. Die Informations- und Verkaufsstände standen wieder zur Verfügung. Die Dokumentationen über die Heimatorte, das Bildarchiv mit alten und neuen Bildern sowie die Heimatkreisdatei wurden von vielen Teilnehmern genutzt, um Erinnerungen aufzufrischen oder sich zu informieren. Robert Thorn und Wolfgang Mehnert sorgten für dezente Musik und die Möglichkeit, je nach Lust und Konstitution zu tanzen. Höhepunkte waren die Auftritte des Schauspielers Herbert Tennigkeit zum Thema „Heiteres und Besinnliches aus Ostpreußen“, des Sängers Bernd Stein mit den musikalischen Erinnerungen an die ostpreußische Heimat, des Shanty-Chores aus Nendorf und des Handglockenchores Wiedensahl. Bestandteil des Treffens war auch die Wahl der neuen Kreisvertretung. Die Wahl erfolgte durch Briefwahl oder durch die anwesenden Mitglieder während des Hauptkreistreffens. Nach Auszählung der Stimmen berichtete der Wahlausschuss noch vor Ort über das Wahlergebnis. Für die 13 Kandidaten wurden insgesamt 1522 Stimmen abgegeben. Die abgegebenen Stimmen verteilen sich auf die Bewerber wie folgt: Schlisio, Harry, 140 Stimmen; Schlender, Hans, 134 Stimmen; Schimkat, Werner, 126 Stimmen; Weber, Claudia, 122 Stimmen; Koch, Uwe, 119 Stimmen; Gohlke, Gerd, 116 Stimmen; Fellbrich, Helmut, 115 Stimmen; Eggert, Hauke-Herrmann, 113 Stimmen; Heinrich, Ronald, 113 Stimmen; Kenzler, Heinrich, 107 Stimmen; Eigenbrod, Ingrid, 106 Stimmen; Kenzler, Sieglinde, 106 Stimmen; Comteße, Hanna, 105 Stimmen. Damit sind alle 13 Kandidaten in die neue Kreisvertretung gewählt. Die Feierstunde am Sonntag mit feierlicher Musik, Totenehrung, Festrede und dem Ostpreußenlied sorgten am letzten Tag des Treffens für einen würdigen Rahmen. Mit einem gemeinsamen Erbsensuppenessen wurde die Veranstaltung abgeschlossen. Insgesamt war das Hauptkreistreffen wieder eine gelungene Veranstaltung. Anzumerken ist jedoch, dass die Teilnehmerzahl von Landsleuten der Erlebnisgeneration an dieser jährlichen Veranstaltung aus Altersgründen spürbar abnimmt. Immerhin wurden noch etwa hundert Teilnehmer registriert. Die Nachfolgegenerationen der Vertriebenen sind in der Vergangenheit leider zu wenig in die Heimatarbeit integriert worden. Das macht sich jetzt in der Kreisgemeinschaft bitter bemerkbar und ist leider kaum oder nur mit außerordentlich großen Anstrengungen zu korrigieren. – **Erste Sitzung der neu gewählten Kreisvertretung und Wahl des Vorstandes** – In der ersten Sitzung der neugewählten Kreisvertretung am 8.und 9. Oktober in Bassum wurde der Vorstand gewählt und dessen Aufgaben neu festgelegt. Dem neuen Vorstand gehören an: Werner Schimkat (Vorsitzender / Kreisvertreter, Verantwortlicher für den Internetauftritt), Gerd Gohlke (1. Stellvertreter, Verbindungsmann zu den Patenschaftsträgern, Betreuer des Heimatmuseums), Hans Schlender (2. Stellvertreter, Schatzmeister, Heimatbriefredakteur und Heimatkreisdatei), Uwe Koch (Beisitzer und Verantwortlicher für die Organisation von Heimattreffen), Ingrid Eigenbrod (Beisitzerin und Mitarbeiterin für Heimatkreisdatei und Heimatbücher). Die Aufgaben der übrigen Mitglieder der Kreisvertretung und weiterer Mitarbeiter der Kreisgemeinschaft bleiben im Wesentlichen unverändert. Im Verlauf der Sitzung standen außerdem das Resümee der Arbeit im vergangenen Jahr, die gegenwärtige finanzielle Situation der Kreisgemeinschaft sowie künftige Schwerpunkte der Tätigkeit der Kreisvertretung und die nächsten konkreten Maßnahmen im Mittelpunkt der Beratung. Die wichtigsten Veranstaltungen im kommenden Jahr werden das Hauptkreistreffen in Hoya am 15./16. September 2012 in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Hoya und dem Förderverein zum Erhalt der Allenburger Kirche, die Beteiligung an regionalen Ostpreußentreffen sowie die Teilnahme an der Aktiba 2012-Regionalmesse in Bassum vom 20. bis 23. April 2012 sein. Auch weitere Projekte zu kommenden historischen Gedenkereignissen in den Jahren 2012 bis 2015 wurden erörtert. Die schon seit Jahren laufenden Aktivitäten hinsichtlich Schüleraustausch und Schulpatenschaften sollen fortgesetzt werden. Konstruktive Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Finanzlage sowie zur Sicherung der mittel- und längerfristigen Perspektive der Kreisgemeinschaft unter Berück-sichtigung des Mitgliederschwundes aus Altersgründen konnten in dieser Sitzung leider noch nicht erarbeitet werden.

Nicht geächtet

Eckpunktepapier relativiert Vertreibung

Das vom Direktor der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Manfred Kittel, vorgelegte „Eckpunktepapier“ ist inzwischen vom Stiftungsrat, dem auch Vertreter der Vertriebenen angehören, als „Beratungsgrundlage“ begrüßt worden und soll demnächst nach Beratung von ihm verabschiedet werden. Im Hinblick auf diese Beratungen soll hier auf einige grundsätzliche Schwächen des Papiers hingewiesen werden.

Der mit einer künftigen Dauerausstellung über Flucht und Vertreibung verbundenen Zielsetzung, „Vertreibung als gewalttätiges Instrument und als Unrecht zu jeder Zeit und an jedem Ort zu ächten“, kann selbstverständlich nicht widersprochen werden. Wenn jedoch das Thema im Hinblick auf „das Schicksal von 60 bis 80 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen“ thematisiert werden soll, „die aufgrund von Kriegen und Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Europa ihre Heimat verloren haben“ und die Vertreibung der Deutschen „in der Folge der nationalsozialistischen Politik“ betrachtet wird, dann stellt sich die Frage, ob unter diesen politisch vorgegebenen Voraussetzungen und bei diesem Ansatz die Vertreibung der Deutschen eine angemessene Darstellung finden kann.

Für Vertreibung ein Hintertürchen offen

Der historische Rahmen, in den Vertreibungen gestellt werden, ist verhältnismäßig weit gespannt. Die „Eckpunkte“ gehen im Anschluss an den gesetzlichen Auftrag davon aus, dass die Vertreibung der Deutschen „in der Folge der nationalsozialistischen Politik“ zu betrachten sei. Es handelt sich hier um einen fragwürdigen Gesichtspunkt. Zum einen lässt sich das so verstehen, dass jene Politik ursächlich für die Vertreibungen der Deutschen war. Eine solche Aussage ist aber in Bezug auf geschichtliche Handlungen nur mit Einschränkungen anzuerkennen. Solche Handlungen haben jedenfalls keine Ursachen in dem Sinne, in dem wir Ursachen bei natürlichen Vorgängen feststellen. Sie sind durch bestimmte Situationen veranlasst, aber die eigentliche Entscheidung zum Handeln wird dadurch noch nicht zwingend bestimmt. Diese hat letztlich ihre Grundlage in bestimmten Bestrebungen und Zielsetzungen der Handelnden. Dieser Sachverhalt wird durch die Aussage, die Vertreibung der Deutschen sei eine „Folge der nationalsozialistischen Politik“ gewesen, gänzlich verdeckt. Zutreffend muss vielmehr gesagt werden, dass die nationalsozialistische Politik und damit verbundene Verbrechen nur Anlass für die Vertreibung, die eigentlichen Beweggründe jedoch anderer Art waren.

Soll jene Aussage dann zum anderen in dem Sinne verstanden werden, dass die Vertreibung der Deutschen durch die vorhergegangene nationalsozialistische Politik gerechtfertigt ist, dann liegt darin ein Widerspruch zu dem allgemein anerkannten Grundsatz, dass vorhergehendes Unrecht nicht die Begehung neuen Unrechts rechtfertigt.

Damit wird deutlich, dass die Konzeption der Dauerausstellung bei den gesetzlichen Vorgaben und den daran ausgerichteten Eckpunkten das Ziel einer Ächtung von Vertreibungen kaum erreichen kann. Dazu bedarf es einer moralisch-rechtlichen Be- und Verurteilung, die aber durch die Darstellung der Vertreibung der Deutschen als Folge nationalsozialistischen Unrechts nicht erreicht wird.

Den deutschen Vertriebenen kann eine solche Dauerausstellung kaum Genugtuung bringen. Eine angemessene pragmatische Geschichtsdarstellung von Vertreibungen hätte den vielseitigen sowie wechselseitigen Unrechtszusammenhang der in dieses Geschehen verwickelten Staaten aufzuzeigen, wenn sie diese Vertreibungen wirksam ächten wollte. Das kann nur eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung leisten, die sich keinen geschichtspolitischen Vorgaben unterwirft.

Für den Vorstand der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
Jürgen Zauner, Ulrich Penski, Arnold Schumacher, Klaus-Arno Lemke, Ehrenfried Mathiak (Ehrenvorsitzender), Wilhelm Kreuer

Die »Unaussprechlichen« im Museum

Eine Ausstellung und eine Publikation zur Kulturgeschichte der Unterwäsche – Rückblick auf 200 Jahre

Jahrhundertelang war sie kein Thema. Schamhaft verschwieg man sie. Heute hat die Unterwäsche sogar ihren Weg ins Museum gefunden.

Darüber spricht man nicht. Peinlichkeiten haben lange verhindert, dass Leibwäsche in die Textilsammlungen der Museen aufgenommen, geschweige denn ausgestellt wurde. Das Altonaer Museum in Hamburg, das sich auch der Lebensart in Norddeutschland widmet, macht mit einer Kabinettausstellung auf das Thema aufmerksam. Arbeitsproben für den Nähunterricht werden zusammen mit Leibchen und Miedern gezeigt, die als Beispiele für verschiedene Modeströmungen und Modediktate dienen. Dass es nicht einfach war, eine solche Sammlung auf die Beine zu stellen, davon erzählt Museumsdirektor Torkild Hinrichsen in dem zur Ausstellung erschienenen Band „Leibhaftig – Doppelripp und Spitzentraum“: „Vor 30 Jahren habe ich unter heftigem Bedenken der damaligen Kollegin die Textilsammelstelle des Roten Kreuzes aufgesucht, wo in einer Baracke auf dem Fußboden wahre Berge an Wäsche der vergangenen Generationen sich häuften und nach Gewicht auch zu erwerben waren, Leinen und Wolle, im letzten Augenblick vor der Fasermühle. Ich glaubte, etwas nachholen zu müssen, denn ein Jahrzehnt zuvor hatte ich auf dem Dachboden meiner Großmutter beim Auswerten des Nachlasses die Kommode, die, wie ich unbefugt wühlend in Knabentagen gesehen, das gesamte Unterzeug meiner Urgroßmutter enthielt, nur noch leer gefunden.

Beim DRK textile Schätze für das Museum gesucht

Mir das zu vererben und einen intimen Blick in so Persönliches zu erlauben, verboten Anstand und Scham ihrer Generation: Kein Wunder, wenn schon der Name ‚Unterhose‘ durch die ‚Unaussprechlichen‘ umschrieben werden musste und nicht nur im viktorianischen England das Wort ‚Bein‘ ein Unwort war und sogar solche des auf öffentlichen Bühnen thronenden Konzertflügels mit schwarzen Samtstulpen diskret verhüllt wurden.“

Seitdem man das Thema Leibwäsche unverkrampfter sieht, ist auch die Sammlung im Museum gewachsen, oft gespeist aus Nachlässen. In dem Forschungsprojekt „Leibhaftig“ haben sich Dominique Loeding, Andrea Borck und Birgit Staack eingehend mit dem Thema beschäftigt. Ihre Erkenntnisse rund um die „zweite Haut“ für Kinder, Männer und Frauen, die Körpermodellierung und die Frauenhygiene sind denn auch in den Band eingeflossen.

Die Zeiten, da man Leibwäsche nur heimlich waschen und schon gar nicht der Öffentlichkeit auf der Leine zum Trocknen präsentieren durfte, sind längst vorbei. Heute flattern die zarten Dessous der Nachbarin fröhlich im Wind. Die „Unaussprechlichen“ des Gatten allerdings landen wohl im Trockner oder auf der Leine im Keller. „Die Mehrheit kann sich hochwertige Dessous gar nicht leisten“, berichtet Dominique Loeding. „Jenseits der Hochglanzbilder musste schon immer improvisiert werden. Frauenunterwäsche wurde auch aus Stoffresten genäht, abgeändert und bis zur Untragbarkeit ausgebessert.“ Viele dieser aus dem Rahmen fallenden Objekte sind in die Sammlung des Museums aufgenommen worden.



Der indiskrete Blick: Eine Bildpostkarte aus dem Jahr 1904

Beim Schmökern in dieser Kulturgeschichte der Unterwäsche sind viele kleine Geschichten am Rand zu entdecken. Wer weiß denn schon, wann – und warum – das T-Shirt entstand? Cole Shaun schreibt in seiner Geschichte der Herrenunterwäsche (New York 2010), dass ein britischer Marineoffizier seiner Königin, vermutlich Viktoria, den Anblick behaarter Männerachseln ersparen wollte. Auch die hängende Hose, die junge Leute bevorzugen, ist keine Erfindung aus unseren Tagen. Sie wurde in den amerikanischen Ghettos populär, stammt aber ursprünglich aus dem Gefängnis, da den Insassen dort die Gürtel abgenommen wurden, um Selbstmorde zu verhindern.

Das Kapitel mit Aussagen von Zeitzeugen lässt so manche Erinnerungen wach werden. Etwa an das Leibchen, welches das Tragen von langen Strümpfen überhaupt erst ermöglichte. An dem aus stabilem Stoff genähten Leibchen waren Knöpfe befestigt, an die breite Gummibänder geknöpft wurden, die dann wiederum an den langen Strümpfen befestigt wurden. Die bestanden aus meist kratzender Wolle. Kein Wunder, dass man den Frühling herbeisehnte, der das Tragen von Kniestrümpfen wieder erlaubte. Der „Hüfthalter“, der folgte, war auch nicht viel besser. Die Firma Playtex warb schließlich in den 60er Jahren mit dem Spruch: „Mein Hüfthalter bringt mich um“, ein Spruch, der unter Teenagern zum geflügelten Wort wurde. Welch ein Fest, als schließlich die ersten Strumpfhosen auf den Markt kamen.

Bedauernswert erst die Frauen, die ein Korsett tragen mussten. „Meine Großmutter ... hat so ’nen Ganzkörperpanzer getragen“, erinnert sich Frau I., Jahrgang 1958. „Ich kann mich an das Gefühl erinnern, wenn ich bei ihr auf dem Schoß gesessen hab, oder wenn ich sie umarmt hab, oder wenn ich irgendwie so gegen sie gedonnert bin – dass man da so richtig abgeprallt ist ... meine Mutter hat so was

»Ich dachte, es gibt mehrere Sorten von Frauen«

nicht getragen, das war komplett anders. Und ich dachte, es gibt irgendwie mehrere Sorten von Frauen, die, die sich normal anfühlen ... und die ganz interessanten!“

Dass es nicht immer einfach war, die richtige Konfektionsgröße zu finden, zeigt die Erinnerung von Maria Riva, die über ihre Mutter Marlene Dietrich schrieb, die Schauspielerin habe jede Marke gekauft „und jedes Modell eines jeden Büstenhalters, der jemals entworfen wurde. Wenn sie meinte, genau den richtigen gefunden zu haben, bestellte sie gleich Dutzende, die dann doch nur in irgendwelchen Kisten endeten, weil auch sie letztlich nicht das gewünschte Resultat erbracht hatten“. Das konnte sie allerdings nur eine Diva leisten ... *Silke Osman*

Torkild Hinrichsen (Hrsg.): „Leibhaftig – Doppelripp und Spitzentraum. Zur Kulturgeschichte der Unterwäsche“, Husum Verlag 2011, 176 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen, gebunden 19,95 Euro

Mit Kindern »schmutziges« Geld verdient

Missbrauch von Minderjährigen gibt es nicht nur heute – Auch in der guten, alten Zeit war die Moral fraglich

Die Aussage des Films dürfte so manchem ehemaligen Lehrer der Odenwaldschule, dem Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit und auch Irina Ionesco nicht gefallen: Kinder sind keine Sexobjekte. Was heutzutage eigentlich jedem klar sein sollte, auch wenn Kinderpornografie im Internet immer noch nicht umfassend bekämpft werden kann, war in den 60er und 70er Jahren keineswegs selbstverständlich, wie Eva Ionesco in ihrem Film „I'm not a f**king princess“ belegt. Darin verarbeitet sie nämlich ihre eigene Kindheitserfahrung.

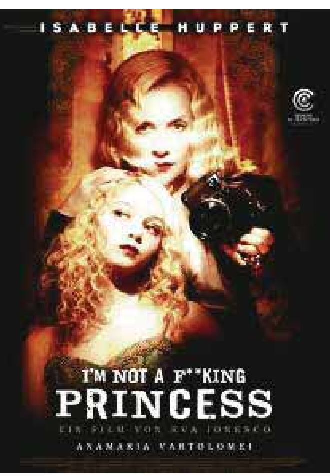
Die kleine Eva, Tochter nach Frankreich ausgewanderter Ru-

Kind als Lolita in Szene gesetzt

mänen, lebte mit ihrer Großmutter in ärmlichen Verhältnissen. Nur hin und wieder ließ sich ihre Mutter Irina blicken, die sich als Malerin versuchte. Nachdem sie eingesehen hatte, dass sie mit Pinsel und Papier nichts werden würde, versuchte sie sich als Fotografin. Erst war auch dies eine brotlose Kunst, bis sie auf die Idee kam, ihre Tochter Eva als kindliche Lolita abzulichten.

Es war die Zeit der „sexuellen Befreiung“, in der Sex als Zeichen für Freiheit gesehen wurde und in deren Schlepptau bizarrerweise Pädophilie salonfähig wurde. Und so schaffte es Irina Ionesco, Bilder ihrer elfjährigen Tochter Eva sogar an den „Playboy“ zu verkaufen. Selbst der „Spiegel“ veröffentlichte Fotos des in Szene gesetzten, nackten Kindes, was immerhin zu einer Rüge des Deutschen Presserates führte.

Erst als Eva alt genug war, verbot sie ihrer Mutter, mit diesen Fotos weiter Geld zu verdienen, doch der Streit zwischen Mutter und Tochter hält noch an. Und so hat Eva, inzwischen 46 Jahre alt und Regisseurin, ihr Kindheitstrauma in Szene gesetzt. Wobei sie nicht eins zu eins ihre Autobiografie verfilmt. Die Geschichte, die der Film erzählt, basiert nur auf ihren eigenen Erfahrungen. Für die Rolle der Mutter konnte sie die berühmte französische Schauspielerin Isabelle Huppert gewinnen, was dem Film zusätzlich zu seinem brisanten Thema auch noch schauspielerische Brillanz verleiht. Natürlich deutet Ionesco die brisanten Fotos nur an, denn sie möchte mit ihrem Film nicht in Verdacht geraten, pornografisch zu sein.



Plakat für den Film über das Schicksal von Eva Ionesco: Tragisches Frauenleben Bild: Filmverleih

Wer allerdings glaubt, Kinderpornografie sei nach der Antike erst in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wieder gesellschaftsfähig geworden, der irrt. Auch in den wilden 20er Jahren gab es schon ein erstes Aufflackern des verwerflichen Trends. Dies verdeutlicht der Band „Sündiges Berlin. Die 20er Jahre: Sex, Rausch, Untergang“, der jetzt im Index-Verlag erschienen ist (279 Seiten, gebunden, zahlreiche Fotos, 39,99 Euro).

Auch bei dessen Autor Mel Gordon fing alles mit einem Stapel sündiger Fotos an. Diese hatte er für das Bühnenbild einer Inszenierung über die Berliner Varieté-Schauspielerin Anita Berber zusammengetragen. Die Femme fatale, die in den Zwanziger Jahren in der deutschen Hauptstadt in ihrer Szene Erfolge feierte, sorgte für Schlagzeilen, als sie ihren Mann für eine Frau verließ. Diese alten Aufnahmen, Zeichnungen und Ausschnitte aus Illustrierten nahm Gordon zum Anlass, sich mit dem Mythos vom sündigen Berlin der Zwanziger auseinanderzusetzen.

In dem reich bebilderten Band geht der Autor auf das gesellschaftliche Umfeld ein. Er berichtet kurz über die unterschiedlichen Entwicklungen der Moral und der Prostitution unter der Herrschaft der Preußenkönige, um dann etwas ausführlicher über Deutschland während und nach dem Ersten Weltkrieg zu schreiben, bis er sich schließlich sehr umfassend der verschiedensten Formen der käuflichen Liebe widmet.

So erwähnt er, dass der in den 20er Jahren bei Frauen so moderne Bubikopf eigentlich das Markenzeichen der Prostituierten in der Tauentzienstraße gewesen sei. Die Bilder verraten zudem viel über die damalige Frivolität, wobei viele der Abbildungen weit von unserem heutigen Erotikverständnis entfernt sind.

Leider steht bei den Fotos nie direkt, wie weit sie öffentlich zugänglich oder ob sie nur unter dem Ladentisch erhältlich waren. Diese Information wäre nötig, um einzuschätzen, wie salonfähig Kinderpornografie damals bereits war.



Allerdings zeugen viele Bilder davon, dass der Gedanke daran durchaus vorhanden war. Außerdem schreibt der Autor, dass es etwa 3000 sogenannte Telefon-Mädchen gegeben habe, die zwischen 12 und 16 Jahren gewesen seien und bei Anruf „geliefert“ worden seien. Auch Bordelle, in denen 14-jährige Russinnen Freiern angedient worden sein sollen, sind überliefert. Angesichts dieser Informationen kann man wohl kaum noch von der „guten, alten Zeit“ reden, in der die Moral noch intakt war. Möglicherweise ist die heutige Zeit sogar noch besser, da zumindest in Sachen Kinderpornografie eine breite Ablehnung vorherrscht, auch wenn die neuen Medien die Verbreitung einfacher und die strafrechtliche Verfolgung schwerer machen. *Rebecca Bellano*

In Kürze

Hape erklärt die Welt

Mit der neuen Geschichtsserie „Terra X: Unterwegs in der Weltgeschichte“ feiert Unterhalter Hape Kerkeling einen erfolgreichen Einstand beim ZDF. Ganze 5,55 Millionen Zuschauer verfolgten die erste Sendung. Der Marktanteil betrug 17 Prozent. Gerade bei den begehrten Zuschauern zwischen 14 und 49 Jahren ist die Neugier auf Hapes neuen Mix aus Geschichtskunde und Humor groß. „Treffen Sie mit mir den etwas sonderbaren Kolumbus und sein Ei“, witzelt Hape. In der dritten Woche schnellte der Zuschaueranteil bei den Jüngeren nochmals hoch. Der Gesamtzuschaueranteil kletterte auf über sechs Millionen.

Mit dem neuen Format rückt das ZDF zum Marktführer in abendlicher Geschichtsbetrachtung auf. Die Sendung lockt eine Generation mit anderen Sehgewohnheiten, die von bisherigen Dokumentationen wenig erwartet. Hape indes verspricht Spaß. Allzu schnell rauscht er durch die Epochen: Im Kostüm als Kaiser Nero, Queen Victoria oder Karl Marx zerstückelt Hape die

Bild: rp-online
Hape Kerkeling als Kolumbus

wenigen von Terra-X verbliebenen authentischen Doku-Szenen. „Wir versuchen den Blick zu schärfen für die Quantensprünge der Menschheit“, sagt er und springt dabei selbst gern. Erkenntnisse oder tiefere Einblicke braucht er nicht. Hape erfüllt die Rolle des lässigen Geschichtslehrers, den viele dank Eindampfung des Fachs im schulischen Bildungskanon nie hatten. Er bricht dabei alles auf einfache Formeln herunter: „Heute kaufen sich die Superreichen eher einen Fußballverein – damals wurden sie zu Sponsoren der besten Maler und Bildhauer“, sagt er über Kunst in der Renaissance.

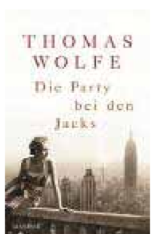
„Unterwegs“ ist Unterhaltung pur, hektische TV-Berieselung für alle, die anspruchsvolle Bilder vom Fernsehen nicht mehr erwarten – eigentlich ein ideales Sendekonzept für einen Privatsender. Doch das ZDF ist am Sonntagabend nicht auf die Jagd nach Werbegeld angewiesen, weil der Sender üppig mit Gebühren ausgestattet ist. Die Senderverantwortlichen demontieren so ohne Not das Erfolgskonzept von Terra-X. Der Gebührenzahler bekommt wie Kolumbus „zwei mickrige Schiffe“, dazu dröhnt Popmusik „Go West“.

Den öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag erfüllt Hape bestenfalls, indem er Neugierde auf die Ereignisse jenseits seines geschichtlichen Kurzwaschgangs weckt. So beklagen Zuschauer im ZDF-Internet-Forum seit Kerkeling: „Das Niveau hat Terra X aus meiner Beurteilung mit Hape Kerkeling aufgegeben.“

Bezeichnenderweise erklärt der die Sternstunden nebenbei in der „Bild“. Dass seine Kurzdarstellung jedes Kalenderblatt in puncto Information unterbietet, nimmt er in Kauf. Ganze 5000 Jahre Geschichte handelt er auch dort in wenigen Zeilen flapsig ab. Ein knapp fünfstündiges Hörbuch mit Hape als Sprecher der Weltgeschichte und DVD runden das Verkaufskonzept ab – Kommerz pur. *SV*

Tanz auf dem Vulkan

New York vor Börsenchrash



Eigentlich sind Krisen etwas Besonderes, sie sind sozusagen ein negativer Höhepunkt. In den letzten Jahren jedoch erleben wir eine Krise nach der nächsten und in der Rückschau können wir der Krisen müde Gewordenen erkennen, dass sie nicht aus dem Nichts kamen. Lange bevor die jeweiligen Krisen an die Oberfläche drangen, schlummerten sie bereits im Verborgenen. Wer jedoch aufmerksam war, konnte schon vor Ausbruch Anzeichen erkennen. So erkennt auch der Leser von „Die Party bei den Jacks“, dass da einiges unter der Oberfläche brodelt, was kurz vor dem Ausbruch steht. Über den Ausbruch selbst kann der Leser zwar nichts erfahren, denn bei dem vorliegenden Werk handelt es sich um ein Fragment aus dem Nachlass des US-Schriftstellers Thomas Wolfe. Über diesen sagte einst Literatur-Nobelpreisträger William Faulkner: „Er mag von uns allen am meisten Talent gehabt haben, er hätte der größte amerikanische Schriftsteller werden können, wenn er bloß länger gelebt hätte ...“ Da Wolfe jedoch mit 37 Jahren an Tuberkulose starb und sein Leben ähnlich ungesund verlief, wie das seiner Romanfiguren in „Die Party bei den Jacks“, hinterließ er nur wenige, aber dafür anspruchsvolle Werke. Warum Wolfe heute jedoch fast in Vergessenheit geraten ist, ist nicht ganz klar. Vielleicht ist sein Stil für die heutige Zeit zu poetisch und langatmig. Er hält sich gern an Details fest, doch da diese zumeist eine starke Symbolkraft haben, ist dies durchaus gerechtfertigt.

Der Leser dieses erstmals auf Deutsch publizierten Romanfragments des deutschstämmigen US-Schriftstellers, der mehrfach Deutschland besuchte und hier auch verehrt wurde, ahnt jedoch schnell, auf welche Krise der Roman hinführt: Die Hauptfigur ist Börsenspekulant und man schreibt das Jahr 1928. Auf der Party finden sich allerdings nicht nur Börsenspekulanten und Bankiers, sondern auch skrupellose Fabrikbesitzer, die scheinbar selbstlos die Kunst fördern, vor allem junge Schauspielerinnen, und viele Künstler, die sich die Reichen für Spaß und Spiel halten. Und auch ein gefallenes 26-jähriges Mädchen: „Es stimmte zwar, sie war ein Kind ihrer Zeit, die unglückselige Verkörperung dessen, woran ihre Zeit krankte. Sie ließ es zu, dass ihre Zeit sie tötete. Ihr Leben war bestimmt von Geschwindigkeit, rauschhaftem Wechsel und gewaltsamer Bewegung, von einem fiebrigen Tempo, das sich nie von sich aus erschöpfte oder zum Stillstand kam, sondern in wahnsinniger Übersteigerung immer weiter zunahm. Unweigerlich musste am Ende die Zerstörung stehen. Ihr Leben war also bereits dem Untergang geweiht.“

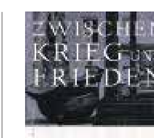
Potenzial für Nobelpreis gehabt

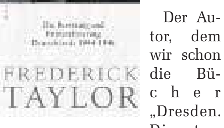
Die ausführlichen Anmerkungen am Ende des Buches weisen darauf hin, dass sich Wolfe zu Unrecht bei einem seiner Deutschlandaufenthalte über die Behauptung eines Journalisten, er würde nur sein Leben aufschreiben, aufgeregt hat: Wolfes eigene Erlebnisse sind immer erkennbar. So weist George, der Geliebte von Esther Jack, der Frau des Börsenspekulanten, Parallelen zu Wolfe selbst auf, denn auch Wolfe war eine Zeit lang der Geliebte einer Millionärsgattin und erfuhr über sie viele der Details aus der „feinen Gesellschaft“, die er in „Die Party bei den Jacks“ literarisch verarbeitet hat. *Rebecca Bellano*

***Thomas Wolfe: „Die Party bei den Jacks“**, Manesse, München 2011, gebunden, 354 Seiten, 19,95 Euro*

Kalter Frieden

Der britische Historiker Frederick Taylor über die direkte Nachkriegszeit





Der Autor, dem wir schon die Bücher „Dresden. Dienstag, 13. Februar 1945“ und „Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989“ verdanken, bietet einen vorzüglichen Überblick über das, was in und mit Deutschland und den Deutschen bei Kriegsende und kurz nachher geschah. Den eigentlichen Ausführungen vorangestellt sind markante Sätze, die schlagwortartig aufschlussreiche Einblicke vermitteln. So schrieb General Dwight D. Eisenhower seiner Frau im September 1944: „Gott, ich hasse die Deutschen.“ Das war zu der Zeit, als erstmals ein amerikanischer Soldat deutschen Boden betrat. Dieser Hass war nicht Ausfluss einer misanthropischen Grundeinstellung, sondern die Frucht der Goebbelsschen Propaganda: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“ Mit diesem Hass stand Eisenhower nicht allein; er beseelte die Mehrzahl der einflussreichen Kriegsgegner Deutschlands (fast wortgleich wie Eisenhower auch der amerikanische Präsident Roosevelt), die deshalb die Deutschen nicht befreien, sondern besiegen wollten. Taylor: „Das Wort ‚Vergeltung‘ mochte nicht offen ausgesprochen werden, aber deutsche Kollektivschuld“ wurde zur unausgesprochenen Leitvorstellung der Sieger mit schrecklichen Folgen insbesondere für die deutschen Kriegsgefangenen im Westen (Rheinwiesen) und nahezu jeden im Machtbereich der Roten Armee.

Taylor vergisst nicht die „Handvoll von Kritikern“ an dieser Auffassung zu erwähnen. Doch unterlässt er es zu prüfen, inwieweit der Kollektivschuldvorwurf gerechtfertigt gewesen ist. Es gibt Hunderte glaubwürdiger Zeitzeugen der NS-Ära, die das Verhalten der deutschen Mehrheit positiv bewerten, man denke nur an den Juden Victor Klemperer und seine Feststellung: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.“ Aber diese Zeugnisse waren weder damals gefragt noch sind sie es heute. Helmuth von Moltke, der hingerichtet wurde, machte es sich zur Aufgabe, das westliche Ausland über den deutschen Normalbürger und seine Einstellung zu Hitler aufzuklären. Doch er stieß auf taube Ohren.

Anhänger Stalins als Minister für Entnazifizierung

Nach dem Novemberpogrom 1938 fanden Tausende deutscher Juden Aufnahme in den USA. Am 7. August 1939 veröffentlichte die „New York Times“ unter der Überschrift „Prize for Nazi Stories“ einen Aufruf von Wissenschaftlern der Universität Harvard, an einem Preisausschreiben teilzunehmen. Zur Teilnahme berechtigt war jeder, der aus eigener Erfahrung über „Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar“ schreiben konnte. Mehr als 250 Manuskripte gingen ein. Die meisten Autoren waren Juden, die Deutschland nach dem Novemberpogrom verlassen hatten. Bis heute ist nur ein kleiner Teil der Texte veröffentlicht. Offenbar wurde das Projekt stillschweigend eingestellt, weil die Berichte nicht den Erwartungen entsprachen. Die Einsicht eines der Projektleiter verraten die Worte: „Die Nationalsozialisten bildeten nämlich nur eine kleine verbrecherische Clique, welche die große schweigende Mehrheit tyrannisierte.“

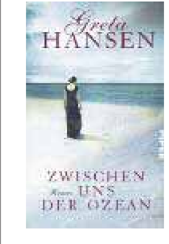
Fragwürdig ist das Buch auch dort, wo von der Entnazifizierung in Bayern, „das als Hochburg der nationalistischen Rechten galt“ (welcher Nation, der bayerische oder der deutschen?), die Rede ist. Eine solche Hochburg war München Anfang der 20er Jahre, aber dann nicht mehr. Taylor beschreibt ausführlich die Verbrechen der Roten Armee, die von Stalin gebilligt wurden. In Bayern hatten die Amerikaner ausgerechnet einen Anhänger Stalins zum Entnazifizierungsminister gemacht. Sie wollten den Teufel mit Beelzebub austreiben. Das musste erbitterten Widerspruch auslösen.

Wenn trotz solcher Unzulänglichkeiten das Buch eine positive Gesamtnote verdient, so deshalb, weil die zentralen Themen der deutschen Nachkriegsgeschichte, so das unterschiedliche Walten der Besatzungsmächte, Flucht und Vertreibung von Millionen, die jahrelange Hungersnot, die Entnazifizierung nebst Racheorgien, schonungslos nüchtern und ausführlich dargestellt werden. *Konrad Löw*

***Frederick Taylor: „Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944-1946“**, Berlin Verlag, Berlin 2011, gebunden, 519 Seiten, 28 Euro*

Allein zurück nach Hamburg

Tochter einer Auswandererfamilie wird auf Ellis Island abgewiesen



In dem Roman „Zwischen uns der Ozean“ erzählt die Hamburgerin Greta Hansen die anrührende Geschichte von Paula Klausner, einem 16-jährigen Mädchen, das, nachdem ihm auf Ellis Island die Einwanderung nach Amerika verweigert wird, ohne seine Familie nach Hamburg zurückkehren und auf sich selbst gestellt zurechtkommen muss.

Greta Hansen berichtet einfühlsam von Paulas aufwühlender Rückkehr nach Hamburg und wie sie dort in ein Waisenhaus gesteckt wird. Was für Hamburger Leser oder Kenner der Hansestadt interessant zu lesen ist, sind die Beschreibungen der Autorin über die verschiedenen Gegenden in Hamburg, in denen sich Paula aufhält, wie zum Beispiel am Jungfernstieg, im Gängeviertel oder in Barmbek, wo ihr Vater vor der Pleite mit seiner Ofenfirma einst seinen Betrieb hatte.

Der Leser riecht förmlich den Gestank des Gängeviertels, dem Arbeiterviertel, welches sich damals vom Hafen bis in die Innenstadt erstreckte, folgt ihr auf einer Fähre über die Alster zum Mühlenkamp und wackelt mit ihr in einer Droschke über das holprige Kopfsteinpflaster am Jungfernstieg vorbei am damals neuen Rathaus.

„Kurz hinter dem Rödingsmarkt konnte sie bereits die Elbe und den Hafen erkennen. Die Abendsonne spiegelte sich im Wasser des Hafens und ließ die Kupferdächer der Backsteinspeicher leuchten. Die Häuser der Speicherstadt wuchsen hoch in den Himmel, und durch die Spiegelung im Hafenwasser wirkten sie noch majestätischer. Wie kleine Festungen ... Hier ruhte die Arbeit nie, auch jetzt waren unzählige Schauerleute dabei, Säcke und Ballen von den Schuten in die Speicher zu verfrachten.“

Voll Wärme schildert Greta Hansen, wie es dem Mädchen immer wieder gelingt, trotz seines lahmen Beines das Beste aus der Situation zu machen, wie es sich mit Köpfchen und Willenskraft zu einer besseren gesellschaftlichen Stellung verhilft, um eine Überfahrt nach New York in der zweiten Klasse bezahlen zu können. Paulas Weg dorthin, zu ihrer Familie und der großen Liebe ist langwierig, steinig und erscheint nicht selten hoffnungslos, dennoch verliert sie nie den Mut und dank der scheinbar recht harmoniebedürftigen Autorin auch nie die dafür notwendige Portion Glück.

Ob für jung oder alt, Greta Hansens Erstling „Zwischen uns der Ozean“ ist ein Roman ausgelegt für sämtliche Altersgruppen und mit der Botschaft, das Leben am Schopfe zu packen. *Vanessa Ney*

***Greta Hansen: „Zwischen uns der Ozean“**, Piper Verlag, München 2011, broschiert, 384 Seiten, 9,95 Euro*

Mauer besser als Krieg

Warum US-Präsident Kennedy der Eiserne Vorhang sinnvoll erschien



Im August 1961 ließ Walter Ulbricht in Berlin die Mauer bauen, dem 50. Jahrestag dieses Ereignisses gelten zahllose Publikationen, unter ihnen scheinbar auch „Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt“ von Frederick Kempe. Tatsächlich behandelt das Buch die Mauer erst im Schlussteil, detailliertер als viele andere, sogar mit Mitgefühl für die Berliner, das dem Autor die eigene Mutter, 1919 in Berlin geboren, einimpfte. Davon abgesehen, folgt das voluminöse Werk seiner eigenen Reihenfolge: die Vorgeschichte der Mauer als Eskalation von Drohungen, Ultimaten, Waffenrasseln ausführlich zu schildern, um dann den Mauerbau als Erlösung von Kriegsangst in Ost und West zu würdigen. Diese Sichtweise ist zynisch, nichtsdestotrotz muss man Kempe eine suggestive Art zugestehen, eine Unmenge von Fakten und Belegen so zu präsentieren, als wenn kein anderer Schluss möglich wäre.

Die Hauptakteure dieses Dramas nennt der Autor bereits im Buchtitel: den jungen US-Präsidenten John F. Kennedy, seit Januar 1961 im Amt, und den alten Kremlfuchs Nikita S. Chruschtschow. Ständig variiert Kempe den Gedanken, was Nachkriegseuropa erspart geblieben wäre, hätte der Russe den Amerikaner nicht als Feigling und Kennedy Chruschtschow nicht als rationalen Staatsmann eingeschätzt. Für Kennedy war 1961 ein Jahr blamabler Niederlagen. Die Russen schickten mit Jurj Gagarin den ersten Menschen in den Weltraum, die Amerikaner verpatzten in Kuba die Militäraktion „Schweinebucht“. Das Wiener Gipfeltreffen schien Chruschtschows Urteil von Kennedy als „grünem Jungen“ zu bestätigen, und der Berliner Mauerbau ließ viele Deutsche und andere glauben, Kennedy habe „die Westberliner verkaufen“ wollen.

Das habe er nicht gewollt, er habe nur weiter gesehen: „Es ist keine besonders angenehme Lösung, aber eine Mauer ist verdammt viel besser als Krieg.“ Kennedys Sicht habe die Mitte zwischen Zynismus und Realpolitik gehalten, doch wenn die DDR infolge von Millionen Flüchtlingen zusammengebrochen wäre, wäre der ganze Osten in die Krise geraten und die Sowjets wären noch aggressiver geworden – dann schon lieber die Mauer, so offenbar Kennedy. Chruschtschow dachte genauso, wie Kempe aus dessen Memoiren herauslas: Ein Konflikt mit den USA habe gedroht, „der möglicherweise zu einem Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Also blieb nur die Mauer übrig“.

Berliner fühlten sich verkauft

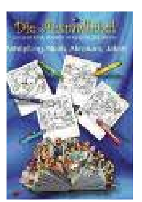
„Kennedy redet wie Churchill und handelt wie Chamberlain“, höhnte mancher US-Kolumnist, aber das war unfair. Kennedy war weder ein Großmaul noch ein Appeasement-Politiker, vielmehr ein Recke, der die Niederlagen von 1961 beglich: Erst desillusionierte er die Chauvinisten im Kreml, als er sie in US-Arsenale sehen ließ: „Unsere Nation verfügt über todbringende Mittel zum Vergeltungsschlag, dass jeder Schritt des Feindes einem Selbstmord gleichkäme.“ Dann verlegte er im Oktober 1962 „die Berlin-Krise nach Kuba“ – er zwang die Sowjets, ihre Raketen aus Kuba abzuziehen und nie wieder die USA zu bedrohen.

Kempes Resümee: Anfangs wollte Kennedy Berlin in den Hintergrund schieben, dann war er von Berlin „überwältigt“. *W. Oschlies*

***Frederick Kempe: „Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt“**, Siedler, München 2011, 669 Seiten, 29,99 Euro*

Farbe für Elia

Ausmalbibel für Kinder



Insgesamt fünf Bände der Ausmalbibel hat der Brunnen Verlag herausgegeben. Der dritte Band behandelt die Themen Josef, Mose, Josua, Gideon und Ruth. Geschichten aus dem Alten und dem Neuen Testament, die in dieser unzusammenhängenden Reihenfolge hintereinander stehen. Nachdem sich Josef seinen Brüdern zu erkennen gibt, wird Mose geboren. Erklärungen sucht man vergebens. Auch die Geschichten in Band vier „Samuel, David, Salomo, Elia, Elisa, Daniel, Jona, Esther“ werden nicht in einen Zusammenhang gestellt. Auf der Rückseite heißt es jeweils „Die Illustratorin der wunderschönen Adonia-Kinderbibel ‚Gott liebt dich!‘ präsentiert ihre Bilder großformatig in Schwarzweiß. So können die Kinder alle Bilder selbst mit Farben bemalen und schmücken. Unter jedem Bild stehen außerdem die nacherzählten biblischen Texte, so dass man sich beim Betrachten und Lesen mit dem Kind schnell zurechtfindet.“

Für wen, sollte man sich fragen, ist eine Ausmalbibel gedacht? Im Allgemeinen sind Kindermalbücher für Zwei- bis Neunjährige. Der Verlag empfiehlt ein Alter von fünf Jahren, doch dann können Kinder noch nicht lesen, aber sich durch die Eltern vorlesen zu lassen und gleichzeitig selber malen geht nicht.

Schade, die Idee ist gut. Kinder sollten spielerisch an etwas herangeführt werden und natürlich auch an die Geschichten aus der Bibel. Leider hapert es an der Umsetzung. So kann man nur auf die Wissbegierde der Kinder hoffen, dass sie nach dem Malen auf einen zukommen mit der Frage: „Du Mama/Papa, was steht da?“ *Christiane Rinser-Schrut*

***Claudia Kündig: „Die Ausmalbibel“**, Brunnen Verlag, Basel 2011, je 48 Seiten, je 5,99 Euro*

MELDUNGEN

Weder Sex noch Jesus

Islamabad – Ab sofort müssen in Pakistan Mobilfunkanbieter SMS mit anstößigem Inhalt blockieren. Die pakistanische Telekommunikationsbehörde PTA hat den Mobilfunkanbietern eine Liste mit 1500 Wörtern übermittelt, die ihrer Ansicht nach unzüchtig oder beleidigend seien. Unter den Wörtern und Redewendungen auf Englisch und der Landessprache Urdu befindet sich auch der Name Jesus Christus. *Bel*

Euro: Die TUI sichert sich ab

Athen – Unter griechischen Hoteliers herrscht helle Aufregung: Tochtergesellschaften der deutschen TUI fordern von ihnen, einen neuen Vertrag zu unterzeichnen, nach dem die Reiseveranstalter ihre Rechnung für die kommende Saison auch „in der neuen Währung“ bezahlen dürfen, „wenn der Euro nicht mehr die Währung (in Griechenland) sein sollte“. Dies berichtet die „Wirtschaftswoche“. Offenbar rechnet TUI mit einem baldigen Ausscheiden Athens aus dem Euro. *H.H.*

ZUR PERSON

Gewendete Kaderschülerin

Aus Anlass ihrer 500. Talkshow bot **Maybrit Illner** den Zuschauern an, einmal den Spieß umzudrehen und sie selbst mit Fragen zu „löchern“. Man könne per E-Mail fragen. Zur Ermunterung legte die Redaktion den Zuschauern gleich Fragen in den Mund, wie etwa: „Wie bereiten Sie sich auf eine Sendung vor?“ Das wollte Illner wohl selber gerne erzählen und tat es auch fröhlich in dem auf ZDF.de gezeigten Antwort-Video. Der *PAZ*-Mitarbeiter sandte ihr freilich eine etwas andere Frage. Sie lautete: „Warum genau sind Sie 1986 in die SED eingetreten?“

Dass auch die charmante Illner der SED angehörte, ist zwar kein Geheimnis. Viele Zuschauer wissen trotzdem nicht, was Illner mit Talk-Gästen wie Gregor Gysi, Gesine Lötzsch oder Sahra Wagenknecht verbindet. Der Antwort Illners auf diese Frage ist zu entnehmen, dass ihr SED-Eintritt nichts, aber auch gar nichts etwa mit Karriereabsichten zu tun gehabt habe. Sie habe die Illusion gehabt, erklärte sie, dass in der SED etwas Ähnliches geschähe wie in der UdSSR, wo Glasnost und Perestroika ja auch aus der KPdSU entstanden seien.



War sie etwa eine verkappte Widerständlerin? Über das von ihr besuchte „Rote Kloster“ – gemeint ist die Sektion Journalistik an der Leipziger Karl-Marx-Universität, einzige universitäre Ausbildungsstätte zum Journalisten in der DDR – heißt es in einem Gutachten für den Landtag in Brandenburg: „Wer es nach Leipzig geschafft hat, war kein verhinderter Widerstandskämpfer, auch wenn sich das in den Erzählungen einiger ehemaliger SED-Journalisten mitunter so anhört. Die Sektion Journalistik entließ Handlanger der Macht, Überzeugte und Opportunisten, aber keine Kontrolleure der Mächtigen, wie die Demokratie sie braucht.“ *M.L.*



Zeichnung: Mohr

Sehr merkwürdig

Warum wir den Verfassungsschutz verbieten sollten, wieso Churchill Unrecht hatte, und wie sich Barroso in unseren Tresor schleicht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Muss die NPD verboten werden? Im Moment sind eigentlich alle Bundestagsparteien dafür, den Laden dichtzumachen. Wäre da nicht dieses ärgerliche Problem, an dem schon der letzte Anlauf 2003 zerschellt war.

Laut Informationen aus Sicherheitskreisen tummeln sich „bis zu 100“ Agenten, überwiegend sogenannte „V-Leute“, auf den „Führungsebenen“ der Ultranationalisten. Da der Hinweis aus jenen Kreisen stammt, welche die Agenten selbst entsenden, können wir wohl annehmen, dass es in Wahrheit noch ein paar mehr sind. Da stellt sich die Frage: Wie viel „Führungsebene“ verträgt eine Partei eigentlich, die nur 6600 Mitglieder hat? Ob es die Nicht-Agenten auf den „Führungsebenen“ der NPD auch auf 100 Köpfe bringen? Zweifel sind angebracht.

Die Lage ist verzwickt. 2003 konnte die Partei nicht versenkt werden, weil die Richter nicht recht erkennen konnten, mit wem sie es eigentlich zu tun hatten. Der Verfassungsschutz legte den Robenträgern allerhand verfassungsfeindliche Propaganda vor, die zu einem unübersehbaren Teil von seinen eigenen Agenten im NPD-Kostüm angefertigt worden war.

Leider waren die Richter zu schüchtern, um sich angesichts dessen der eigentlichen Frage zuzuwenden: Wenn der Verfassungsschutz die Quelle der braunen Hetze ist, warum verbieten wir den dann nicht? Wäre doch das Konsequenteste. Um die NPD braucht sich danach niemand mehr zu kümmern. Wahrscheinlich würde sie nach der tödlichen Ausdünnung ihrer „Führungsebenen“ an akutem Führungsmangel dahinsiechen.

Apropos V-Leute: Die ganze Wahrheit über das braune Mörderduo Mundlos & Böhnhardt werden wir wohl nie erfahren. Was man uns bis jetzt geboten hat, ist abenteuerlich. Allein der mysteriöse Tod der beiden: Jahrelang knallen sie kaltblütig Leute ab. Doch als sie über einen Funkscanner in ihrem Wohnmobil Wind davon bekommen, dass sich ein Peterwagen nähert, erschießt aus lauter Panik erst der eine den anderen, legt dann Feuer und richtet schließlich sich selbst. Dabei hatten die beiden ein Waffenarsenal an Bord, als wollten sie zur Tour durch den Hindukusch aufbrechen. Serienmörder dieses Kalibers neigen eigentlich nicht zum verzweifelten Freitod. Eher hätte eine üble Schießerei zu ihnen gepasst.

Ein Anwohner will zuvor Streit zwischen „mindestens zwei Personen“ gehört haben, ein anderer sah angeblich einen Mann aus dem Führerhaus des Wohnmobils klettern, bevor das Feuer sichtbar geworden sei. Andere wieder behaupten, von Schüssen gar nichts gehört zu haben. Alles sehr merkwürdig. Auch die Sache mit der Wohnung, in der jede Menge Beweismaterial gefunden worden sein soll. Die dritte im Bunde, Beate Zschäpe, soll sie angezündet haben. Ein Feuerwehrmann, der beim Löschen dabei war, sinnierte gegenüber „Bild am Sonntag“: „Nach dem, was ich während dieses Einsatzes gesehen habe, muss ich mich sehr wundern, was dort zwei Tage danach noch alles in der Brandruine gefunden wurde.“

> **Der Feuerwehrmann wundert sich, was man in der Brandruine noch alles gefunden hat**

Wie gesagt, alles sehr merkwürdig. Auch, dass die „Dönermorde“ abrupt endeten, nachdem ein hauptamtlicher Verfassungsschutz-Agent beim Mord buchstäblich nebenan saß und sich, an der Leiche vorbei, heimlich davonstahl.

Je mehr wir erfahren, desto weniger passt zusammen. Lügt man uns etwa an? Iwo, Lüge ist ja nun wirklich ein zu hartes Wort. Wolfgang Schäuble erklärt uns, wie wir diese besondere Art von Informationspolitik zu werten haben. Auf den Vorwurf, den Bürgern in der Schuldenkrise nicht immer die ganze Wahrheit zu sagen, wehrte sich der Minister voller Entrüstung: „Ich versuche immer, wirklich immer, nicht die Unwahrheit zu sagen.“ Als Finanzminister sollte man aber nicht zu jedem Zeitpunkt alles sagen. Er versuche stattdessen, „gegebenenfalls nichts zu sagen. Und zwar möglichst ohne weiteren Spielraum zur Interpretation von ‚nichts‘ zu lassen“.

So ist das also. Sobald sie sich wieder trauen, dürften sich die Sprecher der Verfassungsschutzämter mit ähnlichen Girlanden zurück in unsere Herzen hangeln.

Schäuble für seinen Teil kann aber auch ganz anders, statt wenig bis nichts sagt er dann hemmungslos alles, frei von der Leber weg. Die Deutschen haben Angst, ihre Souveränität zu verlieren? Papperlapapp! Was man gar nicht hat, kann auch nicht verloren gehen, schleudert uns der Minister entgegen. „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen“, ließ er seine Zuhörer auf dem „European Banking Congress“ in Frankfurt vergangene Woche wissen. Und die paar läppischen Fragmente von „Souveränität“, die gehen nun eben in Europa auf, denn der Nationalstaat, weiß Schäuble, der war „die alte Ordnung“. Auf den Müll damit.

Und mit der Demokratie, denn von der will „Europa“ bis heute nicht viel wissen. Das „Parlament“ ist ein Witz, das Wahlrecht ein Skandal (elf deutsche Stimmen zählen so viel wie eine einzige luxemburgische) und kaum ein Mensch durchschaut, wer auf welche Weise und weswegen „EU-Kommissar“, also sozusagen europäischer Minister, wird.

Winston Churchill hatte Unrecht. Der sagte einmal resignierend, die Demokratie sei zwar eine miserable Staatsform. Aber leider habe man keine bessere. Wir haben eine, Mr. Churchill! Fragen Sie Herrn Barroso!

Der portugiesische EU-Kommissions-Präsident weiß allerdings, dass die Macht auf Dauer nur der ausübt, der auch Herr über das Geld ist. Daher sinnt er von früh bis spät darüber nach, wie er den reichen Ländern, vor allem Deutschland, den finanziellen Teppich wegziehen kann.

Der erste Anlauf hieß „Euro-Bonds“ und ging erst mal schief. Damit sollten die Deutschen die Schulden der anderen übernehmen. Wollten die nicht. Kein Grund aufzugeben, nahm sich Barroso ein Herz: Nun nennt er seine Kreation einfach „Stabilitätsanleihen“ und stellt sie noch einmal ins Fenster. Der Unterschied ist in etwa so groß wie der zwischen Müllschlucker und Entsorgungsfazilität, sprich: Es gibt keinen. Aber klingt „Entsorgungsfazilität“ nicht viel hübscher?

Gleichzeitig will der Kommissions-Chef an das Gold der Deutschen. Das edle Metall hat es ihm besonders angetan. Hier blieb der erste Überfall im Sperrfeuer der Bundesbank stecken. Die Räuberei wurde wohl zu offensichtlich angegangen. Daraus hat Barroso gelernt und schleicht sich nun durch die Hintertür in den Tresorraum.

Der Trick geht so: Die nationalen Sitze der Euro-Staaten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) sollen zu einer einzigen Vertretung zusammengelegt werden. Sicher hat Barroso längst einen verdienten Landsmann in petto, der dort die europäischen Interessen zu unser aller Wohl vertreten wird. Viel wichtiger aber ist, dass mit einer gemeinsamen IWF-Vertretung auch die Währungsreserven eins werden sollen, also auch das Gold.

Niemand kann behaupten, dass Europa nicht von gerissenen und phantasievollen Leuten geführt wird. Allerdings gibt es da noch ein grausames Monster, das dem klugen Barrosos immerfort in die Parade fährt: die verabscheuungswürdigen „Märkte“. Dort wird Geld angelegt. Seitdem die Zeit der großen Gewinne vorbei ist, geht es den Anlegern nur noch darum, die Moneten wenigstens einigermaßen sicher zu wissen.

Als bald letzter einigermaßen sicherer Hort gilt Deutschland, weshalb die Anleger dem deutschen Staat Geld zu einmalig niedrigen Zinsen pumpen. Das hat einige unserer Freunde und Nachbarn neidisch gemacht. Die Deutschen sollen für das Vertrauen, dass man ihnen entgegenbringt, daher auf europäischen Wege bestraft werden: Entweder leistet Berlin eine Ausgleichszahlung in die EU-Kasse für seinen Zinsvorteil, oder es stimmt endlich den Euro-Bonds zu, fordern sie. Wie hieß es schon 1919? Deutschland wird zahlen, so oder so. Wir sehen: Gute Ideen altern nicht.

MEINUNGEN

CSU-Generalsekretär ***Alexander Dobrindt*** *fordert in der „Welt“ (21. November)* ***Volksabstimmungen zu Europa****:*

„Mehr Europa hieße weniger Deutschland … Gerade in der Krise zeigt sich: Die Stärke Europas liegt in der Souveränität der Nationalstaaten … Es wäre die grundfalsche Weichenstellung, zusätzlich wesentliche Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen. Der umgekehrte Weg ist richtig … wir müssen Kompetenzen zurückverlagern … Vor jedem weiteren Versuch, Macht nach Brüssel zu verlagern, muss es eine Volksabstimmung geben.“

Gertrud Höhler*, einst Beraterin von Helmut Kohl und des 1989 ermordeten Deutsche-Bank-Chefs Alfred Herrhausen, fällt in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (20. November) ein* ***vernichtendes Urteil*** *über „Angela* ***Merkels System****“:*

„Die singuläre Entgleisung des Kanzlervertrauten aus dem Maschinenraum der Macht, Ronald Pofalla, hat mehr Beweiskraft, als die meisten wahrhaben wollen. Wenn dem Tophöfling der Machthaberin zum Begriff ‚Gewissen‘ nur Brocken aus der Fäkalsprache einfallen, dann fällt es uns schwer, diesen Absturz von der Chef-Ebene als Alleingang zu würdigen. Wer die Gesichter von Arbeitskollegen als ‚Fresse‘ wahrnimmt, den wagt niemand zu fragen, ob er solche Assoziationen im Kanzleramt gewonnen habe.“

Wanderlust und Wanderfrust

Will der Müller Lust erleben,
geht er wandern, wie man weiß,
und das Unterwandern eben
macht den Fahnder richtig heiß.

Dieser treibt's, meist
ungesehen,
tunlichst auch schon vor der Tat,
denn dann hat er, wenn's
geschehen,
gleich das Fahndungsbild parat.

Und dass selbst der Einzeltäter
unterwandert werden muss,
gilt seit Oslo noch konkreter
als der Weisheit letzter Schluss!

Anderswo hat man indessen
dies die längste Zeit gewusst
und man frönt, vom Drang besessen,
wilder Unterwanderlust.

Jeder jeweils bei den andern
tut's mit Feuereifer dort,
grad als wär' das Unterwandern
landesweiter Leistungssport.

Und ob früher oder später
stößt der Unterwandersmann
auch auf einen Einzeltäter,
den er unterwandern kann!

Unterwanderschaft macht jenen,
der noch nicht mal Täter war,
dann zur Zelle, und aus denen
wird ein ganzes Netzwerk gar.

Und ein Netzwerk aufzudecken,
das lässt keinen Fahnder ruhn –
nämlich eins in jenen Ecken,
wo's besonders opportun!

Spaß beiseite, liebe Leute,
und zur Schutzgeld-Szene kurz:
Ist die so normal schon heute?
Ist die längst den meisten schnurz?

So, dass Mord im Grund genommen
auch nicht weiter mehr erregt?
Und woher ist's denn gekommen?
Zeit wär's, dass man's überlegt!

Pannonicus